Nr.38
September
III / 2007
DIE LINKE.

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform bei der LINKEN

Johanna Scheringer-Wright
Umweltprobleme in Thüringen

Oskar Lafontaine
Wirtschaftssysteme können ökologisch scheitern

Konferenz: Klima & Energie - Macht - Arbeit in Hamburg
2.- 4. November 2007

Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform

Termine

klima & energie - macht – arbeit
Energiepolitische Konferenz der Linken

mit Mojib Latif, Angelika Zahrnt, Oskar Lafontaine, Wolfgang Methling, Eva-Bulling Schröter, Gregor Gysi u.v.a.

2.- 4. November in Hamburg, Beginn Freitag Abend
Berufsförderungswerk Hamburg, August-Krogmann-Straße 52, Hamburg
Veranstalter: Parteivorstand/ Bundestagsfraktion

weitere Informationen:
www.oekologische-platform.de
http://die-linke.de/politik/themen/energiepolitik

Energiepolitische Konferenz DIE LINKE. Brandenburg
29./30.09.2007, Stadthaus Cottbus, Beginn:10 Uhr
www.dielinke-brandenburg.de

Den Vorrang hat der Mensch. Alternativen zum Neoliberalismus
28. bis 30. September 2007
Theologische Hochschule Friedenau bei Magdeburg
An der Ihle 7a
Tel. 03921/916-160
Tagung der Internationalen Erich-Fromm-Gesellschaft
www.erich-fromm.de

Regional wirtschaften - aber wie?
Ein Beitrag zum Tag der Regionen 2007: „regional und fair“

29. September 2007, 09:20-17:00 Uhr,
im Rathaussaal Hermsdorf, Eisenbergerstr.56, 07629 Hermsdorf
Kostenbeitrag: 5 €
Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.
Käthe-Kollwitz-Str. 6, 07743 Jena, Tel. 03641-449432
und attac thueringen.de
http://www.tag-der-regionen.de/index.php

Treffen der LAG Ökologische Plattform Baden-Württemberg

29. September 2007, Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Kellerschänke, Beginn 10.30 Uhr
u.a. als Referent eingeladen Marko Ferst
Kontakt: Wolfgang.Kaemmerer@LBBW.de

Editorial

Auf der Vorderseite der Tarantel findet Ihr diesmal das Logo der Stromwechselkampagne. Unter www.strom wechsel.de kann man sich die Unterlagen von vier Ökostromunternehmen anfordern. Auf Grund der aktuellen Preiserhöhungen beim Strom dürften diese Anbieter in einigen Regionen schon günstiger sein als die vier Stromkonzerne. Alle großen Umweltverbände unterstützen dieses Portal, auf dem die Elektrizitätswerke Schönau, Naturstrom, Greenpeace Energy und Lichtblick vorgestellt werden. Man kann sich die Unterlagen auch per Post schicken lassen. (Tel. 0800 - 7 62 68 52, Werktags 9-17 Uhr) Ein wichtiges Merkmal ökologischen Stroms ist der Ausbau von Erneuerbarer Energien, der durch die Zertifizierung eines Stromangebots garantiert wird. Bei Ökostromangeboten sollten die Verbraucher darauf achten, ob und welche Zertifizierung erfolgt ist, da viele Ökoangebote nur vorgetäuscht sind. Auf Fragen zum Anbieterwechsel und weitere Problemstellungen wird auf der Webseite ausführlich eingegangen.
Es gibt eine gute Nachricht. Als Ökologische Plattform haben wir 250 Parteimitglieder zusammen, die ihre schriftlichen Erklärungen zur Mitgliedschaft abgegeben haben. Damit hätten wir zwei reguläre Mandate für den nächsten Bundesparteitag gesichert, eines weniger, als wir bisher hatten. Ein großer Dank an alle, die mitgeholfen haben. Für die nächste Stufe von 500 Mitgliedern müssen wir noch eine Weile wachsen. Allerdings steht im Statut auch, daß ein Zusammenschluß entweder in 8 Ländern mit anerkannten Landesverbänden existieren muß bzw. 0,5% der Mitgliedschaft sich zu uns schriftlich bekannt haben. Diese Hürde schaffen wir bisher in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Hessen und Berlin. Eigene Landesverbände gibt es bisher in Sachsen und Brandenburg. (anerkannt?)
Damit ihr sehen könnt, wo wir am ehesten die Hürde überspringen können, haben wir mal ausgerechnet, wo uns wieviel Mitglieder fehlen: Bayern 6 / Brandenburg 11 / Bremen 2 / Hamburg 3 / Mecklenburg-Vorpommern 29 / Rheinland Pfalz 4 / Saarland 5 / Sachsen 43 / Sachsen-Anhalt 26 / Thüringen 27 / Schleswig Holstein 2 . Deutlich erkennbar ist, wo uns Parteimitglieder fehlen und es eigentlich nicht schwer ist die Hürde zu überschreiten. Bitte helft mit die kleine Lücke zu schließen. Die Erklärung findet ihr auch unter www.oekologische-plattform.de (Button: „über uns“) Schriftlich zurückgemeldet haben sich zudem 35 Sympathisanten. Der Kreis, der die Tarantel etc. bekommt, ist jedoch wesentlich größer. 225 Leute aus diesem Pool haben bisher keine Erklärung abgegeben. Wir vermuten, daß ein erheblicher Anteil davon Sympathisanten sind. Berücksichtigt sind auch nicht Kontakte, die über unseren E-Mail-Verteiler zusätzlich bestehen könnten. Insgesamt dürften wir auf einen aktiven und passiven Teil von 500-600 Leuten kommen. Der Tarantel liegt auch noch mal die Umfrage bei. Wir würden uns freuen, wenn noch Rückmeldungen kämen. Vielen Dank

Marko Ferst

Erklärung der Teilnehmer des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der Linken am 30.06.2007 in Uder/Thüringen

Wir, die Teilnehmer des Bundestreffens, begrüßen die vollzogene Fusion zwischen der Linkspartei.PDS und der WASG zu der neuen Partei DIE LINKE. Wir sehen darin den Anfang einer Entwicklung, die zu einer weiteren Sammlung und Stärkung linker Kräfte in Deutschland mit dem Ziel weitreichender Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse führen wird. Wir laden auch alle umweltinteressierten Menschen ein, sich zu beteiligen.
Angesichts der sich weiter zuspitzenden ökologischen Krise, insbesondere des nicht mehr aufzuhaltenden Klimawandels, sowie der dadurch offensichtlich werdenden Sensibilisierung der Bevölkerung für die Umwelt erhoffen wir uns von der neuen Partei auch eine Profilierung auf ökologischem Gebiet. Wir sehen uns in dieser Hoffnung durch die Aussagen des Vorsitzenden DER LINKEN, Oskar Lafontaine, auf dem Gründungsparteitag bestärkt. Er erklärte, dass die neue LINKE auch Partei der ökologischen Erneuerung sein wird: „Ein System, dass nur auf Mehrverbrauch, Umsatz und Gewinnsteigerung orientiert ist, kann die ökologische Frage nicht lösen. Deshalb ist die grüne Formel von der ökologischen Marktwirtschaft ein Placebo. Nein, die Systemfrage wird durch die Umweltfrage gestellt. Das wissen wir, die Linke. Die anderen wissen es nicht.“ Diese Aussage, die in ihrer Klarheit und Zielrichtung so erstmalig von einem führenden Vertreter unserer Partei getroffen wurde, wird von uns sehr begrüßt und entschieden unterstützt.
Wir meinen, dass die mit den neueren Erkenntnissen über das Tempo der Erderwärmung wachsende Überzeugung von der Notwendigkeit stringenterer ökologischer Politik auch die bisherige Umweltpolitik der Linkspartei.PDS auf den Prüfstein stellt. Es geht dabei insbesondere um Teile grundsätzlicher programmatischer Aussagen wie auch aktueller Positionen in der Wirtschaftspolitik, die ökologische Aussagen und Forderungen unserer Partei konterkarieren. Notwendig ist z. B. ein Verbot des Baus neuer Kohlekraftwerke und ein beschleunigter Ausstieg aus der Kohleförderung zur Stromerzeugung. Viel energischer muss in Deutschland Energie gespart werden. Zu wenig wird noch auf ökologische Effizienztechnologien gesetzt. Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise muss sich auf regionalere Räume einstellen.
Es geht darum, die Kongruenz ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Politik im Auftreten und Handeln der Linken so herzustellen, dass den Erfordernissen des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen in allen wirtschaftlichen Entscheidungen endlich Rechnung getragen wird. Deshalb muss DIE LINKE dem „weiter so“ in der Vergeudung der Ressourcen und der Verseuchung der Umwelt lediglich im Interesse der Profitmaximierung auch in allen Detailentscheidungen ein klares Nein entgegenstellen.
Andererseits müssen wir uns an den bereits in Gang gesetzten Klimawandel einstellen. Das hat z.B. Konsequenzen für Land- und Forstwirtschaft, Trinkwasserversorgung und Küstenschutz. Sollten sich Szenarien für einen erheblich beschleunigten Klimawandel bestätigen, muss die gesamte Infrastruktur unserer Gesellschaft schnell und grundlegend verändert werden.

Das „grüne Herz“ Deutschlands ? - Umweltprobleme in Thüringen -

Johanna Scheringer-Wright

Auf dem Bundestreffen der Ökologischen Plattform der Partei DIE LINKE in Thüringen Anfang Juni 2007 war das Schwerpunktthema regionale, regenerative Energiewirtschaft. Weitere aktuelle Umweltfragen konnten aus Zeitgründen kaum diskutiert werden. Aus diesem Grund werden im folgenden die prominentesten aktuellen Umweltprobleme in Thüringen dargestellt, mit denen sich DIE LINKE, Umweltverbände und Bürgerinitiativen außerparlamentarisch und parlamentarisch auseinandersetzen.
Wie auch an unserem Tagungsort zum Bundestreffen zu sehen war, hat Thüringen eine reiche Natur- und Kulturlandschaft. Nach der Abwicklung und der Stilllegung der Industrien zu Beginn der neunziger Jahre hat sich die Umwelt scheinbar wieder erholt, insbesondere die Flüsse sind sauberer geworden. Seit Jahren aber stagniert diese Regeneration, ja es sind sogar wieder Verschlechterungen festzustellen, da die umweltpolitischen Weichenstellungen, wie sie von der CDU-geführten Landesregierung gemacht werden, gekennzeichnet sind von einer unkritischen Akzeptanz eines ungezügelten marktwirtschaftlichen Wachstums, und eines laissez-faire gegenüber Unternehmen und großen Anlagenbetreibern. Was fehlt, ist eine ganzheitliche, umweltpolitische Analyse und ein Leitbild, die es ermöglichen, eine umweltverträgliche Erschließung und Nutzung der natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen zu gewährleisten.
Der Flächenverbrauch und die Landschaftszerschneidung durch Infrastrukturmaßnahmen sind in Thüringen ungebrochen hoch. Der Bau neuer Straßen und Autobahnen, Gewerbegebiete auf der grünen Wiese, Müllverbrennungsanlagen und neu ausgewiesene Wohngebiete für Eigenheime verlangen Ausgleichsmaßnahmen auf Flächen, die meist der Landwirtschaft entzogen werden. Der hohe Flächenverbrauch steht in krassem Widerspruch zum stetigen Bevölkerungsrückgang in Thüringen.
Jüngstes Beispiel einer unangebrachten Infrastrukturmaßnahme ist eine von Vattenfall beantragte 380 kV-

Stromleitung über den Thüringer Wald, von der 20 Schutzgebiete betroffen sind. Als Argument für den Bau der Leitung wird angeführt, dass Windstrom von noch zu errichtenden Windkraftanlagen an der Ostsee in das bayrische Schweinfurt geleitet werden solle. Dass gleichzeitig von Vattenfall auch ein Kohlekraftwerk in Lubmin beantragt ist, und der dort erzeugte Kohlestrom dann auch eingespeist werden kann oder soll, wird von den Befürwortern der Leitung nicht thematisiert. Eine Studie, welche die dena (Deutsche Energie Agentur) als Entscheidungsgrundlage zur Trassenplanung herausgegeben hat, zeigt, dass es vor allem um die Expansion von Überlandnetzen geht, nicht zuletzt mit dem Ziel Strom besser handeln zu können.

Diese umstrittene 380 kV-Leitung zeigt gleichzeitig exemplarisch, dass es keine nachhaltige Energieerzeugung und -versorgung in Thüringen gibt, welche sowohl den Ansprüchen der Verbraucher, wie auch der Bewohner und der Umwelt gerecht wird. Aus der zentralen Frage der Energieversorgung zieht sich die öffentliche Hand immer weiter zurück. Demokratische Einflussnahme wird auch dadurch verringert, dass bei den Energiekonzernen, die als börsennotierte Aktiengesellschaften organisiert sind, die öffentliche Hand, z.B. die Kommunen, immer weniger Anteile halten. An der EON Thüringer Energie halten die Kommunen noch 49% der Aktien. Viele Stadtwerke in Thüringen produzieren nicht mehr selbst, sondern nehmen nur noch Aufgaben als Verteiler wahr. Dadurch wird es für Kommunen auch schwieriger, Einfluss auf Preisgestaltung, regenerative und regionale Energieerzeugung und nicht zuletzt auf den Klimaschutz zu nehmen.

Thüringen hat einen vergleichsweise hohen Anteil an Bioenergie. 10% des Primärenergieverbrauches werden aus erneuerbaren Energien realisiert. Davon wiederum sind 8,5% aus nachwachsenden Rohstoffen, meist Raps generiert. Der Rapsanbau wurde auf knapp 20% der Ackerfläche ausgedehnt, eine weitere Ausdehnung der Anbaufläche wäre aus pflanzenbaulichen und ökologischen Gründen nicht nachhaltig. Holz als Heizmaterial ist beliebt, aber auch hier gibt es Grenzen der Nutzung, will man die Nachhaltigkeit und die Funktion des Waldes als Senke für CO_2 nicht gefährden. Die Energieholzproduktion in Plantagen oder Agroforstsystemen steckt noch in den Kinderschuhen und ist hinsichtlich der hier herrschenden Standortbedingungen noch kaum erforscht. Es ist dringend geboten, auch für die Energiegewinnung aus Biomasse neue Wege, mit weiteren Energiepflanzen, zu erschließen, um die negativen Effekte einer Konkurrenz zwischen Nahrungsmittelproduktion und Energieproduktion zu vermeiden, und nachteilige Auswirkungen auf die Bodenfruchtbarkeit, das Schädlingsgeschehen und die Kulturartendiversität zu verringern. Eine umwelt- und sozialverträgliche Energieversorgung aus Windkraft, Solar- und Geothermie und Kraft-Wärme-Koppelung wird in Thüringen wenig gefördert. Das wäre aber notwendig, wenn eine Energiewende auch nur anvisiert werden soll.

Die CO_2 - Bilanz, die regelmäßig erstellt wird, zeigt, dass die Vermeidung von klimaschädlichen Gasen nicht konsequent genug angegangen wird. So ist festzustellen, dass der Anteil des Verkehrs am Gesamtausstoß an CO_2 Äquivalenten stetig steigt, analog zum Verkehrsaufkommen insgesamt. Weiterhin werden die Emissionen, die durch die Erzeugung des importierten Stroms entstehen, nicht in die Bilanz einbezogen, Es gibt in Thüringen eine Reihe guter Einzelprojekte im Bereich der Bioenergie, jedoch ist die bisherige Konzeption der Landesregierung zu oberflächlich, um im Sinne des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit generell umzusteuern.

Eine weitere Auseinandersetzung, die gegenwärtig in Thüringen geführt wird, ist die über den Einsatz transgener Pflanzen. Flächenmäßig spielt der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen keine große Rolle. Das Bundessortenamt und die Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft führen an drei Standorten, nämlich Dachwig, Friemar und Schwerstedt, auf insgesamt etwa 3000 m^2 Sorten- und Pflanzenschutzversuche mit gentechnisch verändertem Mais im Freiland durch. Der Mais, der angebaut wird, ist MON 810, also jener, für den schon seit dem Jahr 2000 durch Studien nachgewiesen werden konnte, dass viele Insekten, insbesondere Schmetterlinge, von seinen Toxinen geschädigt werden. Die landwirtschaftlichen Betriebe in Thüringen haben bislang auf den Anbau des transgenen Maises verzichtet, obwohl inzwischen durch den Maiszünsler ernstzunehmende Ertragseinbußen zu verzeichnen sind. Pflanzenbauliche Maßnahmen gegen den Maiszünslerbefall sind aus Sicht von Landwirten unter den gegebenen Produktions- und Wettbewerbsbedingungen zu aufwändig. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass der Maisanbau zu Futterzwecken in den letzten Jahrzehnten zu Lasten anderer Futterpflanzen aufgrund seiner Vorzüglichkeit als Energielieferant überdurchschnittlich ausgedehnt wurde. Dadurch verringerte sich die Anzahl der Fruchtfolgeglieder, was wiederum die Ausbreitung maisspezifischer Schädlinge fördert. Dieser Trend hin zu immer weniger Kulturarten, die großflächig angebaut werden, sollte deshalb auch mit Blick auf die Energieproduktion aus Biomasse kritisch hinterfragt, und die Erforschung und der Anbau alternativer, nicht transgener Pflanzenarten gefördert werden.

In Thüringen wurden Fortschritte im Bereich der Wasserqualität der Fließgewässer erreicht. Jedoch sind immer noch diffuse Einträge aus der Landwirtschaft und den Hauskläranlagen zu verzeichnen. Im ländlichen Raum, in den kleineren Dörfern, sind immer noch fast 60% der Haushalte nicht an eine ausreichende Abwasserreinigung angeschlossen. Die von der Landesregierung in früheren Jahren favorisierten Großkläranlagen wurden kostenmäßig völlig unverhältnismäßig auf die Bürger umgelegt. So gibt es neben dem ökologischen Problem der unzureichenden Abwasserreinigung in den ländlichen Gebieten auch den sozialen Sprengstoff der sehr hohen Anschlussgebühren. Die Abwasserreinigung im länd-

lichen Raum muss vorangetrieben und sozial verträglich umgesetzt werden. Dezentrale Anlagen mit kurzen Kanalnetzen wären zu bevorzugen.
Ein prominentes Beispiel für eine mögliche Wiederverschlechterung der Wasserqualität ist die von Kali & Salz beantragte, zusätzliche Einleitung salzhaltiger Haldenabwässer von hessischer Seite in die Werra. Wir erinnern uns, in den 1980ern hatte die Werra extrem hohe Salzkonzentrationen. Immer wurde die Kaliindustrie der DDR dafür verantwortlich gemacht, was zum Teil ja auch stimmte. Dann, nach der politischen Wende, wurde der Kalibergbau in Thüringen abgewickelt, selbst der Hungerstreik der Kumpel in Bischofferode konnte weder Treuhand noch die BASF-Tochter Kali&Salz, noch die CDU-Landesregierung dazu bringen, die Thüringer Kaligruben zu erhalten. Die Kaliförderung wurde auf Thüringer Gebiet vollständig eingestellt. Versprochen wurde u.a., dass die Einleitungen und Konzentrationen von Salzen in die Werra dadurch soweit zurückgefahren würden, dass sich wieder Leben im Fluss entwickeln könne. Kali&Salz erhielt damals von der Treuhand mehr als 1 Milliarde DM, um ihre Werke auf westdeutschem Gebiet zu sanieren. Die Salzkonzentrationen in der Werra sanken tatsächlich ab, aber Wissenschaftler und Gewässerökologen stellen fest, dass die Werra hinter dem Werk von Kali&Salz in Neuhof flussabwärts immer noch ökologisch tot ist, obwohl ein Trend der Besserung deutlich messbar ist. Die jetzt beantragte Salzeinleitung würde diesen Gesundungstrend des Flusses zunichte machen. Als alternative Lösung zur Entsorgung der salzhaltigen Haldenabwässer wird unter anderem vorgeschlagen, eine Leitung bis an die Nordsee zu bauen. Auch kombinierte Verfahren aus unterirdischer Rückverbringung und Abdeckung der Halde wären denkbar. Kali & Salz hat sich, trotz Rekordgewinnen in den letzten Jahren, solchen Vorschlägen mit der Begründung der zu hohen Kosten bisher verweigert.
Zusammenfassend lässt sich anhand dieser wenigen Beispiele einschätzen, dass die politische Macht der Konzerne ungebrochen ausgeübt wird, und die etablierten Parteien bzw. die von ihnen geführten Regierungen dieser Macht wenig entgegensetzen. Mehr noch, es drängt sich auch in Thüringen der Eindruck auf, dass in der Umweltpolitik erreichte Standards wieder in Frage gestellt werden. Es ist an den Bürgern und an Parteien wie der LINKEN, in Thüringen und überall eine nachhaltige Umweltpolitik einzufordern und mit Druck alternative Vorschläge zu unterbreiten.

Johanna Scheringer-Wright ist Landtagsabgeordnete in Thüringen

Politische Probleme bei der Einführung Erneuerbarer Energien in Dörfern und Kleinstädten.

(Referat auf dem Bundestreffen der Ökologischen Plattform in Uder am 30.6.2007)

Götz Brandt

Veränderter Stellenwert der Ökologie auf den letzten Parteitagen.

Auf dem letzten Parteitag der Linken.PDS hat Gregor Gysi gefordert, dass alle Schlüsselbereiche der Wirtschaft in die öffentliche Hand gehören und betont, dass gerade auf dem Gebiet der Energieversorgung die politische Verantwortung im Vordergrund stehen muss. Oskar Lafontaine sagte : „ Ein System, dass nur auf Mehrverbrauch, Umsatz und Gewinnsteigerung orientiert ist, kann die ökologische Frage nicht lösen. Deshalb ist die grüne Formel von der ökologischen Marktwirtschaft ein Placebo. Nein, die Systemfrage wird durch die Umweltfrage gestellt“. So eindeutig haben führende Politiker der Linken die ökologische Frage bisher noch nicht in den Mittelpunkt gestellt. Bis wir diese anvisierten politischen und wirtschaftlichen Zustände erreicht haben, wird noch viel Zeit vergehen und deshalb müssen wir uns mit den Fragen der kommunalen Energiewirtschaft befassen.

Politik der herrschenden Regierungen

Von den Regierungen der Industriestaaten einschliesslich der deutschen Regierung ist politische Verantwortung und ökologische Gerechtigkeit bei der zukünftigen Energieversorgung nicht zu erwarten. Fast alle Regierungen der Welt, bis auf die USA, haben den neuen Klimabericht der UNO so begriffen, dass man etwas gegen die menschengemachte Klimaerwärmung tun muss. Kanzlerin Merkel sagte: „Das Weltklima ist in der Tat in Gefahr. Ich glaube, da muss man sagen, es ist eher fünf nach zwölf als fünf vor zwölf“. Sie liess sich vom Direktor des Klimafolgen-Instituts in Potsdam beraten, der die Auswirkungen der Klimaänderungen drastisch schildert.
Vor dem G 8 - Treffen in Heiligendamm wurden zur Klimafrage von der Kanzlerin hochgesteckte Ziele verkündet: Bis 2020 Emissionen um 20 % senken, Energieeffizienz um 20 % steigern, erneuerbare Energien auf 20 % Anteil erhöhen, aus Atomkraft aussteigen und den Temperaturanstieg auf 2 °C beschränken. Was blieb nach der Beratung davon übrig? Die G 8 wollen die Halbierung des Ausstosses von Treibhausgasen bis 2050 „ernsthaft in Erwägung ziehen“. Erstmalig hätten die USA anerkannt , dass der menschenverursachte Klimawandel „durch die Wissenschaft eindeutiger nachgewiesen wurde“. Welch ein Erfolg! Es wird also weiterhin nichts getan und die auf die Weltwirtschaft zukommenden Mehrkosten werden

der Allgemeinheit aufgebürdet. Wie üblich werden die Gewinne privatisiert und die externen Kosten sozialisiert.
In einer Regierungserklärung im April 2007 hatte die Bundesregierung nur die Fortsetzung der bestehenden Energiestruktur, nämlich Kohle und Atomkraft sowie die Förderung der erneuerbaren Energie wie bisher und die Erhöhung der Energieeffizienz anzubieten. Auf eine dezentrale Struktur wird nicht eingegangen und die Erneuerbare Energie (EE) ist offensichtlich nur schmückendes Beiwerk der zentralen Strukturen und muss sich einpassen. Von einer Wende auf dem Gebiet der Energieversorgung kann nach den Plänen der Bundesregierung für die Jahre bis 2020, soweit reichen die Pläne der Regierung, nicht gesprochen werden. Von den Energie-Konzernen und der Regierung ist also keine zukunftsfähige Lösung zu erwarten. Das Klima wird sich weiter erwärmen. Klimakatastrophen sind zu erwarten. Die fossilen Rohstoffe gehen zur Neige, die Energiepreise steigen.
Deshalb muss in den Kommunen die politische und wirtschaftliche Situation realistisch eingeschätzt werden. In den Kommunen müssen einsichtige und verantwortungsvolle Bürger den Energiewandel gegen den Willen der Energiekonzerne vorantreiben, um möglichst unabhängig von Marktmacht zu werden und von Preisen, die in den letzten Jahren um 46 % gestiegen sind und demnächst um bis zu 36 % steigen sollen.

Was können die Kommunen bei der Einführung erneuerbarer Energie tun?

1. In den Kommunen muss eine positive Grundeinstellung zur erneuerbaren Energie hergestellt werden. Jedem Bürger muss klar gemacht werden, dass auf lange Sicht nur die erneuerbaren Energien das Überleben sichern können. Deshalb müssen alle Gemeindemitglieder informiert werden, was sie und ihre Kinder in 20 Jahren erwartet. Auch der Standpunkt, EE ja, aber nicht vor meiner Haustür, muss überwunden werden.
2. Es müssen alle privaten Initiativen gefördert werden und die Kommune kann Beispiele setzen. Die kommunalen Gebäude sollten energetisches Vorbild für die Bürger werden.
3. Für grössere Projekte sind Investoren zu gewinnen und die Kommune muss, wenn möglich, Haushaltsmittel für erneuerbare Energieanlagen bereitstellen.
4. Den Bürgern muss empfohlen werden, den Energieversorger zu wechseln, um den Markt mit erneuerbarer Energie zu stärken.

Wir haben zu unserem diesjährigen Bundestreffen das Thema „Erneuerbare Energien in Kommunen“ gewählt, weil wir glauben, dass es hochaktuell ist und einer der möglichen Wege beim Aufhalten des Klimawandels sein kann. Das ist zur Zeit aber nicht Thema der Medien oder der Regierung. Nicht einmal die Klima-Allianz der NGO´s hat das auf ihre Agenda gesetzt.

Die Standortfrage

Letzten Endes müssen Energieerzeugungsanlagen auf irgendeinem Standort realisiert werden, und das ist fast immer der Standort einer Kommune, wenn wir mal den off-shore-Bereich ausklammern. Eine für alle Einwohner einer Kommune existenzielle Frage ist, wie sie sich zum Aufbau von Windrädern, Blockheizkraftwerken, Gewinnungsanlagen für Erdwärme, Photovoltaikfeldern usw. in ihrem Territorium verhalten oder ob sie ein neues Kohlekraftwerk zulassen. Diese Fragen der Vorsorge für die Zukunft, der Verantwortung für spätere Generationen, der Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit ist in den Volksvertretungen zu beraten und es muss zu Langzeitplänen und Massnahmebeschlüssen kommen. Es handelt sich hier um eine parteiübergreifende Frage. Die Linkspartei hat eine besondere Verantwortung, weil sie als einzige antikapitalistische Partei die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Zusammenhänge erklären kann.
Wir haben unseren Standpunkt zur Energiepolitik in Kommunen, Kreisen und Regionen bereits in der Tarantel vom September 2005 ausführlich dargestellt. Das ist nun zwei Jahre alt, aber immer noch aktuell.

Finanzierung von EE-Anlagen

Es gibt wenige Kommunen, die für den Bau kommunaler Anlagen der EE Mittel in den Haushaltsplan stellen können. Landwirtschafts- und Gewerbebetriebe einer Kommune sind unter heutigen Bedingungen auch in der Regel nicht in der Lage, eine nachhaltige Energieentwicklung zu infanzieren. Die Rendite wird für Landwirtschaftsbetriebe mit höchstens 1 % angegeben, einschliesslich der EU-Beihilfen. Handwerkerbetriebe und KMU haben in der Regel keine Finanzmittel übrig für Investitionen ausserhalb ihres Betriebes. Von Industriebetrieben werden heute mindestens 10 % Gewinn verlangt. Die Heuschrecken wollen 20 bis 25 %. Damit wird klar, dass die Betriebe in der Kommune aus eigener Wirtschaftskraft eine nachhaltige Energieversorgung in der Regel nicht finanzieren können, ohne sich hoch zu verschulden. Die Dörfer und Regionen sind also auf Kapitalzufluss angewiesen. Zwar gibt es sehr viel vagabundierendes Finanzkapital in der Welt. Es sucht aber den schnellen und hohen Profit. In den Betrieben der erneuerbaren Energie gibt es zwar dank dem EEG einen langfristig gesicherten Energiepreis, aber die Gewinne sind nicht hoch. Es bleiben also nur die Besserverdienenden in der Gemeinde, die ihr Geld anlegen können: Zahnärzte, Apotheker, Makler, Notare, Rechtsanwälte usw. Das sind die finanziellen Gegebenheiten, auf denen wir heute zum Thema Erneuerbare Energien in Gemeinden aufbauen müssen.

Kampf der Stromkonzerne um den Markt

Bei der Stromversorgung haben wir in Deutschland ein Oligopol von 4 Konzernen, die sowohl die Strom-

versorgung als auch die Stromverteilung über die Netze beherrschen und damit die Strompreise diktieren. Diese Konzerne müssen für ihre Eigner den Maximalprofit erwirtschaften. Das ist Gesetz in jedem kapitalistischen Betrieb. Erneuerbare Energie stört dabei. Durch erneuerbare Energie wird dieser Strommarkt eingeschränkt, bereits 12 % sind verloren gegangen. Das wollen die Konzerne nicht hinnehmen. Sie führen medienwirksam eine Kampagne vor allem gegen Windräder, die sind für sie am gefährlichsten. Windräder zerschreddern Vögel, werfen Schlagschatten, sind zu laut, verschandeln und verspargeln die Landschaft usw. Dass durch die 80 000 Strommasten der Verteilernetze die Landschaft ebenfalls verschandelt und die Vogelverluste durch die Leitungen mehrfach höher sind als bei den Windrädern, wird verschwiegen. Es werden Mitarbeiter bei Vattenfall eingestellt, die die Aufgabe haben, erneuerbare Energieanlagen zu verhindern. In der Märkischen Allgemeinen Zeitung zum Beispiel wurde ein Mitarbeiter gesucht, der „zur Sicherung des Umsatzes Stromeigenerzeugungsanlagen verhindern“ soll. Und diese Aufgaben werden in Stellenanzeigen in der örtlichen Presse offen dargelegt. So sicher fühlt man sich in den Konzernleitungen. Diese Machenschaften müssen den Menschen in den Kommunen bekannt gemacht werden und ihre wahren Interessen deutlich gemacht werden. Sie dürfen nicht auf die Propaganda der Konzerne hereinfallen.
Eine andere Methode, die erneuerbare Energie zu verhindern ist, den Netzzugang zu erschweren. Alles, um den Marktanteil zu sichern. Geht es um Grossanlagen bei Windfeldern in der Nord- und Ostsee und grosse Biogasanlagen, dann steigen die Konzerne in die Finanzierung ein und sichern sich die Sperrminorität. Besonders bei den Biogasanlagen, die grundlastfähig sind und deshalb auch lukrativen Spitzenlaststrom liefern könnten, passen die Konzerne auf, dass ihnen nichts entgeht. Es entstehen dann solche Grossanlagen wie in Penkun an der polnischen Grenze mit 40 mal 500 kW - Anlagen, insgesamt 20 MW. Gewöhnlich wird nur eine 500 kW - Anlage in einem Dorfe gebraucht. Eine solche Grossanlage benötigt 60 000 t Gülle und 310 000 t Pflanzenmasse im Jahr, die selbst in einem Umkreis , einschliesslich polnisches Gebiet, von 50 km Radius nicht zu beschaffen ist. Damit wird der Aufbau von Biogasanlagen in den Dörfern Vorpommerns und der Uckermark verhindert, die regionale Wertschöpfung unterbunden und umweltschädlicher und überflüssiger Transport benötigt. Derartige Anlagen müssen verhindert werden.

Diktatur der Konzerne, Aushöhlung der Demokratie

Die Energiekonzerne sind inzwischen so mächtig geworden, dass sie auf die Einflussnahme durch Lobbyisten im Bundestag verzichten können. Der Vorstandsvorsitzende von Vattenfall ist offiziell der Energieberater der Kanzlerin geworden und kann die Konzerninteressen an höchster Stelle direkt durchsetzen. Er empfiehlt Kohle- und Atomenergie. Das ist eine neue Qualität der Aushöhlung der Demokratie und ein Schritt zur direkten Diktatur der Konzerne im Staat. Zehn Bundestagsabgeordnete und 12 Landtagsabgeordnete haben Beirats- oder Aufsichtsratsposten in Energiekonzernen. Auch die Kabinettsmitglieder Glos und Seehofer waren vorher in Aufsichtsräten der Energiekonzerne tätig. 28 ehemalige hohe Beamte und Politiker beziehen ihr Gehalt von den Energiekonzernen. Jeder Gemeindevertreter wird dagegen laut Gemeindeordnung von Entscheidungen ausgeschlossen, wenn es Interessenwidersprüche zu seiner privaten Tätigkeit gibt.

Kohleaustieg muss Ziel der Linken sein

Die Ökoplattform ist nicht nur für einen „Atomausstieg“ sondern auch für einen „Kohleausstieg“. Kohlekraftwerke, insbesondere Braunkohlekraftwerke, bringen gegenwärtig den höchsten Profit und sind wegen der heimischen Lagerstätten relativ unabhängig von den Rohstoff-Weltmarktpreisen. Da zu erwarten ist, dass die Weltmarktpreise für Öl und Gas weiterhin steigen, ist aus den Kohlekraftwerken auch in Zukunft der höchste Profit zu erwarten. Deshalb sollen diese modernisiert und in den nächsten 20 Jahren sind 45 neue Kohlekraftwerke geplant. Die Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung schon mal dem Neubau von 9 Kohlegrosskraftwerken bis 2012 zugestimmt, die anderen werden später gebaut. Je länger die Braunkohle-Dreckschleudern laufen, umso mehr Profitmasse lässt sich erzielen, 40 Jahre Laufzeit sind die Norm. Damit hat die Bundesregierung gegen ihre eigenen Klimaziele gestimmt und es wird deutlich, dass alle verkündeten Ziele nur die Wähler beruhigen sollen aber nicht eingehalten werden. Das muss man jedem Bürger klar machen und auf den Ernst der Lage hinweisen.
Von den sächsischen linken Ökologen (ADELE) wurden richtungsweisende Grundsätze für einen Austieg aus der Braunkohle entwickelt: mit dem Ausstieg sofort beginnen, keine neuen Tagebaue mehr erschliessen, neue Dreckschleudern verhindern, wenn nicht möglich, dann strenge Auflagen zur Kohlendioxidbeseitigung in den Kraftwerken, keine Sonderstellung bei der Zuteilung der Zertifikate, neue Kraftwerke sind Arbeitsplatzvernichter, alle Arbeitsplätze in der Braunkohleverstromung sind „umweltschädliche“ Arbeitsplätze. Es muss für alle Massnahmen ein genauer Zeithorizont verlangt und durchgesetzt werden.

Theoretische und echte Energieautarkie.

Es gibt bereits Kommunen und Regionen, in denen so viel Strom erzeugt wird, wie verbraucht wird. Die „echte“ Energieautarkie beginnt dort, wo die Kommunen ihr Konzessionsrecht selbst wahrnehmen und ihr eigenes Netz beliefern. Das gelingt sowohl in Dörfern als auch in Kleinstädten über die Stadtwerke. Ansätze zur Autarkie von Kommunen werden aber

hintertrieben. Besonders gefährlich wird es für die Stromkonzerne dann, wenn Kommunen über Stadtwerke autarke Netze in ihrem Territorium beliefern. Das wird bei grundlastfähigen Blockheizkraftwerken und Biogaskraftwerken dann vermehrt der Fall sein, wenn die Erdölpreise derart hoch geworden sind, dass die Einspeisung in das Stromnetz der Konzerne keinen finanziellen Vorteil mehr bringt und die Stromkosten, nicht die Stromgestehungskosten, genauso hoch sind wie die vom Staat über das EEG gestützten Preise für erneuerbare Energien. Dann geht den Konzernen ein Markt und nicht nur ein Marktanteil verloren. Deshalb steigen die Stromkonzerne auch bei den Stadtwerken und Biogasanlagen ein und kaufen diese auf. Die würden zukünftig nur die Preise verderben. Die Kommunen müssen diese Entwicklung aufhalten und ihre Eigenständigkeit bewahren.
Bei allen erneuerbaren Energien, die auf der Basis maschinenbautechnischer Lösungen gewonnen werden, wie das bei Windrädern, Biogasanlagen, Holzpelletsheizkraftwerken, Wasserkraftanlagen, Erdwärmeanlagen und Wasserspeicherkraftanlagen der Fall ist, kann schon in den nächsten 10 Jahren Strom ohne staatliche Förderung zum gleichen Preis , wie ihn die Konzerne verlangen, angeboten werden. Die Kommunen müssen deshalb schon jetzt für eine echte Energieautarkie die Weichen stellen, bevor die Konzerne ihre Gegenmassnahmen getroffen haben. Deshalb müssen grundlastfähige Stromerzeugungsanlagen, wie z.B. Biogasanlagen mit Blockheizkraftwerken, vorhanden sein und auch Spitzenlastanlagen, z. B. Windkraftanlagen in Verbindung mit Wasserspeicheranlagen oder Wasserstoffproduktionsanlagen. Bei Photovoltaikanlagen, die hohe Anlage- und hohe spezifische Stromkosten haben, wird eine solche Situation vorerst nicht eintreten.

Wärmeversorgung

Auf dem Gebiet der Wärmeversorgung sieht es nicht anders aus. Wenige Konzerne beherrschen den Einkauf von Gas aus dem Ausland und die Gasnetze. Auch hier eine Monopolstellung, die den Gaspreis an den Erdölpreis koppelt, obwohl es dafür keine logische und gesetzliche Grundlage gibt.
Da vielen Haushalten der Gaspreis zu hoch wird, steigen sie auf Holzheizung um. Holzverbrennung ist zwar klimaneutral, aber die Atmosphäre wird dennoch aufgeheizt. So wie unsere Holzvorräte beschaffen sind, können nur etwa 10 % der Haushalte mit Holz heizen. Mehr Walderträge haben wir nicht. Holzheizung ist also keine generelle Lösung. Ausserdem wird der Raummeter immer teurer. Von 5 auf 15 € ist er gestiegen. Ein m³ Laubholz hat den Heizwert von 145 l Heizöl, da ist die Heizung mit Holz aber immer noch billiger als mit Gas. Der Holzimport aus Finnland nimmt zu.

Energiepflanzen

Ein weiteres energiepolitisches Problem ist die Nutzung von Ackerflächen für die Energiepflanzenproduktion. Lebensmittel- und Energieerzeugung konkurrieren. Es ist jetzt schon kostengünstiger das Getreide zur Energieproduktion zu verwenden, als es zur Mühle zu fahren. Ackerflächen müssten bei der weltweit prekären Ernährungslage eigentlich für die Erzeugung von Nahrungsmitteln eingesetzt werden. Nun ist bekannt, dass die Bauern früher für die Fütterung ihrer Pferde als Zugkraft etwa 13 % ihrer Anbaufläche nutzten. Es ist sicher auch nichts dagegen einzuwenden, wenn die Bauern heute ihre Traktoren und Mähdrescher mit Rapsöl antreiben. Nur so können sie sich dem Preismonopol der Erdölkonzerne entziehen. Die Nutzung von Rapsöl über betriebseigene oder genossenschaftliche Ölmühlen (wie eine Lohnmosterei) für den Betrieb von Traktoren und Autos der Dörfler muss als Unabhängigkeitsbewegung von den Monopolen begriffen werden. Aber die regionale Wertschöpfung in Betrieben und Dörfern mit örtlichen Ölmühlen und Tankstellen wurde von der Industrie sogleich durch den Bau grosser Anlagen überholt. Bereits 2005 wurde der Roggen von 780000 ha zu Ethanol verarbeitet. Die gegenwärtige Anbaufläche von 140 000 ha Energiemais wird sich voraussichtlich verdoppeln. Allein in der Grossanlage Schwedt/Oder werden aus einem Einzugsbereich von 150 km jährlich 500 000 t Raps und 600 000 t Roggen zu Ethanol verarbeitet, das zum Teil für die Rohstofftransporte wieder verbraucht wird. Wir betreiben unsere Autos mit Brot und Speiseöl.
Wenn in industriellem Maßstab Rapsöl und Getreide zu Autotreibstoffen verarbeitet werden, dann ist das angesichts der Ernährungslage in der Welt bestimmt unmoralisch, unsolidarisch und ungerecht, wenn wir das als Internationalisten sehen. Das Kapital schert sich nicht um Moral, es geht nur um Profit und die Aufrechterhaltung der Absatzmengen. Deshalb werden wir in Deutschland vorübergehend einen Boom des Energiepflanzenanbaus haben.
Ökologisch hat der Biopflanzenanbau fast nur negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Es besteht der Drang zur Monokultur und nachhaltige Anbausysteme und Fruchtfolgen geraten ins Hintertreffen. Mais und Raps darf man erst in 4 bis 6 Jahren wieder auf dem gleichen Feld anbauen, sonst vermehren sich die Schädlinge und Pilze zu stark, was zu erheblichen Ertragseinbussen führen kann. Genmais und Genraps helfen hier auch nur für einige Jahre. Dann haben sich restistente Insektenstämme entwickelt und die Vorteile, dass man 40 € /ha Insektizide einspart, verwandeln sich in Nachteile. Gegen resistente Insekten gibt es keine Insektizide. Diese Zustände kann man gegenwärtig in den USA und Kannada beobachten. Ausserdem befinden sich die Genkonstrukte unwiderbringlich in der Natur und wir wissen heute noch nicht, mit welchen zukünftigen Auswirkungen. Auf alle Fälle geht durch den Monokulturanbau die Artenvielfalt zurück. Volkswirtschaftlich betrachtet ist es vorteilhafter auf den Ackerflächen Windräder aufzubauen, denn der Energieflächenertrag liesse sich dann verzwanzigfachen.

Biokraftstoff ist auch nicht generell umweltfreundlich. Beim Anbau und der Verarbeitung wird fast genauso viel fossile Energie eingestzt, wie an „Bioenergie“ erzeugt wird. Ein Nullsummenspiel. Auch bei der Palmölgewinnung werden je Tonne 10 mal mehr Emissionen an Klimagasen erzeugt als bei der Verwendung von 1 t Rohöl. Das ist also ein umweltschädlicher Treibstoff. Ausserdem kann man Palmöl auch als „Kahlschlagdiesel“ bezeichnen, denn für den Anbau der Ölpalmen wird Urwald gerodet.

Zusammenfassung:

Wir sehen, dass es eine Vielzahl von politischen und ökonomischen Problemen zu beachten gilt, wenn man in einer Kommune erneuerbare Energie einführen will.
Zusammenfassend können folgende wesentliche Gründe für eine autarke Energiewirtschaft der Kommunen genannt werden:
1. Unabhängigkeit von den schwindenden Ressourcen nicht erneuerbarer fossiler Energieträger und auch vom schwindenden Uran.
2. Unabhängigkeit von den Lieferbedingungen und Monopolpreisen der Energiekonzerne. Die Kommunen können bei Energieautarkie die Preise selbst bestimmen.
3. Unabhängigkeit vom Hochspannungsnetz der Energiemonopole und der Höhe der Einspeisungsentgelte.
4. Senkung des Kohlendioxidausstosses durch Einsatz erneuerbarer Energien auf nahezu Null, z.B. auch durch Einsatz von Elektrofahrzeugen für kommunale Zwecke.

Voraussetzung für eine autarke Energiewirtschaft sind vor allem der Aufbau von Energiespeicheranlagen, was in den Mittelgebirgen möglich ist. Kleine Stauseen, mit Wasserturbinen gekoppelt, können im Falle der Windstille die Stromversorgung sichern.
Ein völlig neues Energieverbrauchsmanagement , das auf den schwankenden Energieanfall der erneuerbaren Energieanlagen abgestimmt ist, wird notwendig. Energiefressende Geräte und Anlagen dann einsetzen, wenn der Stromanfall hoch ist. In einigen Dörfern gibt es bereits Erfahrungen und auch eine weitgehende Energieautarkie.

Götz Brandt „Nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ (Broschüre) für je 3,00 € über die Ökologische Plattform zu beziehen.

klima & energie - macht - arbeit

Konferenz der LINKEN am 2.- 4. November 2007 in Hamburg

Ohne nachhaltige Energieproduktion und Gerechtigkeit bei Ressourcennutzung und Energieversorgung wird es keine Energiesicherheit geben. Energieversorgung und Klimaschutz verlangen eine zukunftsfähige gesellschaftspolitische Gesamtstrategie.
Parteivorstand und Bundestagsfraktion DIE LINKE präsentieren programmatische und politische Forderungen für wirksamen Klimaschutz und eine zukunftsgerechte Energieversorgung als Bestandteil ihrer Strategie für soziale und globale Gerechtigkeit und für eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Klima- und Energieproblematik kann nur mit komplexen Lösungsansätzen bewältigt werden.
Mitglieder des Parteivorstandes DIE LINKE und der Bundestagsfraktion DIE LINKE diskutieren mit Expertinnen und Experten aus den Gewerkschaften, den Umwelt-, globalisierungskritischen und Friedensbewegungen, aus Energiewirtschaft und sozialen Initiativen über zukunftsfähige Alternativen.

Konferenz - Themen

Energiepolitik und Klimawandel in Zeiten der Globalisierung - sind wir noch zu retten?

Werden fossile Energieträger weiter im bisherigen Ausmaß genutzt, führt der globale Klimawandel zu Katastrophen nicht beherrschbaren Ausmaßes. Wie kann es gelingen, gegen die Macht des internationalen Finanzkapitals und der transnationalen Energiekonzerne einen radikalen Wandel bei Klimaschutz und Energiepolitik durchzusetzen?

Macht der Energiekonzerne - Saubere Kohle, sichere Atomkraft?

Weltweit propagieren Energiekonzerne den Bau neuer „sauberer“ Kohlekraftwerke. Sie fordern längere Laufzeiten für Atommeiler und werben für den Neubau angeblich sicherer Reaktoren. Mit ihrer Marktmacht zwingen sie Staaten ihre Interessen auf und verweigern sich einer Entwicklung, die den elementaren Lebensinteressen der Menschen Rechnung trägt.

Energieversorgung der Zukunft und die Schaffung von Arbeitsplätzen

Energiesicherung ist eine zentrale Frage der Daseinsvorsorge, welche durch die öffentlichen Hände sicherzustellen ist. Welche Bedeutung haben in diesem Zusammenhang Strategien zur Produktion und effizienten Nutzung von Energie? Dabei nehmen Erneuerbare Energien eine zentrale Stellung ein und den Kommunen kommt bei der Förderung, Nutzung und Propagierung Erneuerbarer Energien eine Schlüs-

selrolle zu. Welche Folgen ergeben sich daraus für Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und Demokratieentwicklung?

Globale Gerechtigkeit und der Zugang zu Energieressourcen

Unter den herrschenden Verhältnissen sind weite Teile der Menschheit von geregelter Energieversorgung (v. a. Elektrizität) ausgeschlossen. Die Verursacher des Klimawandels sitzen in Europa und Nordamerika - unter den Folgen leidet am stärksten der afrikanische Kontinent.

Umweltfreundliche Mobilität - ein Gebot der Stunde

Mobilität ist scheinbar zu einer unverzichtbaren zivilisatorischen Notwendigkeit geworden. Viele Menschen kommen ohne Auto nicht an ihren Arbeitsplatz bzw. zu ihren Familien. Aber der individuelle Autoverkehr, der LKW- und Luftverkehr sind zu etwa einem Drittel am CO_2-Austoß beteiligt, mit steigender Tendenz. Die Privatisierung des öffentlichen Verkehrs (Bahn, ÖPNV) führt zu weiterer Verkehrsverlagerung auf die Straße. Gebraucht werden umweltfreundliche Mobilitätskonzepte.

Das Ende des billigen Öls und die Militarisierung der internationalen Beziehungen

Kriege um Öl sind längst keine Schreckensvision der Zukunft mehr. Sie sind bittere Realität. Im Irak und in Afghanistan erfahren die Menschen unendliches Leid, werden ökonomische, soziale und kulturelle Strukturen mit langfristiger Wirkung zerstört. Damit verbunden sind eine zunehmende Militarisierung der Außenpolitik und weniger Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität in den internationalen Beziehungen

mit Mojib Latif, Angelika Zahrnt, Oskar Lafontaine, Wolfgang Methling, Eva-Bulling Schröter, Gregor Gysi u.v.a.

2.- 4. November in Hamburg, Beginn Freitag Abend
Berufsförderungswerk Hamburg, August-Krogmann-Straße 52, Hamburg
Veranstalter: Parteivorstand/ Bundestagsfraktion

Quelle:Parteivorstand

weitere Informationen:
www.oekologische-plattform.de
http://die-linke.de/politik/themen/energiepolitik

Von Sigmar Gabriel zu Gangolf Stocker

Manfred Wolf

Regierungsvertreter demonstrieren wieder einmal Entschlossenheit, nunmehr tatsächlich und wirksam etwas für die Senkung der Emissionen klimaschädlicher Gase tun zu wollen und dafür auch die anderen Hauptverantwortlichen für die kritische Situation zu gewinnen. Auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm soll sofort damit begonnen werden.
In seiner Regierungserklärung zur Klimapolitik der Bundesregierung vom 26.4.07 spricht Umweltminister Gabriel davon, daß „die Umsetzung der europäischen Klimaschutzziele nichts weniger als den grundlegenden Umbau der Industriegesellschaft“ bedeutet. Das klingt so, als wäre sich die Bundesregierung nun endlich der Tragweite der Aufgabe bewußt und würde dafür auch ein umfassendes Programm vorlegen bzw. zumindest ausarbeiten wollen. Jedoch der erste Eindruck, den seine Erklärung macht, trügt. Bei näherem Hinschauen stellt man leicht fest, daß keineswegs die ganze Gesellschaft, d.h. die herrschende Produktions- und Lebensweise auf Klimaschutz eingestellt werden soll. Im Gegenteil, es könne „nicht um eine defensive Strategie oder gar um eine Verzichtsmoral gehen“. Als Begründung dafür müssen die in Armut lebenden Teile der Weltbevölkerung herhalten. „Ihnen eine Verzichtsethik der Reichen im Norden zu empfehlen würde dort als neue Form des Kolonialismus verstanden“. Das ist reine Demagogie. Wie wäre es denn erst einmal mit einer durchgreifenden Sparsamkeitsstrategie auf allen Gebieten der Produktion, des Verbrauchs und der Lebensweise in den Industrieländern mit einer Reihe neuer Vorstellungen von Lebensqualität?
Gabriel suggeriert mit seiner Regierungserklärung, daß man dem Problem der Emissionen allein mit einem Maßnahmepaket auf dem Energiesektor, vornehmlich auf die Steigerung der Energieeffizienz gerichtet, beikommen kann. Energie soll, was durchaus richtig und begrüßenswert ist, mit weniger Schadstoffemissionen produziert und effizienter genutzt werden. Aber selbstverständlich setzt man auch weiterhin auf Wirtschaftswachstum, soll die profitorientierte kapitalistische Wirtschaftsweise nicht angetastet werden. D.h., auch künftig soll mehr Energie für die Produktion größerer Müllberge, für immer mehr Straßenverkehr, für eine Lebensweise, die dem Tanz auf der Titanic gleicht, produziert werden.
Wie „ernst“ die Bundesregierung die Energieeinsparung nimmt, zeigen allein auf dem Verkehrssektor einige Beispiele aus den letzten Wochen: Da wurde vehement eine gesetzliche Limitierung des Kraftstoffverbrauchs für Kfz abgelehnt, ebenso eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung. Die Umstellung der Kfz-Steuer von Hubraum auf Schadstoffausstoß ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber

die Steuerungsfunktion dieser Maßnahme und damit der Einspareffekt bei Emissionen wird gering bleiben. Die Besteuerung von Kerosin für Flugzeuge wird seit Jahren erfolgreich hintertrieben. Neulich wurde sogar allgemein Genugtuung über eine erreichte Verbilligung von Transatlantikflügen bekundet.
Der Anteil des Verkehrssektors an den Schadstoffemissionen ist durchaus nicht gering, und eine Politik, so sie dem Schutz der Natur und der Milderung der Auswirkungen des Klimawandels dienen will, wäre gut beraten, wenn sie auch mit ordnungspolitischen Maßnahmen agieren und nicht nur auf die Kräfte des Marktes setzen würde.
Eine richtige Verkehrspolitik hat Gangolf Stocker angeboten, der seine Sicht in der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ der Ökologischen Plattform unter dem Titel „Verkehrter Verkehr“ vorgestellt hat. Zentrales Anliegen dieser Broschüre ist die Auseinandersetzung mit den falschen Denk- und Planungsansätzen der Verkehrspolitik in der Bundesrepublik. Diese gehen von der irrigen Behauptung aus, je mehr Verkehr, desto mehr wirtschaftlicher Erfolg, desto mehr Lebensqualität und Wohlstand für die Bürger. Stokker führt den Beweis, daß dem nicht so ist. Er erhellt, welche Verhaltens- und Produktionsweisen Verkehr erzeugen und wie ihre Änderung diesen einschränken kann. Dabei beleuchtet er so zentrale und übergreifende Fragen wie Mobilität, Regionalisierung, Geschwindigkeit und natürlich auch, was nicht aus dem Thema wegzudenken ist, besonders den Autoverkehr.
Hinsichtlich Mobilität müßte der in den Industriestaaten herrschenden Definition ein demokratischer und sozialen Bedürfnissen entsprechender Mobilitätsbegriff entgegen gesetzt werden. Die vorherrschende Definition besage, daß jedermann die Möglichkeit besitzen müsse, sich jederzeit möglichst rasch und beliebig weit von einem Ort zum anderen zu bewegen. Sie wird von den Herrschenden der Industrieländer propagiert und praktiziert, da sie der schnellen Kapitalverwertung dient und auch an den Zweck der Kriegsführung, der Zerstörung oder Übervorteilung anderer gebunden werden kann. Ein demokratischer Begriff von Mobilität müsse demgegenüber in den Dienst der Bedürfnisbefriedigung aller Menschen gestellt werden. Mobilität wäre demnach als die Fähigkeit zu definieren, die Bedürfnisse so zu befriedigen, daß dabei weder soziale noch naturräumliche Zerstörungen eintreten. Am mobilsten wäre derjenige, der alle seine Bedürfnisse auf kürzestem Weg in seinem direkten Umfeld befriedigen kann. Hier wird ersichtlich, daß dieses Umfeld geschaffen werden muß. Das hat viel mit Planung und Gestaltung der Arbeits- und Wohnbereiche, mit der Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe zu tun. Denn je näher alles beisammen, desto einfacher erreichbar und verfügbar, desto geringer der Verkehr.
Es überrascht nicht, weil ja alles miteinander verbunden ist, wenn Stocker die Reduzierung der Geschwindigkeit, also die Entschleunigung, als weiteres zentrales Gebot für die Einschränkung des Verkehrs empfiehlt. Sehr eindeutig weist er nach, daß der Verkehr mit den zunehmenden technischen Möglichkeiten sein Tempo zu erhöhen gewachsen ist , und daß der Geschwindigkeitswahn dieser Gesellschaft entgegen aller Vernunft und zum Schaden der Überlebenschancen der Menschheit nur noch mehr Verkehr hervorbringt. Je schneller der Verkehr, desto längere Strecken können in gleicher Zeit zurückgelegt werden, desto besser die Verwertungsbedingungen des Kapitals. Eine Umkehr aus dieser verhängnisvollen Entwicklung für unsere Umwelt verlange also eine Entschleunigung des Verkehrs.
Die 75-Seiten-Broschüre „Verkehrter Verkehr“ ist inhaltlich sehr überzeugend und übersichtlich, sprachlich locker und verständlich, mit einer interessanten und einleuchtenden Argumentation geschrieben. Die Argumente und Vorschläge legen nahe, daß manches, ja vieles machbar wäre, wenn nicht .... Ja und man möchte zu gern und eigentlich auch wider besseres Wissen Stockers Schlußfolgerung zurückweisen, daß es in einem „falschen“ System keinen „richtigen“ Verkehr geben kann, weil eine Entschleunigung des Verkehrs eine Entschleunigung der Kapitalverwertung bedeutet und somit das kapitalistische Wirtschaftssystem in Frage stellt. Es könnte mutlos machen, wenn er nicht auch eine Fülle von Möglichkeiten zeigen würde, was der Einzelne, was die Kommune für den dringend erforderlichen richtigen Verkehr tun und damit spürbare Effekte erzielen kann. Insgesamt eine lohnende Lektüre.

Die Broschüre ist im Internet unter www.oekologischeplattform.de zu finden. Sie kann bei der Ökologischen Plattform, Parteivorstand der Linkspartei, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin gegen eine Spende von 3 Euro bestellt werden.

Lokale Agenda nur heiße Luft

Der Flughafen Berlin-Brandenburg-International - Ein klimapolitischer Witz mit ernsten Folgen

Frank Welskop

Die Aufheizung unserer Atmosphäre durch den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen, z.B. durch Kohlendioxid (CO_2), ist unbestritten.
Die Landesregierungen in den Bundesländern haben auf diese Gefährdung reagiert und sich mit konkreten Zielen zur Emissionsreduktion verpflichtet. In Berlin wurden 1990 pro Einwohner 8,55 t CO_2 emittiert, 2000 waren es nur noch 7,5 t. Im Jahr 2010 sollen es immerhin 6,42 t und 2020 nur 5,13 t sein - so steht es in der 2006 vom Abgeordnetenhaus beschlossenen „Lokalen Agenda 21“, anhand derer „Berlin

zukunftsfähig gestaltet“ werden soll. Die Zahlen entsprechen einer CO_2-Reduktion um 40 Prozent in dreißig Jahren.
Da der Verkehr ein maßgeblicher Kohlendioxidemittent in Berlin ist,besteht ein Handlungsziel der Lokalen Agenda darin, die verkehrsbedingten CO_2-Emissionen bis 2020 um 15 Prozent und bis 2030 um 25 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Erreicht werden sollen diese Ziele mit mindestens 20 Einsparmaßnahmen und Infrastrukturinvestitionen, unter anderem durch die Erweiterung des Tramnetzes. Dieses ist jedoch heute eher durch Streckenstilllegungen bedroht, wie sie 2006 immer wieder diskutiert wurden (RABE RALF Oktober/November 06).
Der Erreichung des genannten Handlungsziels soll allerdings auch der Bau des so genannten Single-Flughafens Berlin-Brandenburg-International (BBI) in Schönefeld bei Schließung der Flughäfen Tegel und Tempelhof dienen. Slogans wie „Kurzstreckenflugverkehr auf die Schiene“, die sonst immer und zu Recht propagiert worden sind, wurden in der Lokalen Agenda 21 vorsichtshalber schon gar nicht erwähnt, wahrscheinlich um bloß nicht die „Zukunftsinvestition BBI“ zu gefährden, die ja bekanntermaßen kein privater Investor realisieren wollte. Ein anderer Grund für diese Auslassung erschließt sich nicht.
Der Bau des BBI wird immer wieder damit begründet, dass nur so der stetig wachsende Flugverkehr abgewickelt werden kann. Dieser soll laut Prognose und BBI-Planfeststellungsbeschluss bis 2020 auf rund 30 Millionen Passagiere pro Jahr wachsen. Schon dieses Wachstum um fast 80 Prozent gegenüber 2006 macht klar, dass es sich bei dem Flughafenneubau nicht um einen ökologischen Beitrag für eine verbesserte Klimabilanz handeln kann. Ganz im Gegenteil! Während gegenwärtig der Bundesbürger im Jahr 1,8-mal fliegt, sind es in Berlin noch 1,7 Flüge pro Kopf. Durch das anvisierte Wachstum des Luftverkehrs bis 2020 und unter Vernachlässigung des in Berlin de facto nicht vorhandenen Umsteigeverkehrs entsteht die Situation, dass vom BBI mit einem Einzugsgebiet von fünf Millionen Einwohnern - in einem Radius von 100 Kilometern, der sich zu 80 Prozent aus diesem Einzugsgebiet speisen soll - dann 2,5-mal pro Einwohner geflogen würde.
Diese Zahl ist beeindruckend, da der ökologische Fußabdruck des Berliners dadurch verheerend wird. Denn ein One-Way-Mittelstreckenflug über 3000 Kilometer verursacht ungefähr eine Tonne CO_2. Noch genauer wird die Rechnung mit dem Berechnungsmodell von Atmosfair (www.atmosfair.de), wonach zum Beispiel ein Passagier für einen Flug von Berlin nach New York und zurück 4,14 t CO_2 in die Luft bläst.
2006 kamen alle von den Berliner Flughäfen startenden Flugzeuge auf eine Beförderungsleistung von fast 21 Milliarden Personenkilometern (Pkm), was knapp sieben Millionen Tonnen CO_2 verursachte. Wird die gleiche Beförderungsleistung für den BBI bei einem regionalen Fluggastaufkommen von 24 Millionen Passagieren für 2020 hochgerechnet, dann werden über 3,7 t CO_2 je Einwohner erzeugt. Allerdings wird sich durch die Zunahme von Interkontinentalflügen die Beförderungsleistung erhöhen, sodass pro Einwohner (ohne Touristen) über 4 t CO_2 entstehen werden. Das bedeutet, dass allein durch das Fliegen die gesamte CO_2-Reduzierung seit 1990 - minus 3,42 t CO_2 je Einwohner - komplett wieder aufgefressen wird und sich die Klimabilanz sogar verschlechtert!
Damit ist die Lokale Agenda in Wirklichkeit nur heiße Luft, weil sie den größten CO_2-Verursacher - wohl aus kosmetischen Gründen - einfach weglässt, obwohl die Verursacher dieses Klimagases die Berliner Bürger sind. Wer sonst?

Wie blind ist die Umweltpolitik?

Das klimaverträgliche Budget eines Menschen liegt bei 3 t CO_2 pro Jahr, ein Inder liegt zum Beispiel zurzeit bei 900 kg. Während 3000 Kilometer Fliegen eine Tonne CO_2 pro Kopf erzeugt, kommt ein Mittelklassewagen damit 7.000 Kilometer und die Bahn sogar 17.000 Kilometer weit.
Wie ehrlich es die Politik mit der Lösung der Umweltprobleme meint, sieht man sehr deutlich an der Bereitschaft des Staates in die Bahn zu investieren: Nach Berechnungen der „Allianz pro Schiene“ ist Deutschland von zehn untersuchten europäischen Ländern Schlusslicht bei den Pro-Kopf-Investitionen in die Schiene: Während im Jahr 2005 zum Beispiel die Schweiz 272 Euro pro Kopf in die Schiene investierte, waren es in Deutschland nur 39 Euro. Die Schweizer Schieneninfrastruktur-Investitionen waren gegenüber den Straßenbaumitteln um 72 Prozent höher, während es in Deutschland umgekehrt ist: Die Investitionen in die Straße sind hier um 35 Prozent höher als in die Schiene!

Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit:

Das Schlimmste ist, dass der Flugverkehr als klimaschädlichstes Verkehrsmittel durch den Staat systematisch subventioniert wird. Das prominenteste Beispiel ist, dass Flugbenzin im Gegensatz zum Treibstoff der Bahn nicht besteuert wird.
Da die Politik diese Zusammenhänge sehr wohl kennt, ist das ganze Umweltgerede nicht nur heiße Luft, sondern auch zutiefst verlogen. Das zeigen die dargestellten Fakten. Politik ist eindimensional, flach, spielt sich im Rahmen von Machterhalt und Machtgewinn ab. Die Umwelt ist jedoch komplex und dynamisch. Käme es zu signifikanten Maßnahmen durch die Umweltpolitik, würde das Klimasystem darauf sehr träge reagieren. Das Dramatische ist jedoch, dass die Politik noch träger ist, bis es überhaupt zu diesen relevanten Maßnahmen kommt. Der Skandal dabei ist, dass Politik sehr dynamisch und anpassungsfähig gegenüber Wirtschaftsinteressen agiert.

Der RABE RALF (Juni/Juli 07)

Frank Welskop ist stellvertretender Landesvorsitzender der Grünen Liga in Berlin

Stephan Krawczyk

Waldmenschen

Wir kamen aus den Wäldern
Und sahen uns bei euch um.
Euer Weltverändern ist
unglaublich dumm.
Wie bei uns die Dinge liegen,
bleibt uns keine Wahl:
Wir werden eure Dummheit
mit unserer Haut bezahln.

Und so gehen wir in den Wald zurück
und sprechen mit den Ahnen,
bis ihr Holz aus ihnen macht
in euren Größenwahnen.

Ihr kämpft mit fremden Sternen
und glaubt, dass ihr gewinnt.
Wie konntet ihr verlernen,
woraus wir alle sind?
Ihr hattet gute Karten,
ihr habt die Chance verschenkt.
Was kann man erwarten,
wenn die Dummheit denkt?

Und so gehen wir in den Wald zurück
und sprechen mit den Ahnen,
bis ihr Holz aus ihnen macht
in euren Größenwahnen.

Wenn unsere Bäume blühen,
speien eure Rohre Gift.
Nichts wird euch verziehen,
wir wissen, wer uns trifft.
Ihr träumt Euch in den Himmel,
statt auf den Grund zu sehn.
Mit unseren dunklen Wäldern
müssen wir untergehn.

Und so gehen wir in den Wald zurück
und sprechen mit den Ahnen,
bis ihr Holz aus ihnen macht
in euren Größenwahnen.

Liedtext von der CD:
Heute fliegt die Schwalbe hoch (2004),
Stephan Krawczyk und Band
http://www.stephan-krawczyk.de
weitere CD mit einigen ökologischen Liedtiteln:
Terrormond, CD (1993)

DIE TARANTEL-BÜCHERECKE

Erich Follath und Alexander Jung (Hrsg.)
Der neue Kalte Krieg. Kampf um Rohstoffe

Steigender Rohstoffbedarf trifft auf Rohstoffverknappung. Die Folge: heftige Verteilungskämpfe. Dennis Meadows hat in „Die Grenzen des Wachstums“ bereits vor über 30 Jahren vorausgesagt, daß die wichtigsten Ressourcen, auf denen die hochentwickelte Weltwirtschaft basiert, in absehbarer Zeit erschöpft sein werden. Nun ist es für jedermann spürbar: Öl- und Gaspreise steigen vor allem deshalb, weil der Hunger der Industrieländer und der Aufsteiger wie China und Indien unersättlich ist, die Vorräte jedoch rapide schwinden. Ähnliches gilt für andere lebensnotwendige Rohstoffe. Mit aggressiven Strategien versuchen sich die Wettbewerber um kostbare Ressourcen Vorteile zu verschaffen. Welche weltpolitischen Konflikte sich daraus entwickeln, welche Länder in Zukunft zu den Gewinnern, welche zu den Verlierern gehören und welche Chancen alternative Energien bieten, zeigen SPIEGEL-Journalisten in dieser aktuellen Bestandsaufnahme, die den Blick in die Zukunft wagt: in ein Zeitalter der Energiekonflikte, eines neuen kalten Krieges.
318 Seiten, Spiegel-Buchverlag, 2007, 19,90€

James Lovelock
Gaias Rache. Warum sich die Erde wehrt
Die Klimakatastophe hat längt begonnen. Nicht erst künftige Generationen, schon unsere Kinder werden von den dramatischen Folgen betroffen sein. James Lovelock gilt seit Jahrzehnten als Vordenker der Umweltbewegung. Angesichts der unmittelbaren Bedrohung erhebt er nun noch einmal seine Stimme zu einem letzten radikalen Warnruf, bevor es engültig zu spät ist. Er geht davon aus, daß vermutlich nur ein versprengter Rest der Menschheit im hohen Norden überleben kann. Insbesondere die sich abschwächende globale Verdunklung durch Partikel der Industriegesellschaften, aber auch andere Faktoren, verweisen darauf, daß das Zerstörungswerk bereits viel fortgeschrittener ist, als die meisten annehmen. Sehr problematisch ist sein Plädoyer für die Kernkraft, er spielt die Gefahren herunter und angesichts bergrenzter Uranvorräte ist ein weltweiter Ausbau auch wenig aussichtsreich.
254 Seiten, List, 2007,

Al Gore
Eine unbequeme Wahrheit. Der Film
Eine unbequeme Wahrheit könnte sich angesichts dessen, dass das Schicksal unseres Planeten zweifellos auf dem Spiel steht, als eine der wichtigsten und vorausschauendsten Dokumentationen aller Zeiten erweisen. Al Gore, der sich spaßeshalber selbst als

„ehemaliger gewählter Präsident“ bezeichnet, empfand - wie schon oft in seiner politischen Karriere - ein persönliches Bedürfnis, Aufmerksamkeit auf die wachsende Krise angesichts der globalen Erwärmung zu lenken, und diese mitreißende Dokumentation ist im Grunde genommen eine (vom erfahrenen Fernsehregisseur Davis Guggenheim) abgefilmte Version des PowerPoint-Vortrags, den Gore (laut seiner eigenen Schätzung über tausendmal) vor interessiertem Publikum auf aller Welt gehalten hat. Viele Zuschauer werden angesichts von Gores angenehmem, zurückhaltendem Umgang mit Aufstellungen, Grafiken, Statistiken und Fotografien, der keinerlei Raum für Zweifel an der Erderwärmung als ultimativer Umweltkrise der Erde lässt, überrascht sein, wie faszinierend und überzeugend dieser unaufdringliche Film wirklich ist.
93 Minuten Spieldauer, 2007, 17,95 €

Die Agro-Gentechnik: 30 Fragen und 30 Antworten.
Von der Gentech-Lobby immer wieder angepriesen, von Gentechnikkritikern wie Greenpeace verteufelt. Die Agro-Gentechnik hat das Zeug zu hitzig-emotionalen Debatten, manchmal auch innerhalb der LINKEN. Damit dabei die Fakten nicht auf der Strecke und Fragen nicht unbeantwortet bleiben, hat DIE LINKE im Bundestag eine neue Broschüre herausgebracht. Die AutorInnen verstehen es auf 47 Seiten die Vor- und Nachteile der Agro-Gentechnik anschaulich darzustellen und auf weitere Quellen zu verweisen. Download hier: http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7780682383.pdf

Jean Ziegler
Das Imperium der Schande
Unermüdlich ist Jean Ziegler im Auftrag der Menschheit unterwegs. Als Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Nahrung sieht Ziegler überall das, wovor andere Politgrößen versteckt hinter ihrem Sektglas lieber die Augen verschließen. Ziegler prangert die Auswüchse des Kapitalismus und seiner menschenverachtenden Auswirkungen an. Dabei stellt er sich dem Imperium der Schande aus transnationalen Konzernen entgegen. Sei es bei Agro-Gentechnik, Landvertreibungen, Gewerkschaftsverboten oder Ähnlichem. Ziegler ist ein vorbildlicher Politiker mit dem Gespür gegen das Unrecht vorzugehen. Auf seine Reisen kann man ihn in diesem Buch begleiten. Dass das nicht immer Spaß macht, liegt auf der Hand!
316 Seiten, ISBN: 3570550192, EUR: 12,95

Claudia von Werlhof
Alternativen zur neoliberalen Globalisierung oder Die Globalisierung des Neoliberalismus und seine Folgen.
Die Autorin ist Professorin für Frauenforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck, lebte und forschte jahrelang in den Ländern der Dritten Welt, vor allem in Lateinamerika. Ernüchternd ist das Resümee, das sie in diesem Essay über den Zustand der Welt zieht. In ihrer bedrückenden Darstellung erläutert die Autorin nicht nur, was genau man unter den Begriffen Neoliberalismus und Globalisierung versteht, sondern sie macht auch die verheerenden Auswirkungen des Zusammenspiels dieser beiden wirtschaftlichen Modelle deutlich. Noch nie zuvor war die Schere zwischen Arm und Reich so groß wie heute und wurden ökologische Aspekte so massiv mißachtet. Der Nihilismus der neoliberalen Wirtschaft zeigt sich in den Bestrebungen der großen Konzerne, die ganze Welt in Geld zu verwandeln. In einem System, in dem alles und jeder nur noch als Ware oder Dienstleistung betrachtet wird, haben – so scheint es – nur Konzerne noch Menschenrechte. Von Werlhofs vehemente Kritik verweist dennoch hoffnungsvoll auf zahlreiche Bewegungen, die mittlerweile versuchen, das Schlimmste rückgängig zu machen.
80 Seiten, Picus Verlag Wien, 8,90 €

Jared Diamond
Arm und Reich. Die Schicksale menschlicher Gesellschaften
In den 13.000 Jahren seit der letzten Eiszeit bildeten sich in manchen Gegenden der Welt alphabetisierte Industriegesellschaften heraus, in anderen entstanden schriftlose Bauerngesellschaften und einige Völker leben noch heute als Jäger und Sammler und benutzen Steinwerkzeuge. Diese extrem ungleichen Entwicklungen der menschlichen Gesellschaften führten nicht selten zu schrecklichen Katastrophen, denn die industrialisierten Gesellschaften eroberten die anderen Gegenden der Welt und rotteten ganze Völker aus. Was sind die Wurzeln dieser Ungleichheit, warum überhaupt entstanden verschiedene Gesellschaftsformen? Ein- für allemal räumt Diamond mit jeglichen rassischen und rassistischen Theorien auf und zeigt, daß vielmehr die klimatischen und geographischen Unterschiede am Ende der letzten Eiszeit verantwortlich für die Geschichte(n) der Menschheit sind. So entwickelte sich in einigen Gegenden der Welt die Landwirtschaft mit vielfachem materiellen und kulturellen Reichtum als Folge. Diese Errungenschaften gelangten nach Europa und verbreiteten sich in Asien, drangen aber aufgrund der klimatischen und kontinentalen Beschaffenheiten nicht bis nach Afrika oder Südamerika vor. Statt dessen kamen Seuchen und Kriege dorthin, weil die, die ohnehin schon viel hatten, noch mehr wollten. Heute sind wir täglich mit den Folgen dieser Ungleichheiten konfrontiert: Arm und Reich ist ein Buch über die Vor- und Frühgeschichte, das aktueller und zeitgemäßer nicht sein könnte. Der Band ist eine sehr gute Ergänzung zu Lewis Mumfords Buch „Mythos der Maschine“, der das Thema der Zivilisationsentwicklung auf einer anderen Achse analysiert.
583 Seiten, Fischer Taschenbuch Verlag, 1998, 9,95 €

(Zusammenstellung: Christian Rehmer, Marko Ferst)

Der technisierte Mensch als lukratives Zukunftsmodell[1]

Peter Schott

„Evolution? fragten sie sich. *Wozu denn?* Und was die Natur ihnen vorenthalten hatte, darauf verzichteten sie einfach, bis sie in der Lage waren, die größeren anatomischen Nachteile durch chirurgische Eingriffe zu korrigieren.“ [2] Zu Beginn der 1980er Jahren noch als Sciencefiction nachzulesen bei „Per Anhalter durch die Galaxis“, heute dagegen, im Jahr 2095, medizinischer und technischer Alltag.
2056 waren die geklonten Menschen, die genetische Kopie eines anderen Menschen, in der Gesellschaft endlich anerkannt. Heute sind die Menschen-Klone ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Lange hatte es gedauert von den ersten Versuchen, fernab der Öffentlichkeit, über die stetige Verbesserung der klontechnischen Verfahren bis zur Reduzierung des Risikos einer Missbildung auf unter ein Prozent. Schon 2048 war die Produktionsreife für Menschen-Klone erreicht. Die EU-Ethik-Kommission bestand jedoch auf dieser mindestens 99-prozentigen Sicherheit, sonst wären die Menschen-Klone sicher bereits Mitte der 2030er Jahre in großer Zahl erzeugt worden. Damals konnte allerdings nur eine etwa 90-prozentige Garantie auf die Geburt eines gesunden geklonten Menschen gegeben werden.
Viele Jahre lang wurden teilweise erregte Diskussionen über eine andere menschliche Entwicklung geführt. Sind die Cyborgs mechanisch hochkarätige Personen nicht menschlichen Typs oder einfach nur Menschen mit mechanischen Ersatzteilen? Vielleicht auch menschenähnliche Personen, die ständig neu an die technische Entwicklung angepasst werden können?
Noch 2049 wurde auf der UN-Weltkonferenz „Der neue Mensch“ debattiert, ob wir durch den Cyborg körperliche Autonomie oder gar körperliche Möglichkeiten und Fähigkeiten verlieren. Oder ob wir perfekter und optimaler an die Anforderungen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Umwelt angepasst werden.
Der Cyborg als technisch stark aufgerüsteter Mensch hat heute, im Jahre 2095, die besondere Aufgabe, Schnittstelle zu digitalen Systemen zu sein. Einzelne Organe können durch technische Systeme ersetzt werden, die gegenüber der Umwelt stabiler sind als ein natürliches Herz oder eine natürliche Niere. Fast drei Jahrzehnte dauerte es, bis sich die große Mehrheit der Bevölkerung auf diese technisch stark veränderten Menschen eingestellt hatte. Und die Entwicklung geht heute unvermindert weiter. Das Ziel ist, Cyborgs noch stärker als bisher zu spezialisieren. Soweit der Rückblick aus dem Jahr 2095.
Drei Fakten sprechen dafür, dass es zu dieser Entwicklung und auch zum gentechnisch optimierten Menschen kommen wird.

1.Die Biotechnik-Industrie treibt die biotechnologische Entwicklung ungebrochen voran, weil in dieser Branche immense Gewinne zu erwarten sind.

Patente – die Grundlage der Vermarktung

Seit 1980, als in den USA ein Patent auf ein Bakterium erteilt wurde, werden Patente auf Lebewesen vergeben. 1998 verabschiedete das Europäische Patentamt (EPA) die Richtlinie „Rechtlicher Schutz biotechnologischer Erfindungen“, wonach die Vergabe von Patenten auf Pflanzen, Tiere, menschliche Gene und vor allem auf Teile des menschlichen Körpers erlaubt sind. Ein Jahr später erklärte der Verwaltungsrat des EPA die neue EU-Richtlinie zur geltenden Rechtsgrundlage bei der Patentvergabe. Bis Mitte 2001 wurden beim EPA rund 3 700 Patente auf menschliche Embryonen erteilt. Darunter sind auch Verfahren, die das Klonen von Menschen ermöglichen. Die wirtschaftlichen Interessen sind eindeutig, die Patente zählen zur Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs.
2001 verwarf das EPA einen Einspruch gegen das Patent EP 322240 der Universität Stanford/USA. Das Patent betraf Tiere, in die menschliche Zellen und Organe eingepflanzt werden. Die Begründung für die Ablehnung des Einspruchs war, dass solche Lebewesen einen möglichen medizinischen Nutzen hätten. Bemerkenswert war an diesem Fall der Vorrang wirtschaftlicher Interessen, der mit medizinischem Fortschritt verknüpft war. Damit wurde im übrigen auch ein Grundstein für die Tier-Mensch-Chimären gelegt.
Die Strategie der Biotechnik-Industrie zielt schon lange darauf, die Patente auf gentechnisch produzierte Medikamente und auf die entsprechenden Gene auszuweiten. So ist spätestens seit den 1990er Jahren die Situation eindeutig. Ein Patent für ein Gen wird nur zusammen mit einer möglichen Nutzanwendung vergeben. Alle weiteren daraus resultierenden Anwendungen, von der Arzneimittel- bis zur Pflanzen- und Tierproduktion, sind dann ebenfalls durch dieses Patent geschützt. Die Gebühren müssen an das Unternehmen bezahlt werden, welches das Patent für das Gen besitzt, das mit der Anwendung verknüpft ist.
„Gene können die Währung der Zukunft sein“, orakelte bereits 1993 der Forschungsleiter beim britischen Konzern SmithKline Beecham. [3] Die Investitionen von heute müssen sich morgen lohnen.

Genetische Daten der Bevölkerung als Rohstoff für die biotechnische Produktion

In diesem Sinne gelingt der Biotechnik-Industrie seit den späten 1990er Jahren ein großer Coup mit den Massengentests. Die Bevölkerung stellt ihre genetischen Daten kostenlos oder gegen eine geringe Entschädigung zur Verfügung und die Biotechnik-Unternehmen erzielen mit diesen Daten hohe Gewinne.
Wenn die Funktionen von Genen gesucht werden,

bedeutet es einen Vorteil, eine Bevölkerungsgruppe zu untersuchen, deren Genpool von außerhalb nur wenig durchmischt ist. Genetische Abweichungen sind dann nur zu einem geringen Teil ethnisch bedingt.
Mit Island wurde eine Insel gefunden, die diesem Kriterium entsprach. Das 1996 gegründete Bioinformatik-Unternehmen deCODE Genetics erhielt 1999 vom isländischen Parlament die Erlaubnis, die gesamte Bevölkerung der Insel genetisch zu erfassen und die Ergebnisse zu vermarkten. Ziel war vorgeblich die Bekämpfung von Erbkrankheiten. Aufgrund der Jahrhunderte langen relativen Isolierung der Bevölkerung kann mit einem Gentest festgestellt werden, welche Dispositionen für Krankheiten vorliegen. Hinzu kommt, dass in Island die meisten Familien Stammbäume pflegen, die teilweise bis in die Wikingerzeit zurückreichen.[4]
Im Gesetz wurde festgeschrieben, dass deCode Genetics das Recht zum alleinigen Aufbau und zum Betrieb einer Datenbank mit den medizinischen Informationen über jede Isländerin und jeden Isländer besitzt. Zudem stehen per Gesetz deCode Genetics zwölf Jahre lang die Rechte an der kommerziellen Verwertung der Erbanlagen und der Krankheitsgeschichten der isländischen Bevölkerung zu.
Diese Vereinbarung ist ein Meilenstein in der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Das isländische Parlament arbeitet eng mit einem Wirtschaftsunternehmen zusammen, dem dadurch enorme finanzielle Gewinne ermöglicht werden.
deCODE Genetics verkaufte für 200 Millionen US-Dollar die zuvor kostenlos erhaltenen Nutzungsrechte am Erbgut der Isländer an den Konzern Hoffmann-LaRoche. Umgerechnet jeweils rund 700 US-Dollar für den genetischen Bauplan jeder Isländerin und jedes Isländers mit all den kommerziellen Verwertungsmöglichkeiten war trotz der Kosten immer noch ein Jahrhundertgeschenk und sichert Hoffmann-LaRoche enorme Anteile auf dem Weltmarkt. Zumal die Erfassung der Gen-Daten demokratisch legitimiert ist und bei der Forschung und der Verwertung keine wesentlichen Einschränkungen vereinbart wurden.
Daten über die Erbinformationen der Bevölkerung erheben in der kanadischen Provinz Quebec die Firma Genizon BioSciences, auf Tonga der Pharmakonzern Merck und in Estland die Genbank-Stiftung Eesti Geenivaramu.
Die genetischen Daten der Bevölkerung werden wie die meisten anderen Rohstoffe behandelt: ausgebeutet wie Erdöl, unter Wert angekauft und als verarbeitetes Produkt teuer verkauft.

Die gesunden Kranken werden zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor

Mit den neuen Erkenntnissen über genetische Dispositionen für Krankheiten wird auch die Grenze zwischen Gesundheit und Krankheit neu gezogen. Ist eine bestimmte genetische Disposition für eine Krankheit schon die Krankheit oder nur die im Körper angelegte Krankheit?
Mit den Erkenntnissen aus den Gen-Tests werden subjektiv gesunde Menschen zu gesunden Kranken. Je mehr über die Funktion von Genen und Gruppen von Genen bekannt wird, desto mehr erfahren die Menschen über die in den Erbanlagen bestehenden Möglichkeiten für Krankheiten. So wird nahezu die gesamte Bevölkerung ein lohnendes Geschäft für die Biotechnik- und die Pharma-Unternehmen. Der hoch einzuschätzende Wert, gesund zu sein, verändert seine Bedeutung. Wichtig wird, den Ausbruch der potenziellen Krankheiten zu verhindern. Dazu wird es notwendig sein, lebenslang die entsprechenden Medikamente einzunehmen.
Eine gigantische Vorsorgemedizin entwickelt sich, für die die Bevölkerung finanziell aufkommen muss. Die Kosten für die Gesundheit steigen weiter, der Verkauf der entsprechenden Medikamente nimmt drastisch zu.
Der Schwerpunkt der medizinischen Arbeit verschiebt sich von der Bekämpfung zur Abwehr von Krankheiten, Krankheitsprophylaxe bekommt eine zunehmende Bedeutung. Außerdem verlagert sich mit fortschreitender Technik die Verhinderung von Krankheiten stärker in den technischen Bereich. Diese medizinische Entwicklung trägt auch wesentlich zur Technisierung des Menschen bei.

Ethische Grenzen werden verschoben

Der Mensch wird in alle Bereiche der biotechnologischen Entwicklung einbezogen. Dabei verlieren ethische Grenzen stark an Bedeutung. Schon heute hat sich die ethische Diskussion dahingehend verändert, dass ethische Grundsätze und Grenzen nur so lange gelten, wie sie mit den Interessen der Biotechnik-Industrie konform sind. Hat sich die Biotechnik weiterentwickelt, wird die Gesetzgebung in Frage gestellt und ethische Grenzen als überholt definiert. So übernimmt die Politik die Rolle, wirtschaftliche Vernunft in der Gesellschaft durchzusetzen.
Das Selbstverständnis der Medizin verändert sich tief greifend. Die Medizin wächst bereits in die neue Rolle hinein, mit biotechnischen Methoden und Verfahren in das Leben von Menschen gestaltend einzugreifen. Neben der Heilung von Krankheiten nehmen Aufgaben stark zu, die die Vorsorge und vor allem die Optimierung des menschlichen Körpers betreffen. Allein mit der Präimplantationsdiagnostik (PID) [5] hat sich die Medizin auf einen neuen Weg begeben und ethische Grenzen bereits weit verschoben.
Wesentlichen Anteil daran hat die biotechnische Entwicklung, die immer unabhängiger von herrschenden Moralvorstellungen und ethischen Grenzen durchgeführt wird. Entscheidend sind wirtschaftliche Interessen.
Der materielle Konsum gilt nun auch bei der Technisierung des Lebens. Alles, was technisch machbar ist, wird auch beim menschlichen Körper angewandt werden.
Dadurch werden bisher unantastbare Tabus gebrochen. Diese Brüche entwickeln sich bereits, ohne

dass die Mehrheit der Bevölkerung sie bisher bewusst zur Kenntnis nimmt.
Die Verschiebung der ethischen Grenzen erfolgt ohne eine breite ethische Diskussion. Dadurch wird das in seinen Grundzügen in Europa seit Jahrhunderten geltende Menschenbild gegenwärtig abgebaut und durch ein neues, von Technik geprägtes Menschenbild ersetzt. Die neuen Konturen sind bereits sichtbar. Das alte Menschenbild wird keinen Bestand haben.

2. Die biotechnische Forschung erfolgt in enger Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen.

Wirtschaftliche Vernunft gilt schon lange in der biotechnischen Forschung. Wenn für die gentechnische Veränderung des Menschen ein Erfolg versprechender Markt besteht, wird der Mensch gentechnisch verändert werden. Die gleiche Logik wird für den geklonten Menschen gelten.

Wissenschaftler bereiten die Bevölkerung auf die biotechnischen Veränderungen vor.

Seit einigen Jahren sind in der Öffentlichkeit Aussagen zu vernehmen, nach denen zum Beispiel der Menschen-Klon als etwas Natürliches empfunden wird. Ian Wilmut, der Produzent des ersten geklonten Schafes Dolly, lieferte 2001 ein wichtiges Argument für die gesellschaftliche Akzeptanz von geklonten Menschen. Er verglich Klone mit Zwillingen: „Der Zwilling wurde zur gleichen Zeit von der gleichen Mutter geboren. Der wichtigste Unterschied ist, dass Klone zu unterschiedlichen Zeiten geboren werden.“[6]
Immer mehr Biotechniker wagen sich an die Öffentlichkeit, um die Bevölkerung daran zu gewöhnen, dass der Mensch vom biotechnischen Fortschritt nicht verschont bleiben wird. Als Beispiel sei der Biochemiker Ulrich Brand genannt. Seiner Ansicht nach ist das therapeutische Klonen mit embryonalen Stammzellen eindeutig der Einstieg in die Züchtung von Menschen.[7] Mit dem therapeutischem Klonen wird das Klonen von Menschen bezeichnet, wobei der Klon im Embryonalstadium für Forschungs- und medizinische Zwecke „verbraucht“ wird.
Ian Wilmut erläuterte 2001 in Berlin seine Vorstellungen zum Klonen. Das Klonen von Menschen sei unverantwortlich, weil die Methode des Klonens noch unzuverlässig sei. „Wir brauchen ehrgeizige Forschung, bevor wir es vorsichtig anwenden können“, meinte Wilmut.[8] Nach den Aussagen Wilmuts liegt der Gedanke nahe, dass das reproduktive Klonen von Menschen – also das Einsetzen eines geklonten Embryos in den Uterus mit dem Ziel eines lebenden Menschen-Klons – nur noch eine Frage der Zeit sein wird. Ebenso die gentechnische Veränderung des Menschen. Erst wenn die „Klonierungstechnologie“ ausgereifter sei, würde sie es ermöglichen, gezielte genetische Veränderungen auch beim Menschen vorzunehmen, folgerte Wilmut.
Wenn die technische Machbarkeit erreicht sein wird, wird es den gentechnisch optimierten Menschen und auch den Menschen-Klon geben. Für die heute noch bestehenden technischen Probleme werden Lösungen gefunden werden. Die Hoffnung auf den technischen Fortschritt ist groß.
Der bekannte US-amerikanische Biochemiker Steen Willadsen ist vom lebensfähigen Menschen-Klon fest überzeugt: „Es ist lediglich eine Frage der Zeit, dass wir den ersten Menschen klonen.“[9]
Auch David Kirby, Genforscher an der Universität von Washington/USA rechnete im Jahr 2000 bald mit einem menschlichen Klon. Zwar glaubte auch er wegen der wahrscheinlich vielen Fehlgeburten noch nicht an ein Gelingen, doch er wäre „nicht überrascht, wenn es schon in naher Zukunft einen menschlichen Klon gäbe“.[10]
„Aber der Kranke hat das ‚von Gott‘ und vom Staat gegebene Recht, dass wir alles tun, um ihm zu helfen“, meinte der Genforscher Hans Gerlach im Jahre 2001.[11] Noch eine Aussage, die zeigt, dass heute vorherrschende ethisch bedingte Grenzen und Moralvorstellungen zur biotechnischen Veränderung des Menschen keinen Bestand haben werden.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) steht bei ethischen Grenzverschiebungen in vorderster Reihe.

Beispiel Stammzellen – also jene embryonale Zellen, die noch in der Lage sind, sich in alle Körperzellen auszudifferenzieren. 2001 empfahl die DFG, die Forschung an und mit Embryonen, aber – vorerst – nur mit importierten Stammzellen. Bis zu jenem Zeitpunkt war in Deutschland die Nutzung menschlicher Embryonen, bei denen die Embryonen „verbraucht“ werden, nicht erlaubt. Begründet wurde der Kurswechsel damit, dass der technische Fortschritt jetzt so weit vorangekommen sei, um nun eine Kurskorrektur vornehmen zu können. Der Gesetzgeber müsse jetzt die Weichen für den Anschluss an die internationale Forschung stellen.[12] Noch wenige Wochen zuvor brachte die DFG schwerwiegende ethische und wissenschaftliche Einwände gegen diese Art von Forschung vor.
Die DFG dachte im selben Jahr aber noch weiter. Wenn der Stammzellen-Import nicht gut funktionieren würde, müssten auch in Deutschland Stammzellen produziert, also Embryonen „verbraucht“ werden. Ein deutlicher Hinweis auf die zu öffnende Tür für die weitere Liberalisierung der Embryonenforschung. Die Argumente sind altbekannt: technisches Know-how ins Land holen, Teilnahme an internationalen Forschungsprojekten, deutsche Wissenschaftler würden den internationalen Anschluss verlieren, man dürfe sich den globalen Kooperationen nicht verweigern usw. Alles wirtschaftlich vernünftige Gründe, um die Politik zur Liberalisierung bestehender Gesetze zu bewegen.
2006 forderte der DFG-Präsident, Professor Ernst-Ludwig Winnacker, eine grundlegende Reform des gerade erst vier Jahre alten Stammzellengesetzes. In Deutschland darf nur mit Stammzellen gearbeitet

werden, die vor dem 1.1.2002 hergestellt werden. Die DFG will dieses Gesetz geändert haben. „Wir haben eine neue Geschäftsgrundlage. Die Forschung ist weiter als 2001. Dem gilt es sich auch in Deutschland anzupassen“, meinte ihr Präsident Winnacker. [13]
Als „Selbstorganisation der deutschen Wissenschaft“ stellt die DFG mit staatlichen Finanzmitteln auch die Weichen der biotechnischen Entwicklung. Die DFG wird durch den Bund und die Länder finanziert und hat die zentrale Aufgabe, die Wissenschaft und Forschung in Deutschland zu fördern. Außerdem berät die DFG neben anderen Aufgaben Parlamente und Behörden in wissenschaftlichen Fragen.
So weisen die Aufgaben und das Verhalten der DFG neben zahlreichen anderen Fakten auf die enge Verflechtung zwischen der biotechnischen Entwicklung und der Politik hin.

3. Die Politik ebnet den Weg für die biotechnologische Entwicklung.

Die biotechnische Entwicklung wird durch parlamentarische Mehrheiten gesichert, wie das Beispiel des Stammzellengesetzes zeigt. Zwei Jahre nach dem Inkrafttretens des Gesetzes im Jahre 2002 stellte Bundesjustizministerin Zypries das Stammzellengesetz in Frage, weil die Grundlagenforschung jetzt weiter sei.
Wird eine neue biotechnische Entwicklungsstufe erreicht, verändert die Politik die Gesetzgebung, damit die wissenschaftlichen Ergebnisse ohne gesetzliche Hindernisse wirtschaftlich verwertet werden können. So wird der „Verbrauch“ menschlicher Embryonen für die Stammzellenproduktion in nicht allzu vielen Jahren auch in Deutschland zugelassen werden.
Kritik an der biotechnischen Entwicklung wird schnell entkräftet. Ein schlagendes und moralisch schwer angreifbares Argument lieferte 2002 bei der Debatte im Deutschen Bundestag über das Stammzellengesetz die FDP-Abgeordneten Ulrike Flach: „Wer den Import (von Stammzellen, d. Verf.) ablehnt, verzichtet auf Chancen, Therapien zu entwickeln. Auch Barmherzigkeit und Hilfe für Kranke sind Grundwerte.“ Barmherzigkeit für schwer kranke Menschen, im Zweifel für die medizinische Chance und gegen den Embryo, der nur deshalb geschaffen werden soll, weil dessen Zellen oder Organe für den Patienten gebraucht werden.
Der Innovationsminister Nordrhein-Westfalens, Pinkwart, argumentierte 2006 in die gleiche Richtung: „Die Forschung an humanen embryonalen Stammzellen bietet große Chancen für die Biomedizin und die Therapiemöglichkeiten für schwere Krankheiten“.[14]
Bereits 2001 brachte der Vorsitzende des Nationalen Ethikrates in Deutschland, Spiros Simitis, die Diskussion auf den Punkt: „Der Gesetzgeber hat eine besondere Verantwortung auch gegenüber den Leuten, die weitere Forschung mit bestimmten Hoffnungen verbinden.“ [15]
Biotechnische Methoden und Verfahren sind stets irgendwann soweit entwickelt, dass sie, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, auf den Markt gebracht werden müssen. Oft spielt dabei der medizinische Fortschritt die entscheidende Rolle. Weil Krankheiten gelindert oder geheilt werden können, muss diese und jene biotechnische Errungenschaft eingesetzt werden. Ein medizinischer Sachzwang lässt sich bei nahezu jeder biotechnischen Neuerung finden. So wird die biotechnische Entwicklung mit dem Argument der medizinischen Notwendigkeit letztendlich jede ethische und moralische Grenze überwinden.
„Wenn wir einzelne Körperzellen in ethisch vertretbarer Weise gezielt verändern und ersetzen können, sollten wir uns dem nicht verweigern“, meinte Bundesforschungsministerin Bulmahn 2003.[16] Mit anderen Worten: Ist die Biotechnik soweit, sollten wir sie auch einsetzen. Verbote können dann aufgehoben werden. „Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen der rasch voranschreitenden wissenschaftlichen Entwicklung angepasst werden.“
Die Regierungen nutzen auch die unterschiedlichen Gesetze in anderen Ländern, um die rechtlichen Hürden für die biotechnische Entwicklung im eigenen Land nach und nach abzubauen. „Wir gehen nicht über die Praxis in anderen Staaten hinaus, wir koppeln uns aber auch nicht von der internationalen Forschung ab“, äußerte sich Bundeskanzler Schröder 2002 in der Debatte des Deutschen Bundestages zum Stammzellengesetz. Was nichts anderes bedeutet, als dass politisch nachgezogen wird, wenn zum Beispiel die gentechnische Veränderung des Menschen in anderen Ländern legitimiert werden wird.
Im November 2003 entschied sich das Europaparlament für eine umfassende Förderung der Forschung mit und an menschlichen Embryonen und embryonalen Stammzellen aus EU-Mitteln. Damit war ein weiterer Schritt getan. Staaten wie Deutschland, in denen diese Forschung nicht erlaubt ist, fördern nun eben diese Forschung mit Steuergeldern. So wird das deutsche Embryonenschutz- und das Stammzellengesetz über die EU ausgehöhlt, was sich für die Bundesregierungen in den nächsten Jahren als vorteilhaft erweisen dürfte. Die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker können jederzeit mit dem Sachzwang dieser und andere EU-Entscheidungen ein Stück mehr bio- und gentechnische Anwendung beim Menschen erlauben. So verschiebt die Politik mit ihren Entscheidungen zugunsten wirtschaftlicher Interessen auch ethische Grenzen.
Eine weitere Entwicklung ist absehbar. Das Klonen von Menschen wird deshalb nicht erlaubt, weil die technischen Voraussetzungen fehlen. Wenn die Klon-Technik soweit sein wird, wird die Politik alles dafür tun, um die öffentliche Akzeptanz für den geklonten Menschen zu erreichen und die gesetzlichen Grundlagen für den Menschen-Klon zu schaffen. Ebenso wird mit den technischen Möglichkeiten für den gentechnisch veränderten Menschen verfahren werden. Es sei daran erinnert, dass das Klonen von Menschen auf dem Meer außerhalb von Staatsgrenzen bereits möglich ist.

Die Politik hat sich längst auf den grenzenlosen biotechnischen Entwicklungsweg begeben. Entscheidungen werden vorrangig nach Interessen der Biotechnik-Industrie gefällt. Die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker in den Industrieländern wären heute gar nicht mehr in der Lage, gegen die Interessen der Biotechnik-Industrie zu steuern.

Peter Schott: Szenario 2095 – Die neue heile Welt. Der lange Marsch der Bio- und Nanotechnologie. Ein Wissenschafts-Science-Fiction
220 Seiten, broschiert, 16,80 EUR, ISBN 3-89657-567-8, EAN 9783896575678

Kontakt:
Dr. Peter Schott
schott@bbu-bonn.de
0177/533 44 77

[1] Grundlage dieses Artikels:
Schott, P. 2007: Szenario 2095 – Die neue heile Welt. Der lange Marsch der Bio- und Nanotechnologie.- 220 S., Schmetterling Verlag, Stuttgart.
[2] Adams, D. 1981: Per Anhalter durch die Galaxis.- S. 48, Frankfurt/M.
[3] DER SPIEGEL Nr.44, 1993
[4] Gamillscheg, H. 1998: Ein ganzes Volk als Versuchskaninchen?.- Frankfurter Rundschau vom 30.10.1998.
[5] Unter der Präimplantationsdiagnostik (PID) werden gentechnische und andere Untersuchungen verstanden, die in vitro vor Übertragung eines durch In-vitro-Fertilisation erzeugten Embryos in den Uterus durchgeführt werden. Das Ziel ist, bestimmte Erbkrankheiten und andere Besonderheiten der Chromosomen zu erkennen, um erbliche Krankheiten bei zukünftigen Generationen zu verhindern. Mithilfe der PID werden auch Geschlechtsbestimmungen durchgeführt.
[6] Suchsland, R. 2001: Ein Gespräch mit „Dolly"-Schöpfer Ian Wilmut über den Stand der Klonforschung, über therapeutisches Klonen und die Pläne des Italieners Severino Antinori; http://www.heise.de/tp/r4/artikel/7/7341/1.html
[7] Häcker, R. 2000: Im Unterhaus spaltet das Gewissen die Fraktionen.- Frankfurter Rundschau vom 21.12.2000.
[8] 2001: http://www.heise.de/bin/tp/issue/r4dl-artikel2.cgi?artikelnr=7106 &zeilenlaenge=72&mode=html
[9] Berliner Morgenpost vom 4./5.7.1998
[10] Frankfurter Rundschau vom 6.9.2000
[11] Die Rheinpfalz vom 11.5.2001
[12] Frankfurter Rundschau vom 5.5.2001
[13] Deutscher Bundestag 2006: Interview mit Ernst-Ludwig Winnacker, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft.- Das Parlament, Nr. 10, 6.3.2006; http://www.das-parlament.de/2006/10Thema/index.html
[14] 2006: http://www.berlinnews.de/archiv-2006/1494.shtml
[15] Süddeutsche Zeitung vom 29.11.2001, Interview mit Spiros Simitis.
[16] Berliner Zeitung vom 10.1.2003

Wirtschaftssysteme können ökologisch scheitern

(Zitate aus seinen Büchern etc. zwischen 1985 - 2007)

Oskar Lafontaine

„Blickt man weiter in die Zukunft, dann kommt eine große Herausforderung auf uns zu. Kein Wirtschaftsystem kann Bestand haben, das immer nur Wachstum zur Voraussetzung hat und die Lebensgrundlagen unserer Erde zerstört." (Politik, S.295)

„Das Verhängnis des Fortschritts liegt in seinem ungeheuren Erfolg. Die Fortschritte haben den modernen Menschen in die Lage versetzt, eine künstliche Kräftewelt zu formen, der er nicht mehr entrinnen kann, die er nicht einmal mehr richtig zu beherrschen scheint. Der Mensch als Zauberlehrling ist zum Gefangenen der eigenen Schöpfungen geworden. Die Welt, die er selber geschaffen hat, hat sich ihm entfremdet. Prometheus raubte das Himmelsfeuer, um es den Menschen zu schenken. Zur Strafe wurde er von den Göttern in Fesseln gelegt. Aus dem Fortschritt der menschlichen Naturbeherrschung erwächst eine Zwangsläufigkeit, die bewirkt, dass sich der Mensch durch sein eigenes Können zugleich befreit und fesselt." (Fortschritt, S.40)

„Die Fortschrittskurven" der letzten drei Jahrzehnte sind nicht so sehr Kurven des Wachstums, sondern eher Fieberkurven einer Epidemie. Ihre Fortschreibung über weitere Jahrzehnte hinweg müsste zum schlechthin Absurden führen, zum Erstickungstod in Bevölkerungsdichte, Verkehrsdichte und Wohlstandsschutt. Wer glaubt, die historische Anomalie solcher Wachstumsraten könne von Dauer sein, der kennt die Geschichte nicht, sonst wüsste er, dass solche Kurven in der Vergangenheit nie zu Ende gelaufen sind. Sie können auch jetzt nicht weiterlaufen, ohne durch eine Kettenreaktion von Katastrophen unterbrochen zu werden." (Fortschritt, S.45)

„Es ist allgemein bekannt, dass in der Bundesrepublik in den letzten Jahren pro Jahr eine Fläche von der Größe des Bodensees überbaut wurde. 1981 waren bereits 11% der Fläche überbaut. Wenn der verbleibende Boden zukünftig in dem bisherigen Tempo unter Teer und Beton verschwände, wäre die Bundesrepublik in 400 bis 500 Jahren ganz überbaut. Bei Architekten und Städtebauern hat sich dieser Sachverhalt bereits herumgesprochen. Von diesen Berufsgruppen wird derzeit eine Entsiegelung des Bodens gefordert; das heißt die Überbauung soll teilweise wieder rückgängig gemacht werden." (Fortschritt, S.78)

„Bezeichnend für den Mangel an gesellschaftlichem Verantwortungsbewußtsein ist die vorherrschende

doppelte ökologische Moral. Zwar beklagen wir alle die übermäßige Belastung der Umwelt, doch kaum einer tut wirklich alles, was er tun könnte, um die Umwelt zu entlasten. Viele sind es ja nicht, die auf den Komfort des eigenen Autos verzichten wollen. Keiner kommt ohne chemische Stoffe aus. Selbstverständlich müssen wir gegen die Vergiftung unserer Umwelt protestieren, wenn erforderlich, auch demonstrieren. Nur dürfen wir dabei nicht vergessen, dass wir uns selber keineswegs exkulpieren können, in dem wir andere demonstrativ anprangern. Es ist nicht möglich, die Gesellschaft in Täter und Opfer zu trennen. Zu den Müllbergen der Wohlstandsgesellschaft trägt jeder bei. Die Bewältigung der damit verbundenen Probleme ist nur durch ein gemeinsames gesellschaftliches Handeln auf der Grundlage einer verallgemeinerten Verantwortlichkeit vorstellbar.“ (Zukunft, S.16)

„Für einen Kernschmerzunfall eines 1300-Megawatt-Reaktors rechnet die deutsche Risikostudie Kernkraftwerke mit 15000 Toten durch akutes Strahlensyndrom und mit ca. 100000 Toten zu einem späteren Zeitpunkt durch Leukämie und Krebs. Außerdem könne eine Fläche von doppelter Größe des Saarlandes verseucht und dadurch die Umsiedlung von 2,9 Millionen Menschen notwendig werden.“ (Zukunft, S.78)

„[Es] summieren sich auch die ökologischen Schäden zu einer weltweiten Katastrophe. Die Natur schafft es nicht mehr, die Eingriffe des Menschen selbstregulierend zu bewältigen. Die Entnahme von pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln, von Rohstoffen und Energieträgern, von Sauerstoff und Wasser ist zuviel geworden, die Veränderungen durch Land- und Forstwirtschaft, durch Städte- und Straßenbau zu großflächig, die Belastung durch industrielle und zivilisatorische Nebenprodukte zu hoch.“ (Zukunft, S.78)

„Die Kohlendioxid-Emissionen der Industrieländer haben sich zu einer Art Schutzschicht in der Atmosphäre verdichtet, an der sich die von der Erdoberfläche reflektierte Sonnenstrahlung erneut bricht und auf die Erde zurückstrahlt. Als Folge einer solchen Wärmezufuhr ist in einer anhaltenden Dürreperiode die afrikanische Sahelzone nahezu unbewohnbar geworden. Die weitere Rodung der sauerstoffproduzierenden tropischen Regenwälder wird das Klima global verändern - mit unabsehbaren Folgen für alle Erdteile. Oder ein näherliegendes Beispiel: Als Folge eines ernsten Unfalls in der französischen Nuklearzentrale Cattenom würde auch im Sauerland, in Luxemburg und in Teilen von Rheinland Pfalz auf absehbare Zeit sämtliches Leben erlöschen.“ (Zukunft, S.78/79)

„Unser Ziel kann es heute nicht mehr sein, koste es, was es wolle, die Waren und Güterproduktion zu steigern. Unser Ziel muß es sein, dem Leben und der Menschlichkeit wieder Raum zu schaffen.“ (Zukunft, S.17)

„Im Gegensatz zu unseren Fortschrittserwartungen war für die griechischen Philosophen die Geschichte ein Prozeß des Verfalls Der Geschichtsschreiber Hesiod teilte sie in fünf Zeitalter ein: das goldene, das silberne, das bronzene, das heroische und das eiserne Zeitalter. Jedes Zeitalter war auf dem Wege des Verfalls weiter fortgeschritten.“ (Fortschritt, S.29)

„Vielfach wäre es ökologisch und sozial sinnvoller, statt arbeitssparender Investitionen energiesparende Investitionen vorzunehmen. Eine neue Produktionspolitik müßte Energiesparen belohnen und Energiemehreinsatz verteuern. [Man könnte] auch daran denken, den Faktor Arbeit nicht mehr einseitig mit den Kosten des gesamten Sozialversicherungssystems zu belasten ...“ (Fortschritt, S.101)

„Es würde nicht viel nützen, wenn es hin und wieder gelänge, ein Atomkraftwerk stillzulegen oder eine Chemiefabrik zu schließen, und der Mensch in anderen Gebieten genauso unverantwortlich weiter produzierte, genauso ausbeuterisch mit der Natur umginge wie bisher.“ (Fortschritt, S.187)

„Wir wollen auch, und das wird den einen oder anderen Beobachter überraschen, die Partei der ökologischen Erneuerung sein. Und zwar deshalb, weil wir die einzige Partei sind, die die Systemfrage aufwirft, wie Lothar Bisky und Gregor Gysi es in ihren Reden gestern getan haben. Man kann das auch konkret machen. Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung orientiert ist, kann die ökologische Frage nicht lösen. Deshalb ist die grüne Formel von der ökologischen Marktwirtschaft ein Placebo. Nein, die Systemfrage wird durch die Umweltfrage gestellt. Das wissen wir, DIE LINKE. Die anderen wissen es nicht.“ (Rede vom 16.6.2007)

Quellen:
Oskar Lafontaine: Der andere Fortschritt. Verantwortung statt Verweigerung: Ökosozialismus, Selbstverantwortung in der Arbeit, Abkehr vom Wachstumsdenken, Frieden mit der Natur. (1985)
Oskar Lafontaine: Die Gesellschaft der Zukunft (1988)
Oskar Lafontaine: Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft (2005)
www.die-linke.de

(zusammengestellt von Marko Ferst)

Umfrage in der Ökologischen Plattform bei der Linken

Bitte möglichst viele Fragen beantworten. Wir danken vorab sehr herzlich für Eure Mitarbeit. Wenn der Platz für Hinweise nicht reicht, bitte ein zusätzliches Blatt nutzen. Bitte gut lesbar schreiben. Bitte bedenkt bei Euren Vorschlägen, wir arbeiten vollständig ehrenamtlich.

Würdest Du/Würden Sie sich an der Gründung einer Ökologischen Plattform /AG Umwelt auf Landesebene aktiv beteiligen:

ja O nein O

Ich würde mitarbeiten, wenn es eine gäbe;

ja O nein O

Landestreffen oder Veranstaltungen besuchen, wenn sie stattfinden.

ja O nein O

Ich wohne im Bundesland: .....

Ich will	aktiv mitarbeiten/nur zu Veranstaltungen eingeladen werden		
AG Umwelt Brandenburg	O	/	O
AG Umwelt Mecklenburg/Vorpommern	O	/	O
Ökologischen Plattform Sachsen/Adele	O	/	O
Ökologische Plattform Hessen	O	/	O
Ökologischen Plattform Nordrhein-Westfalen	O	/	O
Ökologische Plattform Thüringen/ AG Umwelt (in Gründung)	O	/	O
Ökologische Plattform Hamburg/ AG Umwelt (in Gründung)	O	/	O

Ich könnte bei der ehrenamtlichen organisatorischen/inhaltlichen Arbeit auf der Bundesebene in Berlin helfen:

ja O / O Besondere Qualifikationen etc:

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Würdest Du dich/Würden Sie sich an einer ökologischen Jugendgruppe in der PDS auf beteiligen (für die, die das altersmäßig betrifft)?

Bundesebene O
Landesebene O

Würdest Du dich/Würden Sie sich aktiv am Aufbau einer ökologischen Jugendgruppe beteiligen (eventuell in Zusammenarbeit mit dem Jugendverband solid)?

ja O Hinweise, Vorschläge dazu:

.....
.....
.....
.....
.....

Ich engagiere mich im Landkreis, auf der regionalen Ebene bzw. in einem Umweltverband etc.

ja O Wo, was, Thema?

.....
.....
.....
.....
.....

Für linke regionale Umwelt-AGs: Wollt Ihr mit Kontakt für andere erreichbar sein? Dann bitte hier angeben:

.....
.....

Wie bewertest Du/bewerten Sie die Ausgaben der „Tarantel“ (Zeitschrift der Ökologischen Plattform) in den letzten vier Ausgaben? (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = befriedigend, 4 = mangelhaft, 5 = ungenügend)

	1	2	3	4	5
Vielfalt der Beiträge	O	O	O	O	O
ökologische Kompetenz der Beiträge	O	O	O	O	O
Umschlaggestaltung	O	O	O	O	O
Gestaltung der Textbeiträge	O	O	O	O	O
Information über die Ökologische Plattform	O	O	O	O	O

Welche Themen fehlen oder werden zu oft behandelt? Was könnte verbessert werden?

.....
.....
.....
.....
.....

Die Anzahl der Papierexemplare der „Tarantel“ ist begrenzt. Falls der elektronische Versand für einige Plattformmitglieder ausreichend wäre, wären ggf. mehr Exemplare für die Öffentlichkeitsarbeit (Stände) verfügbar. die Wie möchtest Du/möchten Sie zukünftig die „Tarantel“ erhalten (Doppelangabe möglich)?

Papierform O E-Mail mit Anhang O E-Mail mit Link O

Wie gefällt Dir/Ihnen die Webseite der Ökologischen Plattform www.oekologische-plattform.de?

	1	2	3	4	5
Vielfalt der Beiträge	O	O	O	O	O
Information über die Ökologische Plattform	O	O	O	O	O

Vorschläge zur Verbesserung der Webseite

.....
.....
.....
.....

Möchte sich eine regionale Ökologische Plattform oder AG Umwelt auf der Webseite mit entsprechendem Text vorstellen? Dann bitte den Textvorschlag und Kontakte liefern. Bitte die Möglichkeit von regionalen Linkspartei-Seiten oder Umweltseiten etc. nutzen, Links auf die Seite der Ökologischen Plattform zu schalten. Vielen Dank!

.....
.....

Wie bewertest Du/bewerten Sie die Arbeit des Koordinierungsrates und Sprecherrates der Ökologischen Plattform in den letzten zwei Jahren?

1	2	3	4	5
O	O	O	O	O

Was sollte an der ehrenamtlichen Arbeit dieser beiden Gremien verbessert werden? Gibt es Hinweise oder Anmerkungen?

.....
.....
.....
.....

Gibt es Interesse, an Arbeitgruppen der Ökologischen Plattform auf Bundesebene aktiv mitzuarbeiten? Damit wir das zuordnen können, unterbreiten wir hier Vorschläge:

Klimawandel, Probleme der Anpassung, globale ökologische Probleme	O	solare Energiewende	O
		Atomausstieg	O
ökologische Verkehrswende	O	ökologische Agrarwende, grüne Gentechnik	O
Natur- und Artenschutz	O		
alternative Lebensformen, ökologische Ethik, Psychologie, Kultur	O	regionale Umweltprojekte	O

andere Vorschläge, Hinweise zur Organisation

.....
.....
.....
.....

E-Mail-Adresse (ersatzweise Telefonnummer) ….....

Welche Ideen habt Ihr/haben Sie, damit die Ökologische Plattform mehr MitstreiterInnen bekommt?

.....
.....
.....
.....

Wer möchte an den Sitzungen der parlamentarischen BAG Umwelt, Energie, Verkehr auf Bundesebene teilnehmen?

ja O

Bist Du/Sind Sie schon im großen E-Mail-Verteiler Umwelt der Linkspartei?

ja O nein O

Bei „Nein“ bei Aufnahmewunsch Anmeldung unter marko@ferst.de oder Angabe der E-Mail-Adresse noch mal an dieser Stelle .....…….....

Seit welchem Jahr hast Du/haben Sie Kontakt zur Ökologischen Plattform: .....

Geburtsjahr ..... weiblich O männlich O

Bitte hier die Adressdaten angeben – sofern nichts dagegen spricht, damit wir auch ohne die Briefumschläge die Daten auswerten können.

.....
.....
.....

Weitere Hinweise, die nicht zuzuordnen sind

.....
.....
.....
.....
.....

Vielen Dank für Deine/Ihre Mühe!

Bitte zurücksenden an:
Ökologische Plattform bei der Linken, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Mail: oekoplattform@pds-online.de

Jede Menge Kohle

Heiko Balsmeyer

In Deutschland wird der Bau von über 30 neuen Kohlekraftwerken geplant. Obwohl sie schädlich für das Klima wären, beurteilt Umweltminister Gabriel die Pläne wohlwollend.

Die Nutzung der Kohle erlebt eine Renaissance. Bis zum Jahr 2020 sollen in Deutschland etwa 40 von insgesamt 133 Gigawatt Kraftwerkskapazitäten wegen des vereinbarten Ausstiegs aus der Nutzung der Atomenergie und der Alterung anderer Kraftwerke ersetzt werden. Der Verband der deutschen Stromwirtschaft VDEW listet nicht ohne Stolz insgesamt 69 Kraftwerke mit einer theoretischen Gesamtleistung von 33685 Megawatt auf, die derzeit im Bau oder in Planung sind. 32 von ihnen sollen mit Kohle betrieben werden.

Vor allem im kommenden Jahrzehnt soll eine ganze Reihe von Kohlekraftwerken mit der Stromproduktion beginnen. Allein im Jahr 2011 soll in sieben Kohlekraftwerken mit einer Gesamtleistung von knapp 7.000 Megawatt erstmals die Flamme entzündet werden. Das größte Braunkohlekraftwerk will RWE bis ins Jahr 2010 im nordrhein-westfälischen Neurath bauen lassen, Vattenfall plant in Hamburg-Moorburg bis zum Jahr 2012 den Bau eines Steinkohlekraftwerks.

In der derzeitigen Stromproduktion spielt die Kohle nach wie vor eine sehr große Rolle. Über 40 Prozent des Stroms wird hierzulande in Kohlekraftwerken hergestellt. Der größte Anteil entfällt auf Atomkraftwerke (27 Prozent), darauf folgen Braunkohlekraftwerke mit 23 und Steinkohlekraftwerke mit 21 Prozent. Sowohl Erdgas als auch die erneuerbaren Energien haben jeweils einen Anteil von zwölf Prozent, wobei der Anteil der regenerativen Energien kontinuierlich wächst.

Für das Klima ist die Herstellung von Strom aus Kohle besonders schädlich, weil bei der Verwendung von Kohle mit deutlichem Abstand die größte Menge an Kohlendioxid (CO_2) freigesetzt wird. Braunkohle setzt bei der Umwandlung zu Strom pro Kilowattstunde 20 bis 100 Mal mehr Treibhausgase frei als erneuerbare Energieträger. Die Bilanz bei der Steinkohle ist nur geringfügig günstiger. Die CO_2-Bilanz beider Kohlearten kann lediglich durch die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung verbessert werden. Dabei wird die Abwärme zur Heizung von Gebäuden oder als Prozesswärme für industrielle Zwecke genutzt. Dadurch kann der übliche Wirkungsgrad von 43 bis 48 Prozent auf 90 Prozent erhöht werden.

Um die Schädlichkeit der Kohle für das Klima zu vertuschen, werden die Investitionen in die Nutzung der Kohle mit dem Begriff der „sauberen Kohle“ (clean coal) verkauft. Das CO_2 soll bei der Verbrennung abgeschieden und in Erdlagerstätten gespeichert werden. Diese als CO_2-Sequestrierung bezeichnete Technologie ist allerdings noch mindestens zehn bis 15 Jahre von der Möglichkeit ihrer Anwendung entfernt, hat also mit den jetzt geplanten Kraftwerken nichts zu tun.

Außerdem stellt sich die Frage nach der langfristigen Sicherheit des Einschlusses des CO2. Es ist nicht geklärt, ob eine gesicherte Endlagerung überhaupt möglich ist und was sie auf Dauer kosten wird. So trifft wohl die Einschätzung des energiepolitischen Sprechers der grünen Bundestagsfraktion, Hans-Josef Fell, zu: „Eine Investition in clean coal bindet viel Geld und Aufmerksamkeit. Sie wird vor allem dazu dienen, den Bau neuer Kohlekraftwerke in den kommenden zehn bis 15 Jahren zu rechtfertigen.“

Die Auseinandersetzung über den Bau neuer Kraftwerke ist Teil der Verteilungskämpfe in der Stromwirtschaft. Schließlich werden die Kraftwerke für einen Betrieb von 40 und mehr Jahren geplant und gebaut. Die zentralisierte Stromwirtschaft, dominiert von den vier Monopolisten Eon, RWE, Vattenfall und EnBW, versucht ihre Stellung mit Unterstützung der Politik zu erhalten. Die Chance auf einen beschleunigten Umbau hin zur dezentralen Nutzung erneuerbarer Energien wird damit vertan und blockiert.

Theoretisch wäre jetzt ein guter Zeitpunkt, um Großkraftwerke, die mit fossilen Brennstoffen arbeiten, durch dezentrale Anlagen und erneuerbare Energien zu ersetzen. Die europäische Sonnenenergievereinigung Eurosolar hat bereits im Jahr 2005 errechnen lassen, dass die in nächster Zeit abzuschaltenden Atom-, Kohle- und Gaskraftwerke vollständig durch erneuerbare Energien ersetzt werden könnten. Bis ins Jahr 2020 ist danach die Erzeugung von mindestens 62 Gigawatt aus regenerativen Energien möglich. Zusätzliche Spielräume würden sich durch die Einsparung von Energie ergeben.

Bei der Planung der künftigen Stromwirtschaft werden immer wieder Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke miteinander verglichen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) etwa meint: „Wer den Neubau von hocheffizienten Kohlekraftwerken ablehnt, spielt der Atomlobby in die Hände.“ Der Umweltkommissar der Europäischen Union, Stavros Dimas, hingegen behauptet: „Wer heute noch neue Kohlekraftwerke baut, muss sich im klaren sein, dass eine solche Politik uns alle langfristig teuer zu stehen kommt.“ Seine Äußerung ist nicht verwunderlich, denn die EU hat sich mit dem Euratom-Vertrag zur Förderung der Nutzung der Atomenergie verpflichtet.

Aber der Neubau von Kohlekraftwerken lässt sich wohl kaum, wie etwa Gabriel suggeriert, mit einer Politik zum Schutz des Klimas vereinbaren. Der Geschäftsführer des BUND, Gerhard Timm, kritisiert den Bau von Kraftwerken wie in Neurath: „Diese Kraftwerke haben einen Wirkungsgrad von maximal 45 Prozent. Mehr als die Hälfte der eingesetzten Energie wird also ungenutzt in die Atmosphäre gepumpt. Das angeblich CO2-freie Kohlekraftwerk ist eine PR-Luftnummer.“

Die Bundesrepublik hat sich international zur Reduktion der Treibhausgase um 21 Prozent im Zeitraum von 2008 bis 2012 verpflichtet. Davon wurden bereits etwa 18 Prozent erreicht, was vor allem auf den Zusammenbruch der Industrie in Ostdeutschland

zurückzuführen ist. Im vergangenen Jahr wurde ein Anstieg der Emissionen um 0,7 Prozent verzeichnet. Ohne zusätzliche Anstrengungen wird das Ziel der-Vereinbarung von Kyoto nicht erreicht werden, wie es die Bundesregierung bisher annimmt.
Es ist allein der technische Fortschritt in der Effizienz der Verbrennung, mit dem die angebliche Klimaverträglichkeit der neuen fossilen Kraftwerke begründet wird. In der von Gabriel verantworteten „Klimaagenda 2020“ sind die Einsparungen als „Erneuerung des-Kraftwerksparks durch effizientere Kraftwerke“ mit dem Ausstoß von 30 Millionen Tonnen CO_2 pro Jahr fest eingeplant. Noch nicht einmal eine Verpflichtung zur Nutzung der Abwärme durch Kraft-Wärme-Kopplung ist dabei vorgesehen. Wichtigstes Instrument zur Steuerung der Investitionen soll der Emissionshandel sein, der bisher kaum zur Reduzierung des CO_2-Ausstoßes beigetragen hat.
Es könnte sich allerdings herausstellen, dass sich die Pläne nicht so einfach verwirklichen lassen wie von den Stromerzeugern gedacht. An vielen Orten, sei es in Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern oder auf der Ingelheimer Aue im Rheingau-Taunus-Kreis, haben sich bereits Gruppen gebildet, die sich gegen den Bau von Kohlekraftwerken engagieren. Vielleicht heißt ein populäres Motto bald: Kohlekraftwerke? Nein, danke.

Jungle World 6.6.2007

Emissionshandel: Heiße Luft statt Klimaschutz

Frank Eßers

Auch mit dem neuen Zuteilungsgesetz für CO_2-Zertifikate, das die Bundesregierung am 22. Juni beschlossen hat, wird das Klima nicht geschützt. Kraftwerksbetreiber können sogar mit einem Trick Extragewinne machen. Umweltminister Gabriel (SPD) lobt die neuen Regeln beim Emissionshandel (siehe Stichwort). Danach dürfen Industrie und Energiewirtschaft zwischen 2008 und 2012 jährlich nur noch 453 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO_2) in die Luft blasen. Derzeit sind es 475 Millionen Tonnen. Effiziente Kraftwerke und Anlagen würden belohnt und „Dreckschleudern“ belastet, meinte er. Damit würde Deutschland die im Kyoto-Protokoll verabredete Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen erreichen.Für solchen Optimismus gibt es keinen Grund. Bisher hat der seit 2005 existierende Emissionshandel nichts zum Klimaschutz beigetragen. Konzerne wurden großzügig mit kostenlosen Verschmutzungsrechten (Emissionszertifikaten) ausgestattet. Mitte vergangenen Jahres hat das zum Zusammenbruch des Marktes für CO_2-Zertifikate geführt. Gleich Null ist der Anreiz für Konzerne, sich vom Klimakiller Nr.1, der Braunkohle, zu verabschieden. Derzeit planen sie sogar 28 neue Kohlekraftwerke. Werden diese Pläne Realität, kann Gabriel das Kyoto-Protokoll in den Papierkorb werfen. Im vergangenen Jahr ist der CO_2-Ausstoß in Deutschland bereits um 0,6 Prozent gestiegen.Mit dem neuen Zuteilungsgesetz sollen angeblich die Missstände beseitigt werden. Doch es bevorzugt weiterhin Kohlekraftwerke. Diese dürfen fast doppelt so viel CO_2 ausstoßen wie weniger klimaschädliche Gaskraftwerke. Anlagen, die Braunkohle verfeuern, werden mit einem Trick nochmals besser ausgestattet. Die Standardauslastung der Anlagen wird - nur auf dem Papier - von 7500 Betriebsstunden im Jahr auf 8250 erhöht. Entsprechend mehr Verschmutzungsrechte erhalten die Betreiber. Die Umweltstiftung WWF befürchtet, dass durch das Gesetz ein Boom für neue Kohlekraftwerke entsteht.Es gibt auch im neuen Gesetz keine wirksamen Regeln gegen Missbrauch, berichtet Der Spiegel. Für die neue Periode des Emissionshandels von 2008 bis 2012 können Betreiber für eine veraltete Anlage die volle Ausstattung mit Verschmutzungsrechten beantragen. Haben sie diese erhalten, können sie den Betrieb herunterfahren. Die dadurch nicht genutzten Zertifikate können sie dann gewinnbringend verhökern. „Da plant manch einer nur einen Scheinbetrieb“, sagte Rainer Braake von der Deutschen Umwelthilfe gegenüber dem Magazin.Anstatt Kraftwerksbetreiber und Industrie direkt mit Auflagen und Steuern zu umweltfreundlicherer Produktion zu zwingen, setzt die Bundesregierung weiterhin auf den Markt. Doch der Emissionshandel ist nicht nur ineffektiv, er ist auch viel zu teuer. 1100 Euro je Tonne CO_2 kostete die Reduzierung des Treibhausgas-Ausstoßes durch den Emissionshandel die Verbraucher im Jahr 2005. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien entstanden im gleichen Jahr nur Kosten von 57 Euro je verminderter Tonne CO_2. Abgesehen davon ist durch die Förderung erneuerbarer Energien acht mal mehr CO_2 eingespart worden als durch den Handel mit Verschmutzungsrechten.Obwohl der Emissionshandel ein zahnloser Tiger ist, drohen Industrie und Energiekonzerne. Letztere haben angekündigt, die mit dem neuen Zuteilungsgesetz entstehenden Kosten durch Preiserhöhungen bei den Verbrauchern abzuladen. Das haben sie allerdings auch in der Vergangenheit getan. Die ihnen von der Bundesregierung bislang kostenlos zugeteilten Verschmutzungsrechte stellten sie den Verbrauchern zu Marktpreisen in Rechnung und fuhren dadurch milliardenschwere Extraprofite ein. Durch den zukünftigen Verkauf von knapp 10 Prozent der Zertifikate, wie es das neue Zuteilungsgesetz vorsieht, kann Missbrauch nicht gestoppt werden. Voraussetzung dafür wäre eine rigide staatliche Kontrolle und Deckelung der Energiepreise. Stattdessen hat die Bundesregierung zum 1. Juli die Tarifaufsicht für Elektrizität abgeschafft. In der Vergangenheit mussten die Energiekonzerne ihre Stromtarife von den Wirtschaftsministern der Bundesländer prüfen und genehmigen lassen. Die Energieversorger nutzen die Gunst der Stunde und haben bereits Preiserhöhun-

gen zum 1. Juli angekündigt. Zum Beispiel sollen Vattenfall-Kunden in Berlin 6,5 Prozent und in Hamburg 7,2 Prozent mehr zahlen.Stur halten die Energiekonzerne an fossilen Energien fest und sabotieren mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke den Klimaschutz. Der dringend nötige Umstieg auf erneuerbare Energien, den auch Klimaexperten fordern, wird damit auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Die Zeche zahlen die Verbraucher. In den letzten sieben Jahren sind die Energiepreise explodiert: Strom ist 46 Prozent teurer geworden, Gas sogar 76 Prozent. Weder die ehemalige rot-grüne, noch die jetzige schwarzrote Regierung hat es gewagt, sich mit der Energielobby anzulegen. Auch das neue Zuteilungsgesetz produziert nicht viel mehr als heiße Luft.

Stichworte

E.on enteignen: Mit Marktmechanismen die Umwelt zu schützen, funktioniert nicht. „Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung orientiert ist, kann die ökologische Frage nicht lösen“, sagte Oskar Lafontaine auf dem Gründungsparteitag der LINKEN Mitte Juni. Er hat recht.Die Linkspartei fordert deshalb die Verstaatlichung der Stromnetze und staatliche Preiskontrolle. Auch die mit der Liberalisierung der Strommärkte ab Ende der 90er Jahre privatisierten Stadtwerke und kommunalen Gasversorger sollen wieder in staatliche Hand überführt werden. Das wäre ein enormer Fortschritt. Denn durch solche Schritte würden Verbraucher entlastet. Alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien hingegen machen Politik für Konzerne - zu Lasten von Mensch und Umwelt. Netzbetrieb und privatisierte, ehemals kommunale Versorger sind allerdings nur ein Teil der Energiewirtschaft. In der Hand der großen vier Konzerne E.on, Vattenfall, RWE und EnBW liegt die größte Macht. Sie nutzen diese, um Preise zu diktieren und die Politik zu kontrollieren. Um dem einen Riegel vorzuschieben, müssen die vier Energieriesen enteignet werden. Anders ist auch der vollständige und zügige Umstieg auf erneuerbare Energien nicht zu schaffen.

Emissionshandel: Wichtigstes Instrumentarium „grüner Marktwirtschaft“ ist derzeit der so genannte Emissionshandel. Sein Prinzip: Vom Staat werden Unternehmen Verschmutzungsrechte zugeteilt, so genannte Emissionszertifikate. Will ein Betrieb mehr Treibhausgase in die Atmosphäre abgeben, als ihm zusteht, muss er weitere Zertifikate an einer Börse kaufen. Unternehmen, die weniger ausstoßen, können mit dem Verkauf ihrer Zertifikate Geld verdienen.

Tip: Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer - Verflechtungen zwischen Politik und Energiewirtschaft, herausgegeben von Greenpeace, Hamburg 2007, 18 Seiten

Frank Eßers ist Online-Redakteur bei marx21.de

Handeln und Handel

Schlupflöcher wie Scheunentore: Mit „faulen“ Zertifikaten aus Entwicklungsländern wird das Emissionshandelssystem zum Klimaschutz unterwandert

Uwe Witt

Der Emissionshandel gilt als wichtigstes Instrument im deutschen Klimaschutz. Er soll zweierlei garantieren. Zum Einen die Einhaltung festgesetzter Emissionsobergrenzen. In der vergangenen Woche beschloss der Bundestag, dass Energieversorger und Industrie von 2008 bis 2012 höchstens 453 Millionen Tonnen CO_2 pro Jahr ausstoßen dürfen. Dafür muss der Ausstoß der emissionshandelspflichtigen Anlagen im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2000 bis 2005 um etwa sieben Prozent reduziert werden. Zum Anderen soll der Handel den Klimaschutz billiger machen: Die Betreiber entscheiden, ob es preiswerter ist, in CO_2-Minderungstechnik zu investieren oder Emissionsrechte am Markt zu kaufen. Doch die Weisheiten der Volkswirte haben ihre Tücken. In der Praxis werden die Energieversorger beispielsweise infolge der weitgehend kostenlosen Vergabe der Emissionsrechte Extraprofite in Milliardenhöhe einstreichen, indem sie die Börsenpreise der Zertifikate auf die Strompreise umlegen. Dadurch bleibt auch das Signal aus, welche Kosten der CO_2-Ausstoß verursacht. Den Rest erledigen kohlefreundliche Zuteilungsregeln. Unter dem Strich werden Neuinvestitionen in CO_2-arme Gaskraftwerke anstatt in Kohlemeiler kaum befördert.
Manche entgegnen solchen Vorwürfen, etwaige Fehler im Zuteilungssystem würden durch die Emissionsobergrenze von 453 Millionen Tonnen aufgefangen. Der feste Deckel zwinge die Firmen letztlich zur CO2-Einsparung. Doch das stimmt nicht, denn der Deckel hat ein Loch, das „flexibler Mechanismus“ heißt (ein Euphemismus).
Laut Clean Development Mechanism (CDM) des Kyoto-Protokolls können Investoren aus Industriestaaten in Entwicklungsländern Klimaschutzinvestitionen durchführen. Dafür bekommen sie von den Vereinten Nationen Emissionsgutschriften ausgestellt, die sie mit ihren Einsparverpflichtungen zu Hause verrechnen können. Für die Firmen ist CDM lukrativ. Schließlich kostet es sie in Deutschland wesentlich mehr, eine Tonne CO_2 einzusparen, als in China oder Brasilien.
Nach dem Bundestagsbeschluss sollen in der BRD 22 Prozent der jährlichen Zuteilungsmenge, also 90 Millionen Tonnen, über Klimaschutzinvestitionen im Ausland abgerechnet werden können. In der fünfjährigen Handelsperiode macht das ein ganzes Jahresbudget an Emissionsrechten aus. Die deutschen Unternehmen können also ihren Ausstoß von Treibhausgasen sogar deutlich erhöhen, wenn sie dafür Emissionsgutschriften aus Projekten im Süden hinle-

gen. Das wäre zumindest für die Klimaschutzbilanz kein Problem, wenn die gegenwärtig 713 registrierten CDM-Projekte in Asien, Mittel- und Südamerika oder Afrika tatsächlich zusätzlichen Klimaschutz zum Status quo garantieren würden. Dem ist aber nicht so, wie bislang unveröffentlichte Studien beweisen.
Nach Untersuchungen von Axel Michaelowa, renommierter Gutachter für den CDM-Exekutivrat der Vereinten Nationen, konnte ungefähr jedes dritte bei der UN registrierte indische CDM-Vorhaben in der Projektdokumentation nicht nachweisen, dass es ohne CDM nicht durchgeführt worden wäre, die Treibhausgase also zusätzlich reduziert werden.
Dieser Nachweis ist Dreh- und Angelpunkt des CDM-Mechanismus. Denn wandern „faule“ Gutschriften auf den europäischen Emissionshandelsmarkt, führen sie in Europa automatisch zu einem Mehrausstoß an Treibhausgasen, welcher nicht durch zusätzliche Minderungen in Asien oder sonst wo gedeckt ist. Das untergräbt die ökologische Integrität sowohl des Kyoto-Protokolls als auch die des europäischen Emissionshandelsystems.
In Indien existieren mittlerweile zahlreiche Förderinstrumente für Windenergie, so Axel Michaelowa. Für Unternehmen ist es daher lukrativ, Windkraftanlagen aufzustellen - auch ohne CDM. Über Manipulationen bei erwarteten Windstärken, Zinsfüßen und Ähnlichem versuchten Investoren, die Projekte künstlich schlecht zu rechnen. So könnten sie unter CDM laufen und wertvolle Zertifikate generieren.
„Auch in China gibt es Unregelmäßigkeiten, insbesondre bei geplanten Wasserkraftwerken“, so Michaelowa. Ein gängiger Trick: „Für das künftige Wasserkraftwerk wird in der Projektdokumentation eine unrealistisch niedrige Auslastung von 40 bis 50 Prozent angegeben, obwohl in Südchina das Jahr über genug Wasser fließt“. Als Beispiel nennt der Wissenschaftler ein 72-Megawatt-Projekt in Hunan Dong Ping.
Mit einer solchen Auslastung wäre das emissionsarme Wasserkraftwerk für Investoren eigentlich finanziell unattraktiv und würde ohne den CDM-Mechanismus nicht gebaut werden. Nur über den Verkauf der CDM-Zertifikate würde es sich rechnen - das zentrale Kriterium der UN-Behörden zum Nachweis der Zusätzlichkeit wäre erfüllt. Tatsächlich liegt die mögliche Auslastung aber deutlich höher - das Kraftwerk wäre ohnehin gebaut worden. Es handelt sich keineswegs um eine Klimaschutzmaßnahme, die ohne den CDM-Mechanismus nicht realisiert worden wäre.
Deutschland erhöht mit der 22-Prozent-Klausel die Nachfrage nach CDM-Projekten enorm. Damit wird Missbrauch wahrscheinlicher. Ein Grund, aus dem die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Eva Bulling-Schröter, kürzlich ein Moratorium für die Anrechnung von CDM-Projekten forderte. Dieses soll gelten, bis die Prüfmechanismen auf UN-Ebene wirksam verschärft sind.

Junge Welt 28.6.2007

Nationales Sofortprogramm und verbindliche Ziele für den Klimaschutz festlegen

Antrag der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Dagmar Enkelmann, Hans-Kurt Hill, Lutz Heilmann, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Roland Claus, Heike Hänsel, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die jüngsten Klimaberichte der Vereinten Nationen machen deutlich: Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist kein fernes Zukunftsszenario. Er schreitet bereits seit Jahren voran. Schon jetzt sind die Lebensgrundlagen von Menschen in vielen Regionen der Welt bedroht. Unter den Folgen des Klimawandels leiden zuallererst die Armen. Ihnen fehlen die Ressourcen, um sich den wandelnden Verhältnissen anzupassen. Das gilt für Geringverdienerinnen und -verdiener in Industrieländern wie Deutschland, aber insbesondere für große Bevölkerungsteile in den Entwicklungsländern. Konsequenter Klimaschutz ist daher auch ein Akt internationaler Solidarität mit den am meisten vom Klimawandel betroffenen Menschen.
Um die Erderwärmung in beherrschbaren Grenzen zu halten, muss das Wachstum des globalen Klimagas-Ausstoßes in den nächsten beiden Jahrzehnten gestoppt und die Emissionen danach vermindert werden. Zahlreiche Studien belegen, dass ein Umsteuern technisch möglich und angesichts der dramatischen Folgen der Erderwärmung auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft ist.
Weltweit haben nur drei Länder mehr Treibhausgasemissionen im 20. Jahrhundert freigesetzt als Deutschland. Auch heute ist die Bundesrepublik Deutschland noch der sechstgrößte Emittent von Kohlendioxid. Daraus resultiert eine besondere Verantwortung, im Klimaschutz voranzuschreiten. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft bietet die Möglichkeit durch eine ambitionierte Klimapolitik wesentlichen Einfluss auf die zukünftige EU-Klimapolitik und die UN-Verhandlungen, um ein Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll zu nehmen. Diese Chance muss durch ein eindeutiges Signal noch vor dem nächsten EU-Ratsgipfel (21./22. Juni 2007) ergriffen werden.

II. Der Deutsche Bundestag beschließt:

1. Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich gegenüber 1990 zu einer Minderung ihrer Treibhausgasemissionen von 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und von 80 Prozent bis zum Jahr 2050.
2. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primär-

energieverbrauch ist in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2020 auf 25 Prozent zu steigern. Als Ziele in den einzelnen Sektoren werden festgeschrieben: Strom: 35 Prozent, Wärme: 25 Prozent, Bioenergie: 20 Prozent.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

dem Deutschen Bundestag schnellstens ein nationales Sofortprogramm für den Klimaschutz vorzulegen und darin insbesondere folgende Maßnahmen aufzunehmen beziehungsweise nachfolgend genannte Schwerpunkte zu berücksichtigen:

1. Ab 1. Januar 2008 ist der Verkauf von elektrischen und elektronischen Haushaltsgeräten mit so genannten Standby-Schaltungen, deren Verbrauch 1 Watt übersteigt, zu verbieten.

2. Ab 1. Januar 2008 ist eine Verbrauchskennzeichnung für alle elektrischen und elektronischen Haushaltsgeräte nach Energieklassen analog zur Kennzeichnungsregelung der EU für Haushaltsgroßgeräte gesetzlich vorzuschreiben, wobei die Zuordnung der Energieklassen zu den Produkten aufgrund der technischen Entwicklung alle zwei Jahre zu aktualisieren ist. Ergänzend wird eine gesetzliche Kennzeichnungspflicht der spezifischen CO_2-Emissionen von Haushaltsgeräten eingeführt.

3. Ab 1. Januar 2008 ist ein nationales „Top-Runner"-Programm zu starten, welches orientiert an den verbrauchsärmsten Typen einer Produktklasse den maximal zulässigen Energieverbrauch von ausgewählten energieintensiven Produkten für ein bestimmtes Zieljahr festschreibt. Diese Verbrauchsobergrenze wird regelmäßig dem technischen Fortschritt angepasst. Parallel sind noch im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Verhandlungen aufzunehmen, um für die EU einen gemeinsamen europäischen „Top-Runner"- Ansatz zu entwickeln.

4. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause 2007 sind die Eckpunkte für ein regeneratives Wärmegesetz vorzulegen, das spätestens nach der parlamentarischen Sommerpause dem Deutschen Bundestag zur Beratung überwiesen wird.

5. Der Passivhausstandard und das Projekt „Niedrigenergiehaus im Bestand" der Deutschen Energieagentur (dena) ist mit geeigneten Mitteln bundesweit zu fördern.

6. Die Gestaltung des Energieausweises für Gebäude ist dahingehend zu überarbeiten, dass sowohl im Neubau als auch im Bestand ab 1. Januar 2008 ein bedarfsorientierter Energieausweis nach Vorbild des von der dena entwickelten Gebäudepasses vorgeschrieben wird. Dabei soll die Kennzeichnung analog zu Elektronik- und Elektrogeräten anschaulich in Energieklassen erfolgen.

7. Die Kfz-Steuer ist so zu reformieren, dass ab dem 1. Januar 2008 für alle ab diesem Zeitpunkt neu zugelassenen Fahrzeuge die Bemessungsgrundlage vom Hubraum auf den Kohlendioxidausstoß pro gefahrenen Kilometer umgestellt wird. Dabei sind verbrauchsarme Personenkraftwagen mit einem Kohlendioxidausstoß von weniger als 120 Gramm pro Kilometer steuerlich zu begünstigen, während Fahrzeuge mit einem Kohlendioxidausstoß ab 140 Gramm stärker und Fahrzeuge mit mehr als 200 Gramm deutlich stärker belastet werden sollten. Wegen der steuerlichen Begünstigung von Dieselfahrzeugen bei der Mineralölsteuer sind bei der reformierten Kfz-Steuer Aufschläge für Dieselfahrzeuge vorzunehmen. Für Fahrzeuge, die bereits frühzeitig die neue Euro-5-Abgasnorm erfüllen, ist eine steuerliche Ermäßigung zu gewähren. Für alle bis einschließlich 31. Dezember 2007 erstmals zugelassene Fahrzeuge ist eine entsprechende Umstellung erst nach einer angemessen Übergangsfrist von fünf Jahren zum 1. Januar 2013 einzuführen.

8. Auf Autobahnen ist ein generelles Tempolimit von 130 Kilometern pro Stunde einzuführen, womit einerseits sofort der Kohlendioxid-Ausstoß des Straßenverkehrs um knapp zwei Prozent verringert werden kann und andererseits ein wichtiger Anreiz sowohl für die Hersteller als auch die Käufer für verbrauchsarme Fahrzeuge geschaffen wird.

9. Die Verbrauchskennzeichnung von Personenkraftwagen ist deutlich verbraucherfreundlicher zu gestalten, indem die Fahrzeuge, wie bei einigen Haushaltsgeräten bereits üblich, Klassen zugeordnet werden. Um künftige Effizienzsteigerungen angemessen berücksichtigen zu können, sind die Kriterien der Zuordnung zu den Klassen alle zwei Jahre zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

10. Die gegenwärtig vorhandenen indirekten steuerlichen Anreize für den Kauf unverhältnismäßig großer und damit in der Regel verbrauchsstarker Dienst- und Firmenwagen sind unverzüglich abzuschaffen.

11. Im Geschäftsbereich der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages sind nur noch solche Fahrzeuge anzuschaffen bzw. nur noch solche Fahrzeuge von externen Dienstleistern zu nutzen, die zu den effizientesten 10 Prozent der jeweiligen Fahrzeugklasse gehören und die jeweils neueste Euro-Abgasnorm einhalten. Somit kann der Bund seiner Vorbildfunktion gerecht werden.

12. Biogene Kraftstoffe der ersten Generation (Pflanzenöl, Biodiesel, Bioethanol) werden sofort steuerfrei gestellt. Eine Besteuerung, frühestens ab 2010, stellt eine Besserstellung gegenüber fossilen Kraftstoffen sicher und orientiert sich an den Faktoren Klimaschutz und Ökobilanz unter besonderer Berücksichtigung des Naturschutzes. Der Import von biogenen Treibstoffen soll nur zulässig sein, wenn der Anbau der Energiepflanzen Nachhaltigkeitskriterien genügt, die von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Umwelt- und Entwicklungsorganisationen bis Anfang 2008 zu erarbeiten sind.

13. Die Biogas diskriminierende und in Europa unübliche Regelung in Deutschland, nach der Biogas, welches ins Netz der Energieversorger eingespeist werden soll, einen bestimmten Brennwert nicht überschreiten darf, ist unverzüglich abzuschaffen. Bis zur parlamentarischen Sommerpause 2007 ist ein Biogas-Einspeisegesetz vorzulegen.

14. Der Verkauf von Anteilen der Deutsche Bahn AG an Private ist zu unterlassen, weil ansonsten das Erzielen von Gewinn und die Rentabilität Vorrang vor dem öffentlichen Auftrag der Versorgung mit Verkehrsleistungen hätte, was dem Ziel, umweltfreundliche Mobilität zu fördern, zuwiderlaufen würde.
15. Die im Jahr 2006 beschlossenen Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln für den Nahverkehr sind zurückzunehmen und zusätzliche Haushaltmittel zur Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs und spezieller umweltverträglicher Mobilitätsangebote für den ländlichen Raum, wie Bürgerbusse und Ruftaxen, bereitzustellen.
16. Am Ziel der Verdopplung des Schienengüterverkehrs von 1990 bis 2015 auf 148 Mrd. Tonnenkilometer ist festzuhalten. Alle dafür erforderlichen Maßnahmen, insbesondere der notwendige, sozial und ökologisch verträgliche Ausbau des Schienennetzes der Deutsche Bahn AG, sind umzusetzen.
17. Ab 1. Januar 2008 ist die Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen in der Baulast des Bundes auszuweiten. Ab 1. Januar 2009 ist die Lkw-Maut zudem für alle Lkw ab 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht einzuführen. Begleitend sind Förderprogramme insbesondere für klein- und mittelständische Unternehmen zur Modernisierung ihrer Fuhrparke auf emissionsärmere Lkw und Transporter aufzulegen.
18. Die im Jahr 2004 beschlossene Rücknahme der steuerlichen Vergünstigung von Jobtickets sind schnellstens, wenn möglich rückwirkend zum 1. Januar 2007, aufzuheben.
19. Die steuerliche Begünstigung des Flugverkehrs bei der Kerosin-, Öko- und Mehrwertsteuer ist unverzüglich zu beenden. Auf EU-Ebene setzt sich die Bundesregierung für die Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer so- wie für die Schaffung eines eigenständigen Emissionshandelssystems für den Flugverkehr ein.
20. Noch vor Ende des Jahres 2007 ist eine Novelle des KWK-Gesetzes vorzulegen, um sowohl den Neubau als auch die Modernisierung von Anlagen der klimafreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung voranzutreiben.
21. In Bezug auf den Neubau oder die wesentliche Änderung von Kraftwerken sind Klimagas-Emissionen gegenüber den Schutzgütern als relevante schädliche Umwelteinwirkungen im Bundesimmissionsschutzgesetz festzuschreiben. Gleichzeitig ist die Betriebsgenehmigung von Kondensationskraftwerken nur dann unbefristet zu erteilen, wenn beim CO_2-Ausstoß der Wert von 365 Gramm/kWh nicht überschritten wird. Bei Nichterfüllung dieses Standards ist eine Befristung der Betriebsgenehmigung auf maximal zehn Jahre festzulegen. Diese kann verlängert werden, wenn CO_2-Techniken nachgerüstet werden, die zur Erfüllung des genannten Standards führen.
22. Für die Handelsperiode 2008 bis 2012 des Europäischen Emissionshandelssystems ist in der Bundesrepublik Deutschland ein brennstoffunabhängiger Benchmark bei der Zuteilung von Emissionszertifikaten einzuführen, welcher eine Ausstattung mit Emissionsrechten von Kraftwerken gleicher Leistung und Auslastung nur in einem Umfang zulässt, den ein gasbetriebenes Kondensationskraftwerk benötigen würde. Somit wird im Kraftwerksneubau der Wechsel hin zu emissionsärmeren Brennstoffen und Klimaschutztechnologien befördert.
23. Mit mindestens 10 Prozent der Emissionszertifikate für die nächste Handelsperiode 2008 bis 2012 sind die Emissionsrechte in dem Umfang zu versteigern, welcher laut EU-Emissionshandelsrichtlinie für diesen Zeitraum maximal zulässig ist. Die Einnahmen aus der Versteigerung sind zur Finanzierung des überarbeiteten Klimaschutzprogramms der Bundesregierung zu nutzen. Zudem sind die Einnahmen zur Finanzierung eines neu zu erarbeitenden Nationalen Infrastruktur-Anpassungsprogramms zu verwenden, welches den Auswirkungen des Klimawandels und der demografischen Entwicklung in Deutschland Rechnung trägt.
24. Im Rahmen der in 2007 anstehenden Überarbeitung der EU-Emissionshandelsrichtlinie ist sich für eine vollständige und in jedem Mitgliedstaat verbindlich einzuführende Versteigerung der Emissionszertifikate ab 2013 einzusetzen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind durch geeignete Maßnahmen die Extraprofite der Energieversorger abzuschöpfen, die ihnen infolge der kostenlosen Zuteilung der Emissionsrechte und der Einpreisung der Zertifikats-Handelspreise in den Strompreis zufallen. Dazu zählt insbesondere das international diskutierte Instrument einer so genannten windwall profit tax.
25. Die Förderung der Bundesregierung im Bereich Energieforschung ist konsequent auf CO_2-Minderungstechnologien und erneuerbare Energien auszurichten.
26. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen wird beauftragt, jährlich einen Fortschrittsbericht „Klimaschutz in der Bundesrepublik“ vorzulegen.
27. Eine breit angelegte Informationskampagne zur Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeiten klimaschonenden Verhaltens insbesondere in den Bereichen Energieverbrauch, Mobilität, Konsumverhalten und Ernährung wird initiiert. In Absprache mit den Ländern soll dies auch verstärkt in den Lehrplänen der Schulen verankert werden.

Berlin, den 24. April 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung:

Die Dramatik des Klimawandels und die Notwendigkeit unverzüglichen staatlichen Handelns haben jüngst mehrere wissenschaftliche Studien und Untersuchungen unter Beweis gestellt, so auch die ersten beiden Berichte des Zwischenstaatlichen Gremiums für Klimafragen der Vereinten Nationen (IPPC) sowie Berichte seitens des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des britischen Regierungsberaters Nicholas Stern. Es besteht

ein weitgehender Konsens in der Wissenschaft darüber, dass eine Erderwärmung um mehr als zwei Grad gegenüber vorindustriellen Temperaturen weit reichende und nicht zu tolerierende Konsequenzen für Umwelt und Mensch mit sich bringen würde. Die Berichte weisen zudem darauf hin, dass die Menschheit nicht mehr viel Zeit hat, um die Emissionen auf ein ungefährliches Niveau zu drosseln.
Das DIW rechnet damit, dass sich - sollten keine größeren Anstrengungen unternommen werden - das Klima bis auf 4,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau aufheizen könnte. Um die Zwei-Grad-Grenze nicht zu überschreiten, müssen die Treibhausgasemissionen bis Mitte dieses Jahrhunderts weltweit halbiert und in den Industrieländern um 80 Prozent gesenkt werden, so auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Das alles macht deutlich, dass die notwendigen klimapolitischen Weichenstellungen nicht länger aufgeschoben werden dürfen. Im Entwurf des für Mai 2007 angekündigten dritten Teils des IPCC-Sachstandsberichts wird dafür sogar nur noch ein Zeitfenster von maximal 15 Jahren angenommen.
Die Folgekosten des Klimawandels beziffern Rückversicherer, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in zahlreichen Studien auf ein Vielfaches der Prävention. Die Industrieländer haben mehr als drei Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen der letzten hundert Jahre freigesetzt und sind damit Hauptverantwortliche für den Klimawandel. Ihr durchschnittliches Emissionsniveau je Einwohner beträgt auch heute noch ein Vielfaches von dem anderer Weltregionen. Die Folgen eines ungezügelten Klimawandels hätten dagegen vor allem die Menschen und Volkswirtschaften in den ärmeren Ländern dieser Erde zu tragen. So erwartet der zweite Teil des aktuellen IPCC-Berichts einen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion insbesondere in südlichen Breiten und prognostiziert eine dramatische Zunahme von Hungersnöten in Regionen wie Subsahara-Afrika. Angesichts der Hauptverantwortung der Industriestaaten für die Erderwärmung wäre eine solche Entwicklung nichts anderes als eine ökologische Aggression des Nordens zu Lasten des Südens.
Industriestaaten sind nicht nur die größten Emittenten von Treibhausgasen, sie haben gleichzeitig am meisten vom enormen Wirtschaftswachstum des letzten Jahrhunderts auf Kosten der Umwelt profitiert. Deutschland gehört dabei nach wie vor zu den Ländern, die pro Kopf der Bevölkerung die höchsten CO_2-Emissionen aufweisen. Nach DIW-Berechnungen liegen diese bei jährlich 10,4 Tonnen CO_2 und damit weit oberhalb des EU-Durchschnitts. Klimaverträglich wären hingegen maximal 3 Tonnen CO_2 pro Jahr.
Obwohl Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel für die EU-Ratspräsidentschaft angekündigt hat, Deutschlands Rolle als Vorreiter im Klimaschutz zu stärken und dem Thema auch in Europa oberste Priorität zu geben, ist bis jetzt nicht viel erreicht worden. Im Gegenteil: Der Streit mit der EU-Kommission um die Höhe und die Zuteilungsregeln der Emissionshandelsrechte oder um die CO_2- Emissionen der Fahrzeugflotten hat gezeigt, dass Deutschland nicht bereit ist, sich in entscheidenden Momenten verbindlich für den Klimaschutz einzusetzen. Noch bleiben der Bundesregierung zwei Monate, um die Versprechungen der Kanzlerin umzusetzen.
Die auf dem EU-Frühjahrsgipfel im März 2007 getroffenen Beschlüsse, insbesondere die festgelegte Minderung der CO2-Emissionen um lediglich 20 Prozent bis 2020 gegenüber dem Emissionsniveau von 1990, sind nicht ausreichend. Umweltverbände weisen zu Recht darauf hin, dass mindestens 30 Prozent nötig seien, um weltweit ein Zeichen für den Klimaschutz zu setzen. Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies aufgrund der „Klimaschutzdividende“, die Deutschland aus dem Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft ziehen konnte, ein Einsparziel von mindestens 40 Prozent. Dieses Einsparziel ist nicht als Last, sondern als Chance zu begreifen. Die dafür notwendigen Innovationen schaffen neue zukunftsfähige Arbeitsplätze. So wächst die Beschäftigung infolge des Ausbaus erneuerbarer Energien deutlich schneller, als Arbeitsplätze im fossil-atomaren Bereich wegfallen. Neue Jobs durch die Nutzung von Biomasse, die Produktion von Windrädern oder die energetische Gebäudesanierung entstehen im mittelständischen Anlagenbau, in der Landwirtschaft und im Handwerk. Eine solche Entwicklung nutzt besonders strukturschwachen Regionen. Davon wird insbesondere Ostdeutschland profitieren. Schon heute hat sich ein Großteil der Produktionsstätten der Photovoltaik-Branche in den neuen Bundesländern niedergelassen.
Im Kampf gegen die Erderwärmung darf kein weiterer Tag verschenkt werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist darum aufgefordert, sofort zusätzliche Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen. Verzichtet sie darauf, wird der Weg für das Erreichen mittel- und langfristiger Klimaschutz-Ziele heute schon verbaut. Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen erfordern weder zusätzliche Haushaltmittel noch langwierige gesetzgeberische Verfahren. Das gilt insbesondere für die vielen ungenutzten Potenziale zur Ener-gieeinsparung oder Verkehrsvermeidung.

Deutscher Bundestag, Drucksache 16/5129 16. Wahlperiode, 25. 04. 2007

Ergänzungsvorschläge der LAG-Umwelt- und Ressourcenpolitik Baden-Württemberg

Ergänzungsvorschläge zum Antrag „Nationales Sofortprogramm und verbindliche Ziele für den Klimaschutz festlegen“der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Klimaschutz - eine Zukunftsinvestition

Die AG Umwelt- und Ressourcenpolitik Baden-Württemberg begrüßt es sehr, dass die Bundestagsfraktion den Antrag für ein klimapolitisches Sofortprogramm eingebracht hat und konkrete Vorschläge vorlegt. Damit demonstriert DIE LINKE eindrucksvoll, dass sie nicht wie die übrigen Parteien nur über die Umweltproblematik und den Klimaschutz spricht, sondern Handlungslinien aufzeigt.
Die Mitglieder der AG haben selbst seit 4 Monaten an Vorschlägen für ein Sofortprogramm und für weiterführende wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erzielung der Zukunftsfähigkeit gearbeitet.
Wir haben sie in diesem Papier zusammengefasst und beim Sofortprogramm nur noch die Punkte aufgeführt, die im Antrag der Bundestagsfraktion nicht enthalten sind.
Wir bitten die Bundestagsfraktion, die BAG Umwelt-Energie-Verkehr und die Ökologische Plattform unsere Vorschläge zu beraten, bei zukünftigen Initiativen zu berücksichtigen und den Klima- und Umweltschutz stärker und öffentlichkeitswirksamer in den Mittelpunkt unserer Politik zu rücken.

Die Ökologisierung der Wirtschaft ist aktive Friedenspolitik

Spätestens seit dem Gipfeltreffen 1992 in Rio de Janeiro ist es keine Frage mehr, dass der von uns Menschen verursachte Klimawandel eingesetzt hat und dass eine Ökologisierung unserer Wirtschaftsweise dringend erforderlich ist. Den daraus resultierenden Absichtserklärungen sind jedoch wenig konkrete Taten gefolgt, - auch und gerade in Deutschland. Weder die Ziele der Selbstverpflichtungen der Industrie, noch die selbst gesetzten CO_2-Reduktionsziele der Regierung Kohl wurden eingehalten; nicht einmal die viel zu geringen Reduktionsziele des Kyoto-Protokolls werden erreicht werden.
Die neueren Erkenntnisse zeigen, dass der Klimawandel wesentlich dramatischer verläuft, als bisher erwartet wurde; er trifft vor allem die wirtschaftlich schwachen Staaten und dort die ärmste Bevölkerung und erhöht das Konfliktpotential in und zwischen den Völkern. Die Untätigkeit rächt sich.
Nach der Beendigung des kalten Krieg um Ideologien entstehen immer mehr echte Kriege um die Rohstoffreserven. Die Menschheit treibt durch Kriege, Terror und den Klimawandel einer unsicheren Zukunft entgegen.
Ein konsequentes Eintreten für den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft ist deshalb eine Ergänzung und eine Voraussetzung für unsere kompromisslose Friedenspolitik.

Mehr Arbeit und soziale Sicherheit durch die Ökologisierung der Wirtschaft.

Die Politik zur Ökologisierung der Wirtschaft ist auch eine Ergänzung unserer Politik für Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit.
Der unausweichliche Zwang zur Ökologisierung unserer Wirtschaftsweise erfordert in allen Branchen die Entwicklung neuer Fertigungsverfahren und Produkte, die zu einer Senkung des Ressourcenverbrauchs führen und die - mit Instandhaltungsdienstleistungen - eine immer höhere Haltbarkeit haben. In der Solartechnologie, insbesondere für die Photovoltaik, muss die Forschung zur Steigerung des Wirkungsgrades wesentlich intensiviert werden. Die Ökologisierung erfordert auch grundlegende Veränderungen in der Organisation von Produktionsabläufen und ein Umdenken in der Welt-Handelspolitik.
Für die Entwicklungsanstrengungen und durch die ressourcensparenden Veränderungen der Produktionsabläufe ist der Einsatz von zusätzlichen Arbeitskräften erforderlich. Die Ökologisierung der Wirtschaft ist deshalb auch ein Weg zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und zur Lösung der sozialen Probleme.
Ziel muss daher sein: Nutzung des seit Jahrzehnten brach liegenden Wertschöpfungspotentials der über 4 Millionen erwerbslosen Menschen zur Lösung der anstehenden Probleme. Wir benötigen alle Arbeitskräfte, um den Klimakollaps zu bannen.
Die von uns vorgeschlagene Politik wird auch die kommenden geburtenschwachen Jahrgänge entlasten und damit unsere Ablehnung der Erhöhung des Rentenalters unterstützen.
Die LAG Umwelt- und Ressourcenpolitik von BaWü ist der Überzeugung, dass durch kurzfristig umsetzbare ordnungspolitische Maßnahmen, mit staatlichen Investitionen und mit der Veränderung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erreicht werden kann, dass sowohl von den Unternehmen wie auch von den privaten Haushalten noch rechtzeitig die zwingend erforderlichen Investitionen vorgenommen werden, damit der Klimawandel nicht unerträglich wird und die Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen erhalten bleiben.
Mit diesem systematischen Lösungsansatz zur Überwindung der akuten, seit Jahrzehnten ungelösten Probleme kann DIE LINKE die neoliberale Politik der Umverteilung von unten nach oben und des Sozialabbaus der etablierten Parteien überwinden und in der Bevölkerung Zuversicht und Vertrauen gewinnen.

Unsere Vorschläge:
1. Ergänzungen zum vorgeschlagenen Sofortprogramm der Bundestagsfraktion

a) Verkehr

- Erhöhung der Mineralölsteuer und Abschaffung der KFZ-Steuer.
- Mineralölsteuer für Dieselkraftstoff auf Benzinniveau anheben
- Rücknahme der EU-weiten Ausschreibungspflicht, was zu einer Senkung des Personen- und Güterverkehrs führen wird.

b) Beleuchtung
- Reduzierung von Gebäude-Außenbeleuchtung, „Lichtarchitektur“ und von Werbebeleuchtung (z.B. durch zeitliche Limitierung)
- Verbot der Produktion und Import von Nicht-Energiesparlampen

c) Gebäude
- Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude
- Keine Baugenehmigung für Neubauten, die wegen baulicher Voraussetzungen (z.B. Glassfassaden) eine Kühlung brauchen
- Einführung Staatlicher Richtlinien zum Wasserverbrauch (z.B. Sparspülung WC, Nutzung von Regenwasser)

d) Landwirtschaft
- Verstärkte Förderung des ökologischen Landbaus und artgerechter Tierhaltung, Abbau der Subventionen für die energieintensive Landwirtschaft

2. Staatliche Investitionen und Fördermaßnahmen

Zusätzlich zu den ordnungspolitischen Maßnahmen sind auch gezielte staatliche Investitionen und Fördermaßnahmen erforderlich. Wir schlagen vor:

1. Umfangreiche staatliche Investitionen in die Forschung und Entwicklung neuer, ressourcensparender Technologien und zur zügigen Entwicklung der Solarenergie. Mit diesen Forschungsergebnissen müssen die Betriebe in ihren Entwicklungsanstrengungen gezielt unterstützt werden. Dadurch werden vor allem auch kleinere Unternehmen in die Lage versetzt, an den zukunftsträchtigen Technologien teilzunehmen. Ohne diese staatlichen Investitionen kann nicht das gesamte Potential an Ressourceneinsparungen ausgeschöpft werden. Diese Investitionen könnten gleichzeitig zur Förderung strukturschwacher Regionen dienen.
2. Unterstützung der Unternehmensberatungen, die die Unternehmen bei der Rationalisierung des Materialverbrauchs beraten.

3. Veränderung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen

Mit den oben vorgeschlagenen ordnungspolitischen Maßnahmen und den staatlichen Investitionen kann in kurzer Zeit der Beginn einer Veränderung initiiert werden. Es lassen sich damit aber bei weitem nicht alle Potentiale der Ressourceneinsparung ausschöpfen. Um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen, müssen zusätzlich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so geändert werden, dass betriebswirtschaftliche Erfordernisse mit den volkswirtschaftlichen Zielen und gesellschaftlichen Interessen übereinstimmen. Dies ist seit den 70er Jahren nicht mehr der Fall. Wenn dies wieder erreicht ist, dann muss der Staat nicht die Fehlentwicklungen kompensieren, sondern die Wirtschaft und der Staat können gemeinsam zur Lösung der Zukunftsprobleme zusammenarbeiten.
Nachfolgend aufgeführte Fehlentwicklungen müssen überwunden werden:
- In einer Phase mit hoher Arbeitslosigkeit macht es volkswirtschaftlich keinen Sinn, dass die Betriebe in erster Linie durch die Reduzierung des Arbeitseinsatzes die Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Damit werden die Probleme von den Unternehmen auf den Staat abgewälzt.
- Die Arbeitsrationalisierung wird oft durch höheren Maschinen- und Energieeinsatz und damit durch höheren Ressourcenverbrauch erzielt; dies ist kontraproduktiv.
- In den Gesamtkosten sind die reinen Rohstoff- und Energiekosten immer noch so niedrig, dass eine nennenswerte Rationalisierung nicht erfolgt.
- Um Kapitalkosten zu sparen, wird die Lagerhaltung von Rohmaterial, Vorprodukten, Ersatz- und Zulieferteilen abgebaut, die Steigerung des Transportaufwandes ist die Folge.
- Mit der Verlagerung von Produktionen in Niedriglohnländer und dem anschließenden Reimport der Produkte und mit der EU-weiten Ausschreibungspflicht wird der Güter- und Personenverkehr verstärkt und damit die Kfz-Dichte und der CO_2-Ausstoß erhöht.
Zur Überwindung dieser Fehlentwicklungen schlagen wir folgende Veränderungen vor:
1. Einführung einer Wertschöpfungssteuer zur Mitfinanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung bei gleichzeitiger entsprechender Reduzierung der lohnbezogenen Beitragssätze.
Mit dieser Veränderung werden Betriebe, die mit hohem Kapitalaufwand und durch Billigimporte ihre Personalkosten senken, nicht belohnt, sondern weiterhin angemessen an der Mitfinanzierung der Sozialkosten beteiligt und es unterbleibt die Ausweitung des Güterverkehrs und die Steigerung des Ressourcenverbrauchs.
2. Reduzierung der Mehrwertsteuer für Dienstleistungen und Erhöhung für Produkte. Durch diese relativ leicht einführbare Veränderung werden die Preise für alle Dienstleistungen, auch von Handwerkern, billiger und der Verbrauch von Rohstoff- und Energieverbrauchenden Produkten teurer. Dies wird dazu führen, dass mehr Instandhaltungs- und Reparaturleistungen angeboten und in Anspruch genommen werden, außerdem wird dadurch die Schwarzarbeit, auch die von Betrieben, reduziert.
3. Unternehmensbesteuerung (Körperschaftssteuer und veranlagte Einkommensteuer) umgekehrt proportional zur Anzahl der Mitarbeiter. Das bedeutet, dass Unternehmen mit mehr Mitarbeitern weniger Gewinn-

steuern abführen müssen als Unternehmen mit weniger Mitarbeitern und gleichem Gewinn. Mit dieser Maßnahme werden arbeitsintensive Betriebe entlastet und Betriebe, die ihre Gewinne mit hohem Ressourcen- oder Kapitaleinsatz oder mit importierten Billigprodukten erwirtschaften, werden belastet. Durch die damit verbundene geringere Auslagerung von Betriebsstätten wird auch das Verkehrsaufkommen reduziert.
3. Einführung der Ressourcensteuer, zusammen mit der Einführung von Freibeträgen für die Sozialabgaben oder zur Verwendung eines Grundeinkommens (Ökobonus). Heute belasten 65 % der Steuern und Abgaben einseitig den Faktor Arbeit und nur zu 9 % den Faktor Natur (Hauptbestandteil ist die Öko- und Mineralölsteuer, die Tabak- und Alkoholsteuer ist ebenfalls mit eingerechnet). Das heißt, wir machen den Faktor Arbeit künstlich teuer. Dies ist ein wesentlicher Grund für die Fehlentwicklungen in unserer Wirtschaftsweise und dafür, dass betriebliche Erfordernisse nicht mehr mit gesellschaftlichen Interessen übereinstimmen. Das soll mit der Einführung der Ressourcensteuer bei gleichzeitiger Reduzierung der lohnbezogenen Abgaben verändert werden. Unser Vorschlag der Ressourcenbesteuerung ist so konzipiert, dass damit keine Wettbewerbsverzerrungen wie bei der Ökosteuer verbunden sind.

4 Veränderungen in der Welthandelsordnung

Die Welthandelsordnung der WTO führt neben der Ausbeutung der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten in allen Ländern zu einer verstärkten Ausbeutung der Natur und dem damit verbundenen drastisch steigenden Rohstoff- und Energieverbrauch, der Abholzung der Urwälder und dem stetig steigenden Transportvolumen. Diese Politik ist mit verantwortlich für den verheerenden Klimawandel. Eine Politik für den Klimaschutz erfordert daher auch eine grundlegende Veränderung der Welthandelsordnung, mit dem Ziel der Regionalisierung der Wirtschaft anstatt der grenzenlosen Globalisierung. Wir schlagen folgende Veränderungen vor:

1. Schaffung regionaler Wirtschaftszonen von Staaten ähnlicher Kultur und Entwicklungsstand, in denen der Binnenhandel erleichtert wird, die sich aber durch Zölle nach außen schützen.
Dadurch wird erreicht,
- dass nicht alle Regionen in den globalen Konkurrenzkampf gezwungen werden,
- in einen ihrer Kultur entsprechenden Entwicklungspfad eintreten können,
- sie mehr für den eigenen Binnenmarkt produzieren,
- dadurch stärker in den Genuss ihrer Wertschöpfung kommen
- die Steigerung des Rohstoff- und Energieverbrauchs verlangsamt wird und
-das Transportvolumen wieder zurück geht.
2. Verbot des Sojaimports für Mastzwecke
Der Sojaimport für die Tiermast führt in den Produktionsländern zu verheerenden Urwaldrodungen, zu einer Steigerung des Transportvolumens und bei uns zur Massentierhaltung. Alle drei Folgen führen direkt zu einer Verschlimmerung des Klimawandels.
Weitere Auswirkungen sind: Bei uns eine Überproduktion von Fleisch und Milch, in der Folge ein Verdrängungswettbewerb mit Kleinbauern in den sogenannten Entwicklungsländern und dadurch weitere Verelendung in diesen Ländern.
3. Verbot des Imports von Biokraftstoffen
Auch der Import von Biokraftstoffen oder ihrer Vorprodukte führt zu einer Rodung der Urwälder und damit zur Beschleunigung des Klimawandels.
Zusätzlich führt der Import von Biokraftstoffen oder ihrer Vorprodukte zur Steigerung der Lebensmittelpreise in den Herstellerländern und damit zu einer weiteren Verschärfung der Ernährungssituation.
Die Nutzung der Biokraftstoffe sollte ausschließlich regional erfolgen.

Um den drohenden Katastrophen durch den Klimawandel noch rechtzeitig zu begegnen und um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen zu sichern, sollten alle diese Maßnahmen zum Einsatz kommen. Damit kann auch der Steigerung der Marktpreise für Rohstoffe entgegen gewirkt werden, die ohne die Möglichkeit eines sozialen Ausgleichs vor allem die Menschen der unteren Einkommen trifft.
Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen dienen daher auch zur Erreichung und der Erhaltung einer sozialen, solidarischen Gesellschaft.

Unsere Erwartungen

Mit der Ankündigung dieser Politik mit ordnungspolitischen Maßnahmen, den staatlichen Investitionen und den veränderten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist mit folgenden Auswirkungen zu rechnen:
1. Politisch erwarten wir, dass mit der Ankündigung dieser Politik andere Parteien unter Zugzwang gesetzt werden, ähnliche Vorschläge zu machen. Falls sie dem Beispiel nicht folgen, werden wir bei kommenden Wahlen einen wesentlichen Stimmengewinn erhalten. Wir erwarten, dass sich diese Politik nach der nächsten Bundestagswahl in jedem Fall durchsetzen wird.
2. Der Ressourcenverbrauch und insbesondere der CO_2-Ausstoß werden mit diesen Maßnahmen in Deutschland stark reduziert werden. Wir erwarten auch, dass durch das positive Beispiel Deutschlands andere Staaten dieser Politik folgen, und damit der Klimakollaps noch vermieden werden kann.
3. Die Arbeitslosigkeit wird sukzessive abgebaut werden, denn es werden viele Arbeitskräfte benötigt, die neue, ressourcensparende Verfahren und Produkte entwickeln und es verlieren weniger Menschen durch die Rationalisierung der Arbeit und durch Arbeitsplatzverlagerungen ihren Arbeitsplatz.
4. Der höhere Beschäftigungsgrad führt zu einer höheren Kaufkraft, belebt dadurch die Inlandsnachfrage und führt zu einer Erhöhung der Steuereinnah-

men und zu einer Senkung der Staatsausgaben.
5. Dies erhöht die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte, erübrigt weitere Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und es wird sogar die Möglichkeit des allmählichen Abbaus der Staatsschulden eröffnet. Dies wird die Befürwortung dieser Politik in der Bevölkerung deutlich verstärken.
6. Durch diese Politik wird unsere Industrie in die Entwicklung von zukunftsfähigen Technologien geführt, dies erhöht weiter ihre Chancen auf dem Exportmarkt, denn Rohstoff- und Energie sparende Technologien werden weltweit gefragt sein.
7. Durch den Abbau der Arbeitslosigkeit sinken zusätzlich die so genannten Lohnnebenkosten, dies stärkt weiter die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Diese wird zusätzlich dadurch begünstigt, dass die Brutto-Lohnkosten sinken und die Ressourcensteuer wie die Mehrwertsteuer beim Export erlassen wird.
8. Dies eröffnet den Gewerkschaften neue Verhandlungsspielräume für bessere Tarifabschlüsse bei Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen.
9. Der geringere Verbrauch an natürlichen Ressourcen ist auch eine wichtige Voraussetzung für eine Politik der friedlichen Kooperation mit allen Staaten und ein Beitrag zu Senkung der Terror- und Kriegsgefahr.
10. Wir erwarten damit auch eine gesellschaftliche Veränderung und dem Beginn einer solidarischen, zukunftsfähigen Gesellschaft.

Diese Politik hat die Wirkung eines Wiederaufbauprogramms. Wir lösen damit die Probleme von heute, in dem wir jetzt die Probleme von morgen lösen. Sie wird in der Bevölkerung zu einer neuen Zuversicht und Zukunftshoffnung führen und das Vertrauen und die Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten in unsere Politik stärken.

Beschlusspapier der AG Umwelt- und Ressourcenpolitik Baden-Würtemberg, 21.5.2007

Aktivitäten der Ökologischen Plattform in Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs

Die Ökologische Plattform in Nordrhein-Westfalen (ÖPF NRW) entstand grösstenteils aus dem Landesarbeitskreis Umwelt der WASG (der sich Mitte 2005 aus Umweltinteressierten gegründet hatte). Der LAK Umwelt hatte sich hauptsächlich dem Thema Energie gewidmet. Dabei stellte sich heraus, dass es viele gute Kontakte zu verschiedenen Umweltorganisationen gab (von lokalen bis hin zur Anti-Atombewegung in Russland).
Später fand der LAK grosse Beachtung auf dem Landesparteitag 2006 in Gladbeck mit einem Antrag zum Thema Kohleausstieg. Im folgenden wurde das Steinkohlekolloquium der WASG und Linkspartei mitorganisiert und erfolgreich durchgeführt. Als es immer stärker auf die Vereinigung von WASG und Linkspartei zuging, wurde der Vorschlag gemacht, sich der ÖPF anzuschliessen (die bundesweit agiert und angesehen, bislang aber nur in wenigen Bundesländern vertreten ist).
Diese war den meisten Mitgliedern aus dem LAK aber nicht bekannt. Auf verschiedenen Parteitagen trafen sich mehrmals zufällig Teilnehmer und Verantwortliche aus den beiden Gruppen und fanden grosse inhaltliche Übereinstimmung sowohl in der allgemeinen Parteipolitik, als auch im eigentlichen Bereich Umwelt. Gegründet wurde die ÖPF NRW dann am 19. Mai 2007 in Dortmund. An dem Treffen nahm auch Marko Ferst teil und referierte dort über die bundesweite ÖPF.
Ein eingerichteter kommissarischer Sprecherrat aus Marina Göttert, Volker Hauke und Utz Kowalewski organisierte die konstituierende Sitzung am 28. Juni 2007 im Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Hüseyin Aydin in Duisburg. Der erste Kooperationsrat wurde gewählt und arbeitet seitdem an den Strukturen. Er besteht aus Jörg Bütefür (Interne Parteikontakte, KV Essen), Marina Göttert (Mitgliederverwaltung, KV Gelsenkirchen), Volker Hauke (Mailingliste, KV Düsseldorf), Ralf Henrichs (Finanzen, KV Münster), Utz Kowalewski (Pressesprecher, KV Dortmund) sowie Karl-Heinz Strohmeier (Ansprechpartner für Aktionen, KV Gelsenkirchen). Der Ausbau der Kontakte zu weiteren Umweltverbänden wird forciert. Auf dem tags darauf stattfindenden Bundestreffen stellten Vertreter der ÖPF den neuen Landesverband vor und begannen Kontakte zu knüpfen.
Inhaltlich brachte sich die ÖPF NRW gleich vor allem im umweltpolitischen Kapitel des Landesaktionsprogramms ein. Mit dem fraktionslosen Abgeordneten Rüdiger Sagel schloß sich auch umgehend ein Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen der ÖPF NRW an. Die ersten thematischen Schwerpunkte entfallen in die Bereiche Bau neuer Steinkohlekraftwerke sowie Atomtransporte (insbesondere Ahaus und Atommülltransporte nach Russland).
Die ÖPF NRW wird an der Anti-Atom-Konferenz am 22.09 2007 in Dortmund teilnehmen. Für den 27.-28. 10. 2007 findet in Essen die Veranstaltung „Warum die Ökologie den Sozialismus braucht“ mit Rüdiger Sagel, Christine Buchholz (Bundesvorstand DIE LINKE.), Peter Wahl (attac-Koordinierungskreis) und Eckhard Stratmann-Mertens (attac) statt.

Marko Ferst

Die Holzmafia und andere Zugriffe

Uns gehören die Bäume
jeder andere ist auf dem Holzweg
wer sich in den Weg stellt
wird aus dem Weg geräumt
Autos mit präparierter Bremse
und tödliche Eingriffe mehr
alles im Handumdrehen
Pech gehabt!

Zerlegt wird jedes Inventar
vom Regenwald
was Dollarnoten bringt
Viehweiden, Sojafelder endlos
für die Mägen
der reicheren Erdenbürger
Brandstiftung
die Satelliten zeigen es täglich
vielleicht ein geräucherter
Elefantenschinken gefällig
eine blutige Gorillahand
oder ein anmutiger Papagei?

Die Armut zieht nach
für eine kurze Zeit der Ernte
Rauch und rötlicher Sand
Wüsteneien
wie wenn Plagen weiterziehen
auf Straßen
die immer tiefer
ins Lungengrün greifen

Vielgestaltiges Reich
von Tieren und Pflanzen
hier gründet seine reichste Heimstatt
und Art für Art entschwindet
so schnell
wie niemand zählen kann
gelöscht von Menschenhand
seinen maroden Systemen
auf nimmer Wiedersehen
hunderte täglich
Evolutionskatastrophe
Nummer sechs

aus: Marko Ferst: Republik der Falschspieler. Gedichte (Herbst 2007) Leseproben: www.umweltdebatte.de

Umweltnachrichten

Atommüll Schweiz: Bözberg statt Benken und immer in Grenznähe?

In diesen Wochen gibt es in der Schweiz und am Hochrhein eine intensive Debatte um die geologisch „zweite Wahl“ für das Atommülllager Schweiz. Auch der grenznahe Standort Bözberg ist wieder einmal im Gespräch. „Der Bözberg wird mit grosser Wahrscheinlichkeit zu den Alternativen zu Benken im Züricher Weinland gehören“, bestätigte Heinz Sager, Mediensprecher der Nagra, in der Basler Zeitung.
Nach einem Artikel in der heutigen Ausgabe der Schweizer Zeitung „Der Bund“ könnte auch das bisher politisch gescheiterte Endlager für leicht- und mittelaktiven Müll mit dem Endlager für hochradioaktiven Müll zu einem einzigen „Atomklo“ in Grenznähe zusammengelegt werden. Auf die Frage der Zeitschrift „Wäre es ökonomisch und politisch nicht sinnvoller, für alle Abfälle nur ein Lager zu bauen?“ antwortet das Mitglied der Nagra Geschäftsführung, Markus Fritschi: „Technisch wäre es in geeigneten Gebieten möglich, am selben Ort in unterschiedlichen Tiefen stark wie auch schwach radioaktive Abfälle unterzubringen. Auch organisatorisch und wirtschaftlich hätte eine solche Lösung Vorteile.“ Zitatende
Der Standort Bözberg wird von Schweizer Medien häufig als „Ausweichstandort“ angesehen, ähnliches gilt auch für den Jurasüdfuss um Gösgen, oder den Lägern-Nordfuss. Für den Bözberg sprechen eher politische als geologische Gründe. Auch das Zauberwort „Akzeptanz“ im Atomaargau spricht für den Bözberg und gegen Benken im Zürcher Weinland.
Drei der fünf Schweizer Atomkraftwerke stehen auf Aargauer Boden im Grenzgebiet am Hochrhein und am Paul-Scherrer-Institut befindet sich das größte Atomforschungszentrum der Schweiz. Ein „atomarer Geldsegen“ hat bereits viele Gemeinden abhängig gemacht. Zudem wird radioaktiver Abfall jetzt schon im oberirdischen Zwischenlager in Würenlingen im Aargau eingelagert.
Im konservativen Kanton gibt es massive politische und ökonomische Abhängigkeiten von der Atomindustrie. In den 80er-Jahren hatte die Nagra schon einmal das kristalline Gestein am Bözberg im Visier, dabei jedoch festgestellt, dass die unteren Schichten nicht so homogen sind wie erwünscht und sich daher nicht so gut eignen wie Opalinuston. Das Kristallin-Gebiet liegt außerdem noch näher an der deutschen Landesgrenze als Benken und ist räumlich nicht sehr ausgedehnt. Ein Gebiet, das in den 80er Jahren eher ausgeschlossen wurde, wird jetzt wieder ins Gespräch gebracht, dieses mal aber eher mit dem Focus auf den Opalinuston. (der ursprünglich nur als abdeckendes Gestein für die Endlagerung im Kristallin angedacht war)
Ob die Nagra diesen politisch günstigeren Standort tatsächlich in Betracht zieht, oder ob es nur darum

geht die geschickte Illusion von Ausweichstandorten vorzutäuschen, ist für den Bund für Umwelt und Naturschutz allerdings offen. Ähnlich wie Benken ist auch der Bözberg geologisch eher zweite Wahl. In Deutschland und vielen anderen Ländern kämen solche Standorte mit viel zu dünnen Schichten Opalinuston nicht in die engere Auswahl. Aus geologischen Gründen ist es in der Schweiz generell schwierig, Standorte für ein Atommülllager zu finden. Ein solches Lager muss nach Ansicht des BUND und der Experten Sicherheit für eine Million Jahre bieten. Um Akzeptanz für neue AKW zu schaffen braucht die Schweizer Atomlobby ein „vorzeigbares" Endlager. Dem Anschein nach auch auf Kosten der Sicherheit.

Mehr Infos - Atommüll Schweiz:
http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/atommuell-benken.html
Mehr Infos - Geld und Atom:
http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/atomkraft-schweiz-gekaufte-demokratie.html
Mehr Infos - Atomenergie Schweiz:
http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/idx-atomenergie-schweiz.html
BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein / Axel Mayer / Geschäftsführer / Tel. 0761/30383
BUND Regionalverband Hochrhein / Markus Wursthorn / Mitglied des Regionalvorstandes

NABU kritisiert Freisetzung von gv-Mais trotz massivem Protest

Berlin - Der NABU hat die vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) genehmigte Freisetzung von gentechnisch verändertem Mais der Firma Monsanto scharf kritisiert. *Die Behörden ignorieren damit vollständig den Widerstand der Bevölkerung gegen den Genmaisversuch vor ihrer Haustür", sagte NABU Präsident Olaf Tschimpke. Diese Maissorte dürfe jetzt in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt angebaut werden, obwohl die möglichen Risiken für Natur und Umwelt nicht geprüft wurden. Zuvor hatten Umweltverbände und Anwohner mit 15.000 Einwendungen gegen das Freisetzungsvorhaben protestiert.

Bei der neuen, gentechnisch manipulierten Maissorte handelt es sich um eine sogenannte gestapelte Sorte, die nicht nur gegen die Raupen des Schmetterlings *Maiszünsler" und die Larven des Käfers *Maiswurzelbohrer", der in Deutschland allerdings nicht vorkommt, resistent ist. Die Maissorte ist außerdem gegen das Herbizid Glyphosat resistent, das im Verdacht steht, für Amphibien und Fische giftig zu sein. *Naturschützer vor Ort müssen fassungslos zusehen, dass selbst an höchst sensiblen, artenreichen Biotopen wie im sächsischen Raßlitz Dosierungsversuche mit möglicherweise giftigem Unkrautvernichtungsmittel durchgeführt werden dürfen", so Tschimpke.

Der Genmais gefährde Amphibien- und Insektenarten wie Gelbbauchunke, Kammmolch, Eremit und Großer Feuerfalter. Das bestehende Gentechnikrecht lässt diese Anbaugenehmigungen aber bisher zu. *Das Gentechnikgesetz muss den Schutz für Mensch und Umwelt dringend erhöhen", forderte der NABU-Präsident. Denn die bisherigen Sicherheitsvorkehrungen verhinderten nicht ein Verschleppen und Fressen des Maises durch Wildschweine und Vögel und damit eine weitere Ausbreitung der Maissorte. *Dabei sind die weiteren Auswirkungen auf Tier und Umwelt noch gar nicht erforscht", warnte Tschimpke.

Für Rückfragen: Dr. Steffi Ober, NABU-Gentechnikexpertin, mobil 0177-3027718.

Afrika will Elefanten schützen - EU muss dabei helfen

Die Mehrheit der afrikanischen Länder mit Elefanten-Populationen will ein 20-jähriges Verbot des Elfenbeinhandels. Eine afrikanische Delegation forderte heute Deutschland, insbesondere als EU-Ratspräsident, dazu auf, sie in diesem Bemühen zu unterstützen.
Delegierte aus Kenia, Mali, Niger und der Demokratischen Republik Kongo trafen heute die Vertreter Dr. Andreas von Gadow und Jochen Flasbarth vom Bundesministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit (BMU), um ihre Position zu erläutern.
Im Juni beraten die Vertragsstaaten des Washingtoner Artenschutz-Übereinkommens (WA oder engl. CITES) über eine weitere Lockerung des Elfenbeinhandels. Vor allem einige Länder aus dem südlichen Afrika wollen ihre Lagerbestände verkaufen.
„Seit Jahren bemühen wir uns um einen konsequenten Schutz der Elefanten", erläutert Patrick Omondi von der Kenianischen Wildtierbehörde KWS und Leiter der Delegation. „Wir brauchen die Unterstützung Deutschlands und Europas für ein 20-jähriges Handelsverbot."
„Es gibt in Europa Verwirrung darüber, wie Elefanten am besten zu schützen sind", ergänzt Peter Pueschel, Leiter der IFAW Kampagnen gegen Wildtierhandel. „Einige Länder aus dem südlichen Afrika bevorzugen den kurzfristigen Profit durch den Verkauf von Elfenbein aus Lagerbeständen. Die damit geschürte Nachfrage gefährdet jedoch die Elefanten in ganz Afrika."
„Die EU hat bisher mehrere zehn Millionen Euro in den Schutz der Elefanten Afrikas gesteckt. Soll dieses Engagement Früchte tragen, muss sich die EU nun auch für einen konsequenten Schutz und damit ein Handelsverbot für Elfenbein einsetzen", stellt Bourama Niagate von der Naturschutzbehörde aus Mali klar.
Elefantenexperten schätzen, dass jährlich etwa 20.000 Elefanten für den illegalen Elfenbeinhandel sterben. Allein 2006 beschlagnahmten Zollbehörden weltweit 22.000 kg Elfenbein. Vollzugsbehörden vermuten jedoch, dass insgesamt etwa 220.000 kg Elfenbein geschmuggelt wird.

Die Elefantenbestände nehmen besonders in West- und Zentralafrika stetig ab. In manchen Gebieten leben nur noch 30% der Elefanten, die 2002 dort registriert wurden. In einzelnen Ländern wie Senegal ist die Situation dramatischer, dort lebten 1972 300 Tiere, 2006 konnten nur zehn gezählt werden. In ganz West-Afrika haben Wilderer den Elefantenbestand bis auf drei Prozent dezimiert.
Für weitere Informationen, Rückfragen, Bildbeschaffung:
Andreas Dinkelmeyer, Tel. 040-866 500 15, Fax 040-866 500 22,
Mobil: 0173 - 622 75 39
E-mail: adinkelmeyer@ifaw.org

Gipfel mit katastrophalem Ergebnis

Ökologische Plattform NRW kritisiert Verantwortungslosigkeit der G8 beim Klimaschutz

Die G8 haben beschlossen bis 2050 Senkungen des Treibhausgasausstoßes in Erwägung zu ziehen. „Wenn Angela Merkel dies der Öffentlichkeit als Erfolg verkaufen will, dann hat sie überhaupt noch nicht begriffen, was die Stunde geschlagen hat. Die G8 verhöhnen mit dieser Formulierung die Menschen regelrecht, die von der Klimakatastrophe bereits heute in ihrer Existenz bedroht werden," so kommentiert Utz Kowalewski von der Ökologischen Plattform NRW die kargen Beschlüsse der G8-Regierungschefs.
Laut dem 3. Teil des Klimaschutzberichtes der Vereinten Nationen hat die Menschheit noch 8 Jahre Zeit um ihren Ausstoß an Treibhausgasen nicht weiter zu erhöhen, falls Katastrophen großen Ausmaßes abgewendet werden sollen. Um dieses Ziel zu erreichen ist sofortiges Handeln erforderlich. Eine Vertröstung auf das Jahr 2050 und eine simple Fortführung des sich als unzulänglich herausgestellten Kyotoprotokolls wird die Welt nicht weiterbringen, denn auch in Deutschland ist trotz der Umsetzung von Kyoto und Einbrüchen in der industriellen Produktion der Ausstoß der Klimagase weiter angestiegen und der Emmissionshandel bietet jederzeit eine Ausrede zur Untätigkeit. „Was wir brauchen, ist jetzt eine Energiewende – nicht erst in Jahrzehnten, denn der Anstieg des CO_2 in der Atmosphäre verläuft mit exponentialer Geschwindigkeit. Dabei ist die Technik bereits vorhanden, angefangen bei Windkraftwerken sowohl an Land als auch auf See, Biogasanlagen, Geothermie, Solarenergie, Wasserkraft bis hin zu Meeresströmungskraftwerken," weiß Marina Göttert, Gewerkschafterin in einem Solaranlagenbetrieb.
Den politischen Willen zu Veränderungen vermissen die linken Umweltschützer aber nicht nur bei der im Ölgeschäft verstrickten Bushfamilie. „Auch in Deutschland ist von der derzeitigen Bundesregierung wenig mehr als Rhetorik zu erkennen. So werden derzeit über 40 neue Kohlekraftwerke in Deutschland gebaut und somit die weitere Freisetzung von Klimagasen auf Jahrzehnte hinaus festgeschrieben," kritisiert auch Volker Hauke, Sprecher des LAK Umwelt der WASG-NRW. Zwar werden wie in Gelsenkirchen-Hassel derzeit einige ältere Kohlekraftwerke stillgelegt, aber wenn diese durch Kraftwerke wie in Lünen oder Hamm direkt wieder ersetzt werden, ist nach Ansicht der Ökologischen Plattform nichts gewonnen.

Linktip zu erneuerbaren Energien von Hajo Zeller:

Der Solarförderverein Deutschland (SFV) und andere Umweltverbände werben für das ehrgeizige Ziel, die Bundesrepublik bis 2050 zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Ich bitte Euch in Eurem persönlichen Umfeld dafür zu werben, dass dieses Ziel erreicht wird. Unter
http://www.100-prozent-erneuerbare.de
kann online eine Unterschrift für dieses Ziel geleistet werden.

Beiträge der LAG Umwelt Brandenburg u. Umweltaktiver zum Themenschwerpunkt „Klimawandel" u.a.

CO_2-Ausstieg zum selbermachen - Cottbus mit gutem Beispiel.

Matthias Loehr (Stadtvorstand Cottbus)

Das Thema Reduzierung des CO_2-Ausstosses ist nicht erst seit der Al Gore Dokumentation „Eine unbequeme Wahrheit" Gesprächsthema Nr.1. Auch die Bundesregierung hat sich aufgrund des UN-Klimaberichtes verpflichtet, gemessen am Ausstoß des Jahres 1990, bis zum Jahr 2020 den CO_2 Ausstoß um 40% zu reduzieren. Leider ist es bisher weitestgehend bei Ankündigungen geblieben. Brandenburg wird sein Ziel aus der „Energiestrategie 2010" zur Reduzierung der CO_2-Emissionen verfehlen. Anstatt den Kohlendioxid-Ausstoß zu senken, verzeichnet das Land sogar einen Anstieg. Trotzdem oder gerade deshalb sind Initiativen von Jeder und Jedem nötig. Neben dem Nutzen von öffentlichen Verkehrsmitteln, dem richtigen Umgang mit Wärme und Energie gibt es eine weitere Möglichkeit etwas zum Klimaschutz beizutragen. Seit 1998 kann jede Stromkundin und jeder Stromkunde in Deutschland den Stromanbieter frei wählen. Letztlich entscheidet somit der Verbraucher, ob durch sein Verhalten auch in Zukunft Braunkohle abgebaut wird und dadurch auch weiterhin Ortschaften verschwinden und der CO_2-Anstieg ungebremst weitergeht. Eine Energiewende ist möglich - weg von den fossilen Brennstoffen, hin zu regenerativen Energiequellen. Mit einem Wechsel des Stromanbieters und der Wahl von Ökostrom kann jede Verbraucherin und

jeder Verbraucher seinen Teil zur nachhaltigen Energiegewinnung beitragen.
Im übrigen sind die alternativen Stromanbieter nicht immer teuer. Ein Preisvergleich lohnt. Mitunter kann man nämlich sogar Geld sparen. Wir in Cottbus haben uns zum Wechsel entschieden, vielleicht folgen auch andere Geschäftstellen im Land.

Braunkohle - eine Zukunftsoption für das Land Brandenburg?

René Schuster (Grüne Liga Brandenburg, Mitglied des Braunkohlenausschusses)

Am 9.Mai 2007 stellte Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns in Cottbus eine „Studie zur Fortschreibung des Braunkohlenbergbaus in der Lausitz“ vor und verursachte damit einen Sturm der Entrüstung. Denn die Gutachter empfahlen sieben neue Kohlefelder landesplanerisch zu sichern. 33 Orte mit derzeit etwa 7800 Einwohnern wären davon direkt betroffen.
Wenige Wochen darauf folgte der Versuch einer Beruhigungspille fürs Volk: Man werde zum Jahresende „den nächsten Tagebau“ (in der Einzahl!) bekanntgeben. Offenbar ein Versuch, die zuerst Betroffenen gegen die zwanzig Jahre später betroffenen Orte auszuspielen. Die Regierung hat Angst, dass sich ein ganzes Land gleichzeitig kritische Gedanken zur Energiepolitik machen könnte. Denn eine Verringerung der Jahresförderung scheint der Regierungskoalition nicht in den fossil denkenden Kopf zu wollen. Dabei wäre sie die einzige Möglichkeit, den Dörfern eine Zukunftsperspektive zu erhalten. Die jetzt anstehende Entscheidung schreibt den Kohlebedarf schließlich nicht für zwanzig Jahre, sondern für eine Kraftwerksgeneration (40-50 Jahre!) fest. Am Verbrauch dieser Kraftwerke hängt das Todesurteil für die Dörfer, mit der Fortschreibung ihrer Energiestrategie muß die Landesregierung Farbe bekennen.
Braunkohle ist bekannt als klimaschädlichster Energieträger, woran auch Weiterentwicklungen der konventionellen Kraftwerkstechnik nichts ändern können. Dem Dilemma versuchen Konzern und Regierung zu entfliehen, indem sie regelmäßig das Heil der CO_2-Abscheidung und Speicherung predigen. Hier scheinen fast schon mehr Mittel in PR-Kampagne zu fließen, als in die Entwicklung der Technik selbst, zu der es eine ganze Reihe ernstzunehmender Bedenken gibt, von Sicherheit der Lagerung bis zu den Kosten und dem sinkenden Wirkungsgrad (=steigenden Kohlebedarf). Fest steht: vor 2015 weiß kein Fachmann, ob es überhaupt funktioniert. Nur die Politiker sind sich schon zweihundertprozentig sicher. (Zumindest in Parteien, wo spätere Aufsichtsratsposten nicht ungewöhnlich sind.) Es droht also ein Blankoscheck für den Energiekonzern: Die Landesregierung bewilligt ihm weitere Kohlefelder, bevor über die Klimafreundlichkeit der Verstromung irgendetwas bekannt ist.
Aber Klimaschutz ist nur eins von drei Hauptproblemen der Braunkohlenutzung. Neben dem Verlust gewachsener Kulturlandschaft sind deren Folgen auch verheerend für den Wasserhaushalt. Bereits jetzt muß die Lausitz alle Ausnahmeregelungen in Anspruch nehmen, die die europäische Wasserrahmenrichtlinie bietet. Ein guter chemischer und mengenmäßiger Zustand der Oberflächengewässer und Grundwasserkörper ist auf Jahrzehnte nicht erreichbar. Diese Wunden gilt es zu heilen, statt neue aufzureißen.
Ein Auslaufen der Kohleförderung kann mit den jetzt aktiven Tagebauen und Kraftwerken über mehrere Jahrzehnte sozialverträglich gestaltet werden. Die Grüne Liga sammelt Fakten, lokale Initiativen und Termine zur Problematik und stellt sie im Internet unter www.lausitzer-braunkohle.de zur Verfügung.

Klimawandel, Landwirtschaft und Agro-Gentechnik

Thomas Janoschka (Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik)

Die industrielle Landwirtschaft gehört zu den Hauptverursachern des Klimawandels. Die Tierhaltung verantwortet mindestens 18% der Treibhausgasemmissionen, mehr als der weltweite Verkehr. Die Gase kommen von der Verbrennung von fossilen Brennstoffen bei der Herstellung von Tierfutter und künstlichem Dünger, sowie von Methanemissionen der Tiere selbst und ihrer Gülle. Methan ist ein besonders wirkungsvolles Treibhausgas, 21mal so schädlich wie CO_2. Für die Produktion von Futter werden Wälder abgeholzt und gebrandrodet. Dies und der einhergehende Bodenverlust verursachen massive CO_2-Emissionen, es kommt zu regionalem Temperaturanstieg und Versteppung.
Nicht zu vergessen sind die Emissionen, die durch den Transport des Futters, der Gülle, der Tiere und des Produkts Fleisch anfallen. Laut des FAO-Berichts ‚Der lange Schatten der Tierhaltung‘ (Livestock‘s long shadow‘) von 2006 ist der Bereich Tierhaltung für folgende durch den Menschen verursachte Emissionen verantwortlich: CO_2 2,9%, Methan 35-40%, Stickoxide 65%, Ammoniak 64%.
Mit der Unterstützung von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und der Regierungen der G8 versuchen einige transnationale Konzerne wie Monsanto, Bayer und BASF ihr Modell der industriellen Landwirtschaft weltweit durchzusetzen. Der Fleischkonsum soll weiter gesteigert und die dafür notwendigen Futterpflanzen wie Soja in Monokultur auf riesigen Plantagen angebaut werden. Dafür wird Regenwald abgeholzt und KleinbäuerInnen werden vertrieben. Geld verdienen wollen sie vor allem mit dem Verkauf von Pestiziden und Saatgut.
Hier kommt die Agro-Gentechnik ins Spiel. Mit ihr werden die Pflanzen patentiert, die genetischen Ressourcen unserer Kulturpflanzen privatisiert. So können die Konzerne letztendlich entscheiden, wer, was und wie auf unseren Feldern anbaut. Und die Präferenzen der Konzerne sind klar. Eine industrielle Landwirtschaft ohne KleinbäuerInnen und Kooperativen, ohne

Saatgutnachbau und selbstbestimmte Züchtung, ohne Rücksicht auf ökologische Belange und die Interessen der ländlichen Bevölkerung. So leistet Agro-Gentechnik ihren Beitrag zur Klimakatastrophe.

Car-Sharing im Flächenland Brandenburg: Geht das überhaupt?

Christian Rehmer (LAG Umwelt)

Das Klima wollen alle schützen, aber dafür gleich das Auto stehen lassen? Oder abschaffen? Das geht wohl zu weit! Eine Alternative den individuellen Mobilitätsanspruch aufrecht zu erhalten und trotzdem kein Auto zu besitzen, bietet das so genannte Car-Sharing.
Beim Car-Sharing wird man Mitglied in einer wohnortnahen Organisation. Aus einem Fahrzeugangebot, das vom Stadtflitzer bis zum Transporter reicht, kann man das Auto wählen, das dem jeweiligen Fahrzweck am meisten entspricht. Eine Aufnahmegebühr (20 bis 200 Euro) und eine Kaution (200 bis 650 Euro) müssen gezahlt werden. Neben einem monatlichen Mitgliedsbeitrag fallen nur noch Entgelte an, wenn ein Fahrzeug auch wirklich benutzt wird. In der Regel nutzt man es aber nur noch dann, wenn es wirklich nötig ist, also nicht zum Brötchen holen am Samstagmorgen. Ein Car-Sharing-Auto ersetzt 4 bis 10 Pkw. Das bedeutet weniger Autos auf unseren Straßen, weniger Schrott, weniger Energie- und Rohstoffeinsatz bei der Herstellung und ein Beitrag zum Klimaschutz. So weit, so gut. Aber funktioniert das nur in der Stadt oder auch auf dem flachen Land, wovon wir in Brandenburg ja reichlich haben?
Das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung meint dazu: „Potentielle Kunden sind vor allem Autofahrer, die weniger als 10.000 Kilometer im Jahr fahren und in Ballungsräumen mit attraktivem ÖPNV-Angebot leben. Für diesen Personenkreis bietet sich Car-Sharing neben dem öffentlichen Nahverkehr als Ergänzung für die individuelle Mobilität an.“ Bisher gibt es drei Car-Sharing-Stationen in Potsdam, das war´s! Sieht also schlecht aus für Brandenburg.
Schaut man sich die Car-Sharing-Initiativen in anderen ländlichen Regionen an, dann kommt dieses klimafreundliche Konzept nur in den Einzugsgebieten der Metropolen München, Stuttgart, Hannover, etc. wirklich gut an. In ganz Ostdeutschland sind es laut dem Bundesverband Car-Sharing nur 13 Standorte. Für Brandenburg scheint sich ein solches System nicht zu rechnen - zumindest wenn es professionell betrieben wird. Eine Alternative liegt im privaten Bereich. Wenn sich 2-3 Haushalte organisieren und ein solches System privat ermöglichen. Dass so etwas klappt, beweisen einige Beispiele von Studentinnen und Studenten der FH Eberswalde. Ohne den guten Bahnanschluss nach Berlin und den Stadtbus wäre es allerdings wohl auch da nicht möglich gewesen. Fazit: Car-Sharing ist eine gute Sache, aber nur schwer im ländlichen Raum Brandenburgs umzusetzen.

Brandenburg: Umweltschutz darf nicht dem Rotstift zum Opfer fallen

Christian Rehmer

Zu den jüngsten Plänen des Finanzministers, massiv Stellen abzubauen, erklärt die AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Brandenburg und deren Sprecher Christian Rehmer:
Wie jetzt bekannt wurde, wird nach der Streichungswut im Forstbereich des Landes Brandenburg nun der Kehraus beim Umweltministerium einsetzen. Das Umweltministerium würde von aktuell 650 auf 278 Stellen im Jahr 2012 zusammengestrichen. Auch beim Landesumweltamt sollen ca. 350 Stellen wegfallen. In der Forstverwaltung werden ca. 1.000 Stellen frei. Damit sind den Kürzungsplänen der Landesregierung im Bereich Umweltschutz und Agrarwirtschaft ca. 2.000 Stellen zum Opfer gefallen.
„Gerade angesichts des bevorstehenden Klimawandels und seiner Herausforderungen für die ländlichen Gebiete Brandenburgs kann ich eine solche Entscheidung nicht nachvollziehen“, meint dazu Christian Rehmer, Sprecher der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Landesverband Brandenburg. „Nicht nur, dass die Landesregierung wahre Kahlschläge in der Forstverwaltung zu verantworten hat, nun will sie auch noch aus dem Umweltministerium eine Ruine machen! Das ist weder verantwortungsvoll noch zukunftsweisend.“, so Rehmer weiter.
Wie angesichts der bevorstehenden Kürzungen die vielfältigen Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes, der Land- und Forstwirtschaft sowie des Tourismus in den ländlichen Räumen gesichert werden können, muss die Landesregierung mit einem klaren Konzept darlegen. Ansonsten sind die genannten Stellenstreichungen unverantwortlich und abzulehnen.

Offener Brief an die Mitglieder der MOL-Linksfraktion zur Agrogentechnik

Liebe Genossinnen und Genossen,

in dem Bericht über die jüngste Klausur der MOL-Linksfraktion heißt es: Zur „Grünen Gentechnik“ besteht Einigkeit, dass derzeitige Technologien an sich weder „gut“ noch „schlecht“ sind (Vgl. IMPULSE, Ausgabe Juni 2007, S. 7). Abgesehen davon, dass die Landesgruppe Brandenburg der LINKEN im Bundestag, die linke Landtagsfraktion, ja selbst die Herren Seehofer und Woitke den weiteren Anbau von Genmais MON810 zurzeit als Risiko, ja gefährlich, einstufen, lehnen 74,9 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher, darunter wohl auch die Mehrheit linker Wähler GenFood, also Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Stoffen ab. Diese Mehrheit

tut das nicht „an sich“, sondern weil sie bereit ist die schlechten internationalen Erfahrungen und regionale Auswirkungen zur Kenntnis zu nehmen und dem Wirken der Agro-Gentechnikkonzerne und ihren lokalen Marktöffnern zu Recht misstrauen.
Der Kreisvorstand und die Delegierten des Kreisverbands der Linken auf der KDK am 31.03. 2007 bezogen keine neutralistische Position. Mit den Kommunalpolitischen Leitlinien wurde folgendes beschlossen:
„Der Landkreis Märkisch-Oderland soll sich zu einer Region ohne den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft entwickeln. Das Entstehen von gentechnikfreien Regionen soll gefordert werden“
Wann bitte? Meine Erwartungen sind gedämpft, denn ich weiß, schon vom Gesetz her sind Abgeordnete an Weisungen nicht gebunden.
Weiter in der Mitteilung: „Es kommt immer darauf an, wer diese Technologie mit welchem Ziel verwendet“ (?). Es sind nicht Kleingärtner, sondern die global agierenden Großkonzerne MONSANTO (Hersteller des im Vietnamkrieg eingesetzten Agent Orange), Sygenta, Dow, Pont u. a., die mit Hilfe der Welthandelsorganisation (WTO), der EU und Rot/Grün den Moloch genveränderter Organismen (GVO) ausschließlich zum Zweck der Profitmaximierung nach Europa brachten. Sie wollen weltweit die gesamte landwirtschaftliche Produktion bestimmen.
Profitmaximierung bleibt ihr grundsätzlicher Zweck, auch wenn es am Rande dieser Entwicklung gewisse gentechnische Forschungen und Versuche für andere Zwecke, aber gelegentlich auch eine direkte Interessenverknüpfung zwischen gewissen Volksvertretern und einschlägigen regionalen Futtermittel-, Agrar-Gesellschaften und Instituten gibt.
Aber sprechen wir von Agrarbusiness. Da ist eine GMO-Mafia, die kräftig manipuliert und Kritiker der gentechnischen Segnungen und Heilsversprechen ausschalten will. Sie verbreiten u.a. das Märchen, genveränderte Pflanzen seien auf Dauer letztlich entscheidend für die Verringerung des Herbizid-Einsatzes und zur Lösung des Problems des Hungers auf der Welt. Fallen wir auf diese und andere Heilsversprechen nicht herein.
Brandenburg ist Spielwiese von MONSANTO. Linke aus MOL sollten dabei weder mitspielen noch den neutralen Beobachter geben. MOL bleibt auch diese Vegetationsperiode negativer Vorreiter, auch wenn der Landrat das Umpflügen von gt-Mais im Naturschutzgebiet Ruhlsdorfer Bruch und die Bundesregierung ein bisschen Monitoring angeordnet haben.
In der Mitteilung der Kreistagsfraktion heißt es, vor allem die Bunderregierung (ist) gefordert. Aber gerade die ist wohl dabei das Gentechnikgesetz und den Verbraucherschutz weiter zu liberalisieren. Widerstand und Druck von unten sind also unverzichtbar.
Bleibt festzustellen:
Die Fraktion die LINKE in der Stadtverordnetenversammlung stimmte für eine Beschlussvorlage „Strausberg - natürlich und gentechnikfrei“. Gut so, zumal der Vorsitzende der Kreistagsfraktion daran beteiligt war.
Zu einer moralischen Unterstützung etwa der Grünen Liga und jener Bürgerproteste gegen den Anbau von gv-Mais MON810 haben sich bisher vor allem Mitglieder des Landtages durchgerungen und im Landtag öffentlichkeitswirksame Anträge gestellt.
Von Mitgliedern des Kreistags jedoch wurden öffentliche Veranstaltungen, die sich mit Agrogentechnik beschäftigten, sehr beharrlich gemieden. Eine Unterstützung durch die Kreistagsfraktion in Sinne des genannten Beschlusses der KDK kann man auch aus der jüngsten Mitteilung keinesfalls herauslesen.
Dennoch bitte ich die LINKE-Fraktion im Kreistag MOL „gentechnisch“ endlich erkennbar zu werden. Ihre „durchaus unterschiedlichen Auffassungen“ zur Agrogentechnik sollten nicht endlos in geschlossener Gesellschaft, in Klausuren, sondern bald öffentlich und personenbezogen kommuniziert und diskutiert werden. Dann wissen engagierte Bürger und Zusammenschlüsse, die gegen die Genmanipulation und für „Gentechnikfreie Anbauflächen“ eintreten, auch schon mal vor den nächsten Kommunalwahlen, an wen sie sich halten können.
Der LINKEN wegen möchte ich nicht, dass auf den Stimmzetteln künftiger Kommunalwahlen Kandidaten auftauchen, die heute auch nur den Anschein erwekken, als agierten sie quasi wie Lobbyisten für MONSANTO, MÄRKER und Innoplanta.
Weitere neue Vorschläge und Bitten brauchen nicht geäußert werden, da diese im wiederholt publizierten „Zempower Aufruf“ der AG Umwelt beim Landesvorstand Brandenburg der Linken enthalten sind und bisher weitgehend unbeachtet blieben.
Ich will zu einem Erfolg für DIE LINKE und zur notwendigen Öffentlichkeit in der Diskussion auch dadurch beitragen, indem ich diesen offenen Brief weiteren Personen, Zusammenschlüssen und geeigneten Publikationen überreiche. Juni 2007

Mit freundlichen Grüßen
Friedrich Pietsch

E r k l ä r u n g

Der folgenden Angaben werden von der Ökologischen Plattform beim Parteivorstand vorgelegt und müssen dort hinterlegt werden. Der Abschnitt ist nur von Mitgliedern der Partei DIE LINKE auszufüllen.

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zur Ökologischen Plattform der Partei „DIE LINKE“.

Name .....

Vorname .....

Geburtsdatum .....

Mitglied im Landesverband .....

Datum .....

Unterschrift .....

Die folgenden Angaben werden von der Ökologischen Plattform nicht an den Parteivorstand übermittelt.

Straße .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

Mail .....

Stellung zur Partei (bitte ankreuzen)

Mitglied Gastmitglied Sympathisant

ökologisch interessiert (der Partei nicht nahestehend)

Landesverband (wenn Mitglied/Gastmitglied) .....

Ich war vor dem Vereinigungsparteitag am 16./17.Juni 2007 (bitte ankreuzen):

Mitglied Gastmitglied Sympathisant

der Partei (bitte ankreuzen)

Linkspartei.PDS WASG

Unter *www.oekologische-plattform.de* kann die Vierteljahreszeitschrift „Tarantel“ eingesehen und heruntergeladen werden.
Ich möchte über das Erscheinen einer neuen Nummer informiert werden (bitte ankreuzen - Papier- und elektronische Zustellung gleichzeitig möglich):

Broschüre in Papierform Broschüre als Mailanhang

als Link per Mail nicht

Bemerkungen

.....

.....

.....

.....

.....

Bitte einsenden an: **Ökologische Plattform Partei DIE LINKE**
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Editorial
Marko Ferst

Erklärung der Teilnehmer des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der Linken am 30.06.2007 in Uder/Thüringen 1

Das „grüne Herz" Deutschlands ?
- Umweltprobleme in Thüringen - 1
Johanna Scheringer-Wright

Politische Probleme bei der Einführung Erneuerbarer Energien in Dörfern und Kleinstädten. 3
Götz Brandt

klima & energie - macht - arbeit. Konferenz der LINKEN am 2.- 4. November 2007 in Hamburg 7

Von Sigmar Gabriel zu Gangolf Stocker 8
Manfred Wolf

Lokale Agenda:Der Flughafen Berlin-Brandenburg-International - Ein klimapolitischer Witz mit ernsten Folgen 9
Frank Welskop

Waldmenschen 11
Stephan Krawczyk

DIE TARANTEL-BÜCHERECKE 11

Der technisierte Mensch als lukratives Zukunftsmodell 13
Peter Schott

Wirtschaftssysteme können ökologisch scheitern 17
Oskar Lafontaine

Jede Menge Kohle 19
Heiko Balsmeyer

Emissionshandel: Heiße Luft statt Klimaschutz 20
Frank Eßers

Handeln und Handel 21
Uwe Witt

Nationales Sofortprogramm und verbindliche Ziele für den Klimaschutz festlegen 22

Ergänzungsvorschläge der LAG-Umwelt- und Ressourcenpolitik Baden-Württemberg 26

Aktivitäten der Ökologische Plattform in Nordrhein-Westfalen 29
Ralf Henrichs

Die Holzmafia
und andere Zugriffe 30
Marko Ferst

Umweltnachrichten 30

Beiträge der LAG Umwelt Brandenburg u. Umweltaktiver zum Themenschwerpunkt „Klimawandel" u.a. 32

Offener Brief an die Mitglieder der MOL-Linksfraktion zur Agrogentechnik 34
Friedrich Pietsch

Abbildung auf der Titelseite:
Logo der Stromwechselkampagne

Kontakt:
Ökologische Plattform bei der Linken
Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin
oekoplattform@pds-online.de
www.oekologische-plattform.de

Redaktionsschluß: 12.9.2007

Redaktion und Layout:
Michel Hesz, Detlef Franek, Marko Ferst
(in Abstimmung mit dem Sprecherrat)

Redaktion:
info@oekologische-plattform.de

(Beiträge und Leserbriefe für
die Tarantel bitte in abdruckfertiger Form
per E-Mail einsenden.)

Impressum

Hrsg.: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de
Die „Tarantel“ ist über www.pds-online.de verfügbar. Einige ältere Ausgaben sind auch unter www.oekologische-plattform.de aufrufbar. Ältere Papierausgaben der „Tarantel“ können, soweit vorhanden, bestellt werden (Bundesebene).
Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform

Kontaktadressen

Bundesebene

Ökologische Plattform
Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de, www.oekologische-plattform.de
Manfred Wolf, Tel. 030/2411127,
manfredwolfberlin@web.de
BAG Umwelt,Energie,Verkehr
Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Wahlkreisbüro 18107 Rostock, Warnowallee 31b, Tel. 0381/
7601756, Fax 7601832, wbk-wolfgang. methling@t-online.de, w.methling@linkspartei.pds.landtag-mv.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Tel.030/22772485, Fax 030/222776485
eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de
Lutz Heilmann, MdB, Tel.030/22770788, Fax 030/22776788, lutz.heilmann.ma01@bundestag.de
Hans-Kurt Hill, MdB, energiepolitischer Sprecher Linkspartei.PDS, Tel. 030/22772478, Fax 030/22776476, hans-kurt.hill@bundestag.de

Berlin

Delia Hinz, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252550, Fax 030/23252515,
hinz@linksfraktion-berlin.de, deliahinz@gmx.de
Marion Platta, MdA, umweltpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,
Tel. 030/23252550, Fax 030/23252515, platta@links fraktion-berlin.de
Roland Schnell, Kieler Str. 3, 10115 Berlin, Tel. 030/39889981, schnell@fnbb.org

Brandenburg

Dr. Annemarie Kersten, Kiezstr. 35a, 14547 Wittbrietzen, Tel./Fax 033204/34842,
annemariekersten@web.de
Karin Lück, Französische Str. 5a, 15374 Müncheberg, Tel. 033432/70036, karinlueck@yahoo.de
Dr. Dagmar Enkelmann, MdB, BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10, 16321 Bernau, Tel. 03338/459543, wkb-d.enkelmann@t-online.de
Carlin Steinmetzer, MdL, umweltpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, csteinmetzer@aol.com
Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/503660, Fax 503659, P.Ligner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin/Brandenburg, Runder Tisch Nachhaltiges Berlin/Brandenburg)
Erika Schulz, Dorfkern 5c, 16766 Kremmen, Tel. 033051/25709. erika-schulz@t-online.de
Marko Ferst, Köpenicker Str. 11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882986, marko@ferst.de (Mitglied im Koordinierungsrat der ÖPF), www.umweltdebatte.de
Peter Engert (Sprecher der AG Umwelt der Linkspartei.PDS Brandenburg), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel. 03361/344351
Christian Rehmer (Sprecher der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Brandenburg, AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim), Tel. 03334/387628,
Christian.Rehmer@web.de,
www.dielinke-eberswalde.de

Baden-Würtemberg

Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfieldern, Mail@WolfgangKaemmerer.de

Hamburg

Joachim Täubler, Budapester Str. 31, 20359 Hamburg, sand-hh@web.de (SAND-Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg), www.nadir.org/sand

Hessen

Ökologische Plattform Hessen
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421/163873, Hajo.Zeller@web.de
Claudia Fittkow, Im Flatich 3, 34132 Kassel, Tel. 0361/9402573, ClaudiaFittkow@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs, MdL, umweit-,verkehrs- und energiepolitische Sprecherin Linkspartei.PDS,, Lennestr.1, 19053 Schwerin,Tel.038203/63519, PDS.Landtag-MV.de
Uwe Kretzschmar, Platanenstr. 38, 17033 Neubrandenburg, Tel. 0395/3680179, u_kretzschmar@nbnet.de

Niedersachsen

Heinz Preuß, Spittastr. 32, 31787 Hameln, Tel. 05151/40981

Nordrhein-Westfalen

Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen, Wahlkreisbüro: Münsterstrasse 141, 44145 Dortmund, Tel.: 0231-4759196, Ansprechpartner: Utz Kowalewski, wasg_kowalewski@yahoo.de

Sachsen

ADELE - Ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341/9424882, Micha.lauter @web.de
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Hall, Tel. 0345/29418-63, Fax-64

Schleswig-Holstein

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633/966624,
dettmergruenefeld@hotmail.com

Thüringen

Tilo Kummer, MdL, umweltpolitischer Sprecher Linkspartei.PDS, Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361/3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de
Dr. Johanna-Scheringer-Wright, MdL, agr arpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361/3772604, 0151/11723000, johanna@scheringer.de

E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler der Linkspartei.PDS, Ökologische Plattform und BAG Umwelt-Energie-Verkehr
Aufnahme über marko@ferst.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland) Alt Stralau 1-2, D-10245 Berlin, Tel. 030-29390793, Fax 030-29390-600, s.schmidt@nd-online.de
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030/44339147
(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)